Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 29 – 19. Juli 2014
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Polizei löst Sitzblockade auf: 80 Asylbewerber hatten versucht, die Anerkennung ihrer Asylanträge zu erstreiken

Bild: pa

Politik hat kapituliert

Chef der Bundespolizei kritisiert Tatenlosigkeit bei illegaler Einwanderung

Die Bundesregierung sieht zu, wie Italien das Schengen-Abkommen unterläuft und Asylbewerber deutsches Recht brechen.

In für einen Spitzenbeamten ungewöhnlicher Schärfe und Offenheit hat der Präsident der Bundespolizei, Dieter Romann, die Bundesregierung wegen ihrer Tatenlosigkeit hinsichtlich der sprunghaft ansteigenden illegalen Einwanderung nach Deutschland attackiert. In einem Interview nennt Romann alarmierende Fakten: Schon 2013 habe die Bundesrepublik mehr Asylbewerber aufgenommen als jedes andere Land der Welt, doppelt so viele wie die weitaus größeren USA.

Die italienische Marine nehme die Menschen vor der afrikanischen Küste auf und bringe sie nach Italien. Ein Großteil ziehe von dort nach Deutschland weiter, weil die Standards bei Versorgung und Unterbringung hier attraktiver seien. Allein per Zug seien so bereits in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 150 Prozent mehr „Flüchtlinge“ nach Deutschland gelangt als im Vorjahreszeitraum, und die Hauptreisezeit komme erst noch, warnt Romann. Italien werde erlaubt, die mit dem Schengen-Akommen verbundenen Verpflichtungen zu ignorieren, und zwar „sanktionslos“, wie er betont. Laut Abkommen dürfen Asylbewerber, die in ein EU-Land gelangen, nicht einfach an ein anderes weitergereicht werden, wie Italien dies betreibt.

Was der Bundespolizei-Chef kritisiert, stellt ein ebenso maßloses wie folgenschweres Versagen der deutschen Politik dar, gestützt und verantwortet von allen Bundestagsparteien. Gesetze werden ignoriert und einer vordergründigen Moral geopfert. Politisch verfolgt und damit asylberechtigt ist nur ein Bruchteil der Zuwanderer. Die Masse der übrigen bleibt dennoch, bricht teilweise, wie in Berlin, ungeniert deutsche Gesetze und wird dafür auch noch privilegiert behandelt: Während jeder heimische Falschparker schon nach ein paar Minuten für das rechtswidrige Besetzen von Straßenraum zur Rechenschaft gezogen wird, belohnt die Politik „Flüchtlinge“, welche eine Schule anderthalb Jahre lang besetzt halten, damit, dass sie sie zu Verhandlungspartnern adelt.

Stück für Stück wird der Rechtsstaat untergraben

Doch nicht allein das Rechtsempfinden und der Rechtsstaat an sich werden auf diese Weise untergraben. Deutschland importiert mit den Zuwanderern selbstverständlich auch die Konflikte aus deren Heimatländern, wie massive Ausschreitungen unter „Flüchtlingen“ bereits dutzendfach belegen. Zudem zieht der Erfahrung nach jeder aufgenommene Ankömmling weitere nach, die sich vom erfolgreichen Durchkommen ihres Nachbarn zur Nachahmung verlockt sehen.

Die Deutschen müssen hilflos mit ansehen, wie sie mit einem sozialen und kulturellen Problem, das sich vor ihren Augen auftürmt, allein gelassen werden. Der Politik fehlt der Mut und in weiten Teilen sogar der Wille, sich der Herausforderung zu stellen. Sie kapituliert, und die Bürger tragen die Folgen. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Noch devot

Die Bundesregierung will in der US-Spionageaffäre Selbstbewusstsein und Stärke demonstrieren und hat den obersten US-Geheimdienstrepräsentanten in Deutschland des Landes verwiesen. Das klingt nach einem drastischen Schritt, tatsächlich hat sie nur ein stumpfes Schwert gezogen. Bis Redaktionsschluss hat der Botschaftsmitarbeiter jedenfalls keine Anstalten gemacht, Deutschland zu verlassen. Das muss er auch gar nicht, denn die Bundesregierung hat ihn lediglich mehr oder minder unverbindlich zur schnellstmöglichen Ausreise aufgefordert. Hätte sie ihn wirksam zur Ausreise zwingen und damit ein deutliches Zeichen setzen wollen, hätte sie ihn zur unerwünschten Person erklärt. Mit diesem formellen Verfahren hätte sie ihn zwingen können, innerhalb von 72 Stunden seine Koffer zu packen. Das zu tun traut sich die Merkel-Regierung jedoch nicht, weil sie gegenüber Washington eben nicht selbstbewusst, sondern immer noch devot ist. So spricht sie trotz der gravierenden Vorfälle weiter von „Vertrauen zu unseren amerikanischen Partnern“.

Apropos Vertrauen: Die USA haben das Vertrauen in ihren Partner Deutschland offenbar längst verloren. Andernfalls würden sie uns nicht auf breiter Front ausspionieren. Man muss Washington zugestehen, dass dieser Vertrauensverlust sogar nachvollziehbar ist. Immerhin haben die Attentäter vom 11. September 2001 vollkommen unbehelligt in Deutschland gelebt und hier ihr Verbrechen vorbereitet. Und das war nur möglich dank des Versagens deutscher Politik – Stichwort: „Multikulti“ um jeden Preis – und der Unfähigkeit deutscher Geheimdienste und Sicherheitsbehörden.

Wachstum in Frankreich

Exorbitante Vermögenszuwächse bei den Superreichen

Dass es um Frankreichs volkswirtschaftliche Kennzahlen nicht gut bestellt ist, ist nicht neu. Wirtschaftsliberale Kritiker mögen sagen, dass dieses angesichts des sozialistischen Präsidenten François Hollande kein Wunder sei. Weniger bekannt und nicht unbedingt von einer sozialistischen Regierung zu erwarten ist allerdings, dass die Superreichen den gegenwärtigen wirtschaftlichen Abstieg nicht mitmachen, sich vielmehr schönster Zuwachsraten erfreuen können. Um nicht weniger als 15 Prozent ist das Vermögen der 500 reichsten Franzosen im vergangenen Jahr gewachsen. Angesichts dieser Wachstumszahlen in Frankreich verblüfft es weniger, dass die Zahl seiner Milliardäre seit 2013 um 40 Prozent von 55 auf 77 gestiegen ist. Bei den Nachbarn östlich des Rheins zum Vergleich nahm das Vermögen der 500 Reichsten vergangenes Jahr „nur“ um 5,5 Prozent zu.

Deutschland in den Schatten gestellt

Selbst unter den Superreichen ist die Wohlstandsverteilung im sozialistisch regierten Frankreich ungleicher als im schwarz-rot geführten Deutschland. Obwohl die 500 reichsten Deutschen vergangenes Jahr 138,5 Milliarden Euro mehr besaßen als die französische Vergleichsgruppe, sind es die Franzosen, die den Reichsten stellen. Der wohlhabendste Deutsche ist im Vergleich zu seinem französischen Pendant geradezu ein armer Schlucker. Was sind die 19,3 Milliarden Euro des Aldi-Süd-Gründers Karl Albrecht gegenüber den 27 Milliarden des Chefs und größten Anteileigners des Luxusgüter-Konzerns LVMH Moët Hennessy Louis Vuitton, Bernard Arnault? Da ist ja selbst die angeblich reichste Frau der Welt und Nummer 2 unter Frankreichs Superreichen, die Hauptanteilseignerin am Kosmetikkonzern L'Oréal Liliane Bettencourt, noch besser gestellt als die deutsche Nummer 1. *M. Ruoff*

Militäreinsatz für einen Toten

Briten waren bereit, Leiche von Heß mit Waffengewalt zu sichern

Die britische Regierung war vor 30 Jahren bereit zu einer bewaffneten Konfrontation mit der Sowjetunion – wegen der Leiche von Rudolf Heß, des letzten Insassen des alliierten Militärgefängnisses Berlin-Spandau. Das berichtet die britische Zeitung „Daily Mail“ unter Berufung auf ein Geheimdokument des britischen Außenministeriums aus dem Jahre 1981. Eigentlich war zwischen den Alliierten, die sich im monatlichen Turnus in der Bewachung ablösten, vereinbart, Heß nach seinem Tod einzuäschern und anonym zu bestatten. Dem Papier zufolge war die äußerst willensstarke und durchsetzungsfähige Premierministerin Margaret Thatcher jedoch fest entschlossen, die sterblichen Überreste des ehemaligen Hitler-Stellvertreters dessen Familie zu übergeben.

Seitens ihrer US-amerikanischen und französischen Alliierten erwarteten die Briten offenbar, dass diese das akzeptieren würden. Von sowjetischer Seite rechneten sie dagegen mit Widerstand und sogar dem Versuch, die Leiche „verschwinden“ zu lassen, weshalb sie für diesen Fall Vorkehrungen trafen. Sollten die Sowjets versuchen, den Abtransport der Leiche zu verhindern, würden sie, so der Plan, „von einer kleinen Streitmacht in die Schranken gewiesen werden“. Für den umgekehrten Fall, dass sie versuchen sollten, den Körper aus dem Gefängnis zu schaffen, sollten sie ebenfalls „durch britische Truppen daran gehindert“ werden. Das Außenministerium war zwar wegen einer durchaus wahrscheinlichen Eskalation besorgt, zeigte sich aber überzeugt, dass das britische Militär das sowjetische letztlich „im Griff haben“ würde.

Familie sollte sterbliche Überreste bekommen

Heß starb 1987 im Alter von 93 Jahren unter bis heute nicht schlüssig geklärten Umständen. Seine letzte Ruhestätte fand er im Grab seiner Eltern in Wunsiedel, ohne dass es zu Auseinandersetzungen zwischen den Alliierten kam. *J.H.*

MELDUNGEN

Keine Chance auf Asyl

Sydney – Der Oberste Gerichtshof Australiens soll darüber entscheiden, ob die Regierung sogenannte Bootsflüchtlinge auf dem offenen Meer abfangen und den Behörden des Herkunftslandes überstellen kann. Geklagt haben 153 Personen aus Sri Lanka, die auf einem australischen Zollboot festgehalten werden. Australien verfolgt eine außerordentlich restriktive Zuwanderungspolitik und hat das Festland nahezu lückenlos abgeriegelt. Wer versucht, auf dem Wasserweg illegal aufs Festland zu kommen, wird zurückgeschickt. Und wer es auf eine der zu Australien gehörenden Inseln im Indischen Ozean schafft, kommt in automatischen Arrest. Auf diese Weise ist es der konservativen Regierung gelungen, ihr Wahlversprechen einzulösen und den Zustrom von Asylsuchenden fast vollständig zu stoppen. *J.H.*

Neue Truppe gegen Islamisten

Paris – Frankreich beendet seinen Anfang vergangenen Jahres begonnenen Militäreinsatz gegen islamistische und Tuareg-Rebellen im Norden Malis. Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian erklärte, die von Frankreich geführte Operation „Serval“ sei erfolgreich gewesen. Nun gehe es darum, in der gesamten afrikanischen Krisenzone des Dschihadismus, die vom Horn von Afrika bis Guinea-Bissau reiche, ein Erstarken des islamistischen Terrorismus zu verhindern. Dazu werde Frankreich gemeinsam mit fünf Staaten aus der Sahel-Sahara-Zone die Operation „Barkhan“ ins Leben rufen. Die multinationale Truppe werde über Hubschrauber, Kampfflugzeuge und Drohnen verfügen. Das Hauptziel der Operation, für die Frankreich 3000 Soldaten bereitstellt, sei es, die Nachschubwege der islamistischen Kräfte zu unterbrechen. Denn sollten diese sich reorganisieren, so Le Drian, würde das zu ernsten Konsequenzen für die Sicherheit Frankreichs führen. *J.H.*

Enttäuschung wird zur Lunte

Ukrainer mit Kiewer Regierung und Lage im Osten, Separatisten mit Moskaus Haltung unzufrieden

Die Lage in der Ukraine bleibt weiter kritisch. Zwar hat die ukrainische Regierung einige der besetzten Städte zurückerobern können, eine Lösung des Konflikts ist jedoch nicht in Sicht. Enttäuschte Hoffnungen in beiden Lagern könnten für neuen Sprengstoff sorgen.



Kiewer Majdan: Ort für friedliche Demonstrationen, aber auch für Tumulte und Verbrechen Bild: Getty images

Der ukrainische Präsident Pjotr Poroschenko steht vor schwierigen Aufgaben: Etwa die Hälfte der Ukrainer ist gegen Kriegshandlungen im Osten der Ukraine, die andere Hälfte fordert ein härteres Durchgreifen gegen die Separatisten und deren Unterstützer.

Einen besonnenen Umgang mit der Ostukraine fordern auch Angela Merkel und François Hollande, während die USA die Anwendung von Waffengewalt und Luftangriffe unterstützen. Wie von seinen Geldgebern im Westen erwartet, hat sich Poroschenko immer wieder zu Gesprächen mit den Aufständischen bereit erklärt. So soll ein Dialogversuch per Videokonferenz mit Vertretern Russlands, der Ukraine, der Oragnisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und dem deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier gestartet werden.

Innenpolitisch konnte Poroschenko sich bislang kaum durchsetzen. Er hatte eine schnelle Verfassungsänderung gefordert, die eine Dezentralisierung der Macht nach europäischem Vorbild vorsah. Seine Änderungsvorschläge lehnte das Parlament mit Ausnahme von Klitschkos Udar-Partei jedoch ab. Vor allem Timoschenko-Anhänger, aber auch Abgeordnete der Partei „Swoboda“, der Partei der Regionen und der Kommunisten sahen in den von Poroschenko angestrebten Änderungen den Versuch, alle Macht an sich zu reißen. Zwar sah Poroschenkos Vorschlag vor, den Regionen mehr Eigenständigkeit zu geben, gleichzeitig stärkte er in hohem Maße die Macht des Präsidenten. Einige Passagen waren zu unklar formuliert. Eine schnelle Verfassungsänderung fegte die Rada vom Tisch. Zunächst müsse die Antiterroraktion, wie die Militäroperation gegen die Separatisten genannt wird, beendet sein.

In Kiew häufen sich Klagen über die Belagerung des Unabhängigkeitsplatzes Majdan. Immer noch leben hier Menschen in Zelten, unter ihnen Kriminelle, die Passanten mit Waffen bedrohen und stehlen. Alle Versuche des neuen Stadtoberhaupts Vitalij Klitschko, diese Lager auf friedlichem Wege zu räumen, sind gescheitert. Erste Bemühungen, sie räumen zu lassen, führten zu Unruhen. Klitschko entschuldigte sich öffentlich dafür, dass Kiews Zentrum unsicher sei und appellierte an die Belagerer, das Feld zu räumen. Doch die denken gar nicht daran, sie sehen sich als Kontrolleure der Regierung und wollen so lange bleiben, bis diese gegen Korruption und gegen die Separatisten im Osten vorgehen werde. Sie drohten Klitschko damit, den Sitz des Bürgermeisters niederzubrennen.

Innenminister Arsen Awakow will gegen die Belagerer, deren Ziele unklar sind, vorgehen. „Wahre Revolutionäre und Patrioten kämpfen im Osten der Ukraine.“ Auch Generalstaatsanwalt Vitalij Jarema ist für eine Räumung des Platzes. Er will die Rechtsordnung zügig wiederherstellen.

Propaganda wie zu besten Sowjetzeiten

Derweil läuft die Propagandamaschine auf beiden Seiten der ukrainisch-russischen Grenze auf Hochtouren. Ukrainer behaupten, dass Russland mehrfach die Grenze mit Aufklärungsflügen verletzt habe und Waffen an die Aufständischen liefere. Moskau macht die ukrainische Luftwaffe für den Raketenbeschuss einer russischen Siedlung verantwortlich, bei der es Tote und Verletzte gab. Nach sowjetischer Manier brachte der Fernsehsender „Rossija24“ einen Beitrag, in dem ein Geheimdokument der US-Denkfabrik „RAND“ gezeigt wurde, das durchgesickert sein soll. Darin soll Poroschenko neben der Verhängung des Kriegsrechts Liquidierungen und die Errichtung von Konzentrationslagern empfohlen worden sein. „RAND“ hat die Echtheit des Dokuments bestritten.

Zwar hat Poroschenko Luftangriffe auf die Stellungen der Aufständischen angeordnet, das Kriegsrecht wird er aber kaum verhängen. Dies würde vermutlich von Seiten der EU zu erheblicher Kritik und, wie bereits angedroht, zur Einstellung weiterer Hilfszahlungen für die Ukraine führen. In der Haltung gegenüber Russland ist die EU uneins. Während Frankreich, Deutschland, Luxemburg, Österreich, Bulgarien, Griechenland, Zypern und Slowenien keinen Grund für Wirtschaftssanktionen gegen Russland sehen, befürworten neben den baltischen Ländern Polen, Großbritannien und Schweden härtere Sanktionen. Poroschenko erwartet mehr Unterstützung seitens der EU und forderte, das Thema beim Treffen des Europarats auf die Tagesordnung zu setzen. Auf der anderen Seite sind die Separatisten von Moskau enttäuscht. Vom „großen Bruder“ hatten sie sich militärische Unterstützung erhofft. Da Moskau aber eher zurückhaltend reagiert, ist nicht auszuschließen, dass die Separatisten selbst Raketen auf die russische Seite abgefeuert haben, um Russland in einen Krieg mit der Ukraine zu verwickeln. Statt die Separatisten offen zu unterstützen, leugnet Russland jegliche Waffenlieferungen und bietet an, Militärattachés aus 18 Ländern und OSZE-Beobachter in die Grenzregion zu lassen, damit die Welt sich ein reales Bild von den Zuständen im Kampfgebiet machen kann. Gleiches fordert die ukrainische Regierung.

Es kursieren viele Gerüchte und Spekulationen. Eine davon ist, dass die Aufständischen ihre Waffen mit Geld von Ex-Präsident Janukowitsch beschaffen. Die USA unterstellen Russland weiterhin, die Separatisten mit Waffen zu beliefern. Anders ließe es sich nicht erklären, dass diese über modernstes Gerät verfügen, das selbst die Russen noch nicht eingesetzt haben.

Manuela Rosenthal-Kappi

Die Schulden-Uhr:

Déjà-vu-Erlebnis

Angeblich war Jean-Claude Juncker nicht Angela Merkels Mann. Und doch verbinden die Wähler mit beiden vergleichbare Erfahrungen. Sie wählten mehrheitlich „rechts“ und bekommen eine linke, auf Erhöhung der Staatsquote hinauslaufende Politik. So möchte der designierte EU-Kommissionspräsident die Troika aus EZB, IWF und EU-Kommission abschaffen. An deren Stelle solle ein „demokratischeres Gremium“ treten. Der IWF, der weniger unter dem Einfluss der südeuropäischen Schuldenstaaten steht als die EU-Organe, soll keine Rolle mehr spielen. Des Weiteren will der Luxemburger mit dem französischen Sozialisten Pierre Moscovici einen erklärten Gegner der Sparpolitik als Währungskommissar. *M.R.*

2.040.626.804.076 €

Vorwoche: 2.040.352.529.825 €
Verschuldung pro Kopf: 25.255 €
Vorwoche: 25.252 €

(Dienstag, 15. Juli 2014, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Chinesen als letzte Rettung?

Der seit jeher defizitäre Flughafen Lübeck hat in letzter Minute doch noch einen Investor gefunden

Das Ende des insolventen Lübecker Flughafens Blankensee schien unausweichlich. Da kam die überraschende Wende. Das chinesische Unternehmen PuRen Deutschland GmbH mit Sitz in Lauenburg an der Elbe will den Airport und alle 93 Mitarbeiter übernehmen. In einer Sondersitzung stimmte die Lübekker Bürgerschaft in der vergangenen Woche zu, mit erheblichem Bauchgrimmen.

Nur einer jubelte, Bürgermeister Bernd Saxe (SPD): „Totgesagte leben länger.“ Zweckoptimismus, spotten die Skeptiker. Der letzte vom Bürgermeister hoch gelobte Investor, ein Deutsch-Ägypter, trieb den Flughafen auf dubiose Weise in die Pleite. Die Zustimmung zum Geschäft mit den Chinesen ist ein Griff nach dem Strohhalm. Ohne Investor muss die Stadt den Flughafen abwickeln oder selbst betreiben. Beide Optionen kosten zweistellige Millionenbeträge, welche die hoch verschuldete Kommune nicht hat. Das Land Schleswig-Holstein will keinen Cent dazu zahlen. Dringend erwartet wird nun in Lübeck der Chef der PuRen Group Peking, Yongqiang Chen, der die noch fehlenden Unterschriften leisten soll. Die Verbindung zwischen dem chinesischen Unternehmen und der Stadt Lübeck wurde durch den Bürgermeister von Lauenburg hergestellt. Bei dem hatten die Chinesen im Laufe einer Besprechung gefragt, ob er einen Flugplatz kenne, der zum Verkauf stehe, man habe Interesse.

Stadt ist bereits auf Blender reingefallen

Es gibt noch kein konkretes Konzept, nur, dass PuRen neue Fluglinien nach Blankensee holen will und auf Medizintourismus setzt. Der von den Chinesen installierte Airport-Chef Markus Matthießen, Bankkaufmann und CDU-Stadtverordneter in Lauenburg, verfügt über keine Erfahrungen im Luftfahrtgeschäft, was auch nicht zur Vertrauensbildung beiträgt.

Die Geschichte des Flughafens Lübeck Blankensee ist reich an Turbulenzen. Nach der Wiedervereinigung rechnete sich Lübeck große Chancen für den ehemaligen Militärflugplatz aus, der seit den 50er Jahren von Sportfliegern genutzt wird. Hier sollten Linienmaschinen starten und landen. Doch die Lübecker handelten sich nur Ärger ein. Der Flughafen kam, wie andere regionale Airports auch, aus den roten Zahlen nicht heraus. Die Stadt musste ständig Subventionen in Millionenhöhe beisteuern. 2005 konnte sie den Flughafen an das neuseeländische Unternehmen Infratil verkaufen. Die Neuseeländer wollten Blankensee mit einer Erweiterung in die Gewinnzone bringen. Dagegen klagten die Nachbargemeinde Groß Grönau wegen des zu befürchtenden Fluglärms und Umweltschützer aus Sorge um die Flora und Fauna. Das Urteil in letzter Instanz lässt seit Jahren auf sich warten.



Ryanair hat Flüge für den Herbst gestrichen: Der Fluglinie ist die Lage zu unsicher Bild: Flughafen Lübeck

Der Flughafen teilte die Bürger der Stadt mittlerweile in die zwei Lager der erbitterten Gegner und der Befürworter. In einem Bürgerentscheid sprach sich 2010 eine knappe Mehrheit für den Erhalt und den Ausbau des Airports aus.

An seiner prekären Lage änderte das nichts. Die irische Fluggesellschaft Ryanair, wichtigster Kunde mit Zielen im südlichen Europa, strich den Flugplan immer mehr zusammen, die Passagierzahlen sanken. Die ungarische Fluglinie Wizz Air fliegt nur zwei Ziele an, Danzig und Kiew. Eine Chartermaschine wurde länger nicht mehr gesichtet.

2012 zog sich Infratil aus Blankensee zurück. Der Vertrag mit der Stadt sah vor, dass Lübeck den Flughafen wieder übernehmen muss, was sie eben nicht kann. In höchster Not nahte ein Retter, der Deutsch-Ägypter Mohamad Rady Amar. Der joviale Geschäftsmann versprach dem Bürgermeister das Blaue vom Himmel. Angeblich wurde er von einem Investor aus Saudi-Arabien unterstützt. Im Eilverfahren paukte Saxe das Geschäft durch die Bürgerschaft. Der Flughafen Blankensee hieß jetzt Yasmina Flughafen, nach Amars Töchterlein. Schon bald fiel den zuständigen Ämtern auf, dass Amar seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkam. Die Öffentlichkeit erfuhr nichts davon. Im April dieses Jahres meldete die Presse, dass Amar den Abflug gemacht hat, keiner weiß, wohin. 300 000 Euro blieb er der Stadt schuldig. Zur Abwicklung seiner Geschäfte benannte er eine angebliche Firma in Berlin, die jedoch lediglich aus einem Briefkasten an der angegebenen Adresse bestand. Das Ende des Flughafens Blankensee schien endgültig, er musste Konkurs anmelden.

Die nächste Hiobsbotschaft war, dass Ryanair alle Flüge für diesen Herbst gestrichen hat. Man könne in der jetzigen Situation nicht verbindlich planen. Nur Wizz Air fliegt vorerst weiter. Ob Blankensee bald Aufwind bekommt oder ein Platz des himmlischen Friedens wird, bleibt abzuwarten. *K. J. Groth*

Das Schloss wächst

Von Vera Lengsfeld

Neulich war ich wieder einmal bei einer Veranstaltung der Gedenkbibliothek für die Opfer des Stalinismus, die mitten im Nikolaiviertel liegt, das heute noch hauptsächlich von ehemaligen SED-Funktionären bewohnt wird.

So lange er lebte, musste Spionagechef Markus Wolf beim Blick aus seinem Fenster den Anblick des Hinweisschildes auf die Bibliothek ertragen. Die Bibliothek ist ein schmerzhafter Stachel im Fleisch der DDR-Nostalgiker.

Ich lief an den nachempfundenen Kolonnaden der historisierenden Plattenbauten vorbei, mit denen die Partei-, und Staatsführung die wenigen stehengebliebenen Häuser des letzten noch vorhandenen Restes von Alt-Berlin ergänzt hat, in Richtung Spree.

Bis zur Statue des Heiligen Georg, der nach der Vereinigung wieder an seinem angestammten Platz die Drachen bekämpfen darf, bot sich das gewohnte Bild. Auch das Spreeufer sah aus wie immer.

Als ich mich aber nach rechts wandte, stockte mein Schritt. Überrascht starrte ich auf das ungewohnte Panorama. Ich war ein paar Wochen nicht hier gewesen. Wo sich bis vor Kurzem noch der größte leere Platz des Stadtzentrums befunden hatte, war die Fassade des künftigen Schlosses empor gewachsen.

Die Grundsteinlegung und der Baubeginn liegen schon so lange zurück, dass es wie ein Wunder anmutet, dass der schwer erkämpfte Bau nun doch sichtbar im Entstehen ist. Die Südfassade ist schon bis zum dritten Stock hochgezogen. Man bekommt bereits einen guten Eindruck von der Fensterfront und dem Südeingang.

Jahrelang bot nur der Anblick des Doms und des Alten Museums in der Ferne dem haltsuchenden Auge Trost. Jetzt ist nur noch die Kuppel des Doms zu sehen, bald wird auch sie hinterm Schloss verschwinden. Die leere Mitte Berlins gehört endlich der Vergangenheit an.

Wenn man an der Baustelle entlang Richtung Jägerstraße geht, sieht man eine wieder hergestellte Ecke der in DDR-Zeiten weggesprengten Schinkelschen Bauakademie. Es gibt eine Gruppe Enthusiasten, die mit Recht der Meinung sind, dass auch dieses Gebäude wieder entstehen muss. Vielleicht werden auch sie in 20 Jahren erfolgreich sein. Berlin täte es gut, wenigstens Bruchteile seiner historischen Mitte zurückzuerhalten.

Schon jetzt sieht man, wie der Lückenschluss durch das Schloss zur Straße Unter den Linden hin die verlorene historische Harmonie wiederherstellen wird. Die Bauakademie wäre dann das Sahnehäubchen.

Vor allem aber ist der Schlossbau ein wichtiges Symbol. Zwei totalitäre Diktaturen haben nicht das letzte Wort darüber behalten, wie die Mitte der Hauptstadt des vereinigten Deutschlands aussieht. Das ist wunderbar!

Islam auf dem Vormarsch

Berlin: Muslimische Paralleljustiz wird von deutschen Verantwortlichen regelrecht eingeladen



Imam statt Polizei: Nachdem der Chef der Berliner Bäderbetriebe feststellen musste, dass randalierende muslimische Jugendliche die hinzugezogene Polizei nicht als Autorität akzeptieren wollten, hat er nun die Sehitlik-Moschee um Hilfe gebeten

Bild: pa

Nachdem im Berliner Columbiabad arabische und türkische Jugendliche für Randale gesorgt haben, soll nun ein islamischer Geistlicher als Schlichter auftreten. Das Vorhaben droht ein verhängnisvolles Zeichen zu setzen.

Gleich an drei Tagen hintereinander musste der Leiter des Neuköllner Columbiabades während der diesjährigen Pfingsttage die Polizei rufen. Bis zu 40 Jugendliche orientalischer Herkunft hatten den Sprungturm besetzt, befolgten keine Anweisungen des Personals und gefährdeten durch Sprünge ins Wasser sich und andere. Als am dritten Tag die Menschenmenge sogar auf 100 aggressive Orientalen angewachsen war, kam es sogar zu dem Versuch, gewaltsam gegen Polizisten vorzugehen.

Zur Lösung des Problems hat der Chef der Berliner Bäder-Betriebe, Ole Bested Hensing, inzwischen einen erstaunlichen Vorschlag gemacht. Man habe nach der Randale im Sommerbad mit der Sehitlik-Moschee in der Nachbarschaft Kontakt aufgenommen, so der Bäder-Chef. Er hoffe, dass bei Übergriffen im Bad der Imam vorbeikomme und mit den Störern spreche. Es sei zwar noch nichts verabredet, so ein Sprecher der Bäderbetriebe ergänzend, man sei im Moscheeverein aber durchaus auf Bereitschaft gestoßen. Indirekt ist das Vorhaben immerhin ein Eingeständnis, dass die Tumulte im Schwimmbad offenbar kein Problem mit normalen „Halbstarken" sind, sondern auf das Konto muslimischer Jugendlicher gehen.

Als im vergangen Jahr im Sommerbad Pankow ebenfalls Probleme mit jungen Arabern und Türken gemeldet worden waren, war – wenn überhaupt – nur verdruckst von „Jugendlichen mit Migrationshintergrund" die Rede. Entsprechend sah der Lösungsversuch im Pankower Freibad aus: Per „Familientag" wurden pauschal alle unbegleiteten Kinder und Jugendlichen vom Besuch des Sommerbades ausgeschlossen.

Sowohl im vergangenen Jahr in Pankow als auch nun in Neukölln wäre eine andere Lösung angebracht gewesen: die Störer mit Hausverbot belegen, wahrscheinlich sogar die Erstattung von Anzeigen. Selbst wenn der Neuköllner Lösungsversuch neumodisch als „Mediation" verbrämt wird, das Signal, das vom Heranziehen eines Imams ausgeht, ist verheerend.

Berliner Columbiabad: Imam soll als Schlichter auftreten

In immer mehr deutschen Städten ist mit der islamischen Paralleljustiz eine eigene Form der Rechtsprechung auf dem Vormarsch. Längst regeln in einzelnen Stadtteilen von Berlin, Bremen oder Essen Imame und Clan-Chefs und nicht mehr Polizei und staatliche Justiz Streitigkeiten. Gerade in Berlin-Neukölln, dem Bezirk, in dem sich das Columbiabad befindet, greift diese Form der Schattengerichtsbarkeit ohnehin schon immer mehr um sich.

Hochproblematisch ist dabei nicht nur, dass diese „Rechtsprechung" letztendlich auf den archaischen Grundsätzen der Scharia basiert, sondern auch, dass in Brennpunktvierteln deutscher Städte die islamische Paralleljustiz eng mit dem Agieren krimineller Großfamilien verbandelt ist. Bei den Schlüsselfiguren dieser Paralleljustiz, den Streitschlichtern, handelt es sich nicht nur um Imame, sondern oft genug auch um Oberhäupter von Großfamilien, die mit etlichen Mitgliedern tief in kriminelle Machenschaften verstrickt sind.

„Es ist unerträglich mitzuerleben, wie hier sehenden Auges die organisierte Kriminalität ihr eigenes Recht in Form der Scharia durchsetzt", so der Neuköllner SPD-Abgeordnete Erol Özkaraca zu der Entwicklung. Als Resultat gewinnen auch unbescholtene muslimische Familien inzwischen zunehmend den Eindruck, dass sie durch das deutsche Rechtssystem nicht mehr ausreichend geschützt sind. Von Teilen der Politik ist das Problem mittlerweile erkannt worden. Auf Druck der Union findet sich im Koalitionsvertrag mit der SPD die Forderung: „Illegale Paralleljustiz werden wir nicht dulden." Wie die konkreten Gegenmaßnahmen gegen den Vormarsch der islamischen Paralleljustiz aussehen sollen, bleibt indes abzuwarten.

Noch völlig blind scheint die Politik hinsichtlich einer anderen Problematik zu sein, die immer mehr Sprengkraft entwickelt. In Berlin, aber auch in vielen anderen Städten, gewinnen Islamisten rapide an Einfluss in den Schulen. Längst geht es dabei nicht mehr nur um allseits bekannte Punkte wie die Teilnahme von Mädchen an Klassenreisen sowie Sport- und Schwimmunterricht oder die Verbannung von Schweinefleisch vom Speiseplan.

Überdies fordern inzwischen salafistische Eltern in aggressiver Form Gebetsmöglichkeiten in Schulräumen, nimmt sogar religiös motiviertes Mobbing immer mehr zu. Mitschüler werden genötigt, sich an islamischen Gebeten zu beteiligen, oder Mädchen werden so lange eingeschüchtert, bis sie ein Kopftuch tragen.

Noch relativ neu ist an hiesigen Schulen das Phänomen salafistischer „Gebetsflashmobs". Dabei provozieren islamische Jugendliche mit spontanen Gruppengebeten in konfrontativer Absicht an einem zentralen Ort in der Schule. Wird Kritik laut, folgt umgehend der Verweis auf die Religionsfreiheit.

Bisher haben die Islamisten bei ihrem Treiben kaum Hindernisse zu befürchten. Unter Lehrern und Schulleitern ist oftmals die Angst verbreitet, von „politisch korrekten" Deutschen als „fremdenfeindlicher Rassist" oder als „islamophob" angeschwärzt zu werden. Von der anderen Seite droht ihnen die offensichtliche Gewaltbereitschaft islamistischer Kreise.

Norman Hanert

Weder lesen noch schreiben

Berlin plant Kampagne gegen grassierendes Analphabetentum

Berlins Senat hat eine großangelegte Strategie zur Alphabetisierung angekündigt. Laut Schulsenatorin Sandra Scheeres (SPD) können rund 320 000 erwachsene Berliner nicht oder nur unter größten Mühen lesen und schreiben. Diesen sogenannten „funktionalen" Analphabeten will der Senat nun gezielter helfen.

Bis Jahresende soll eine Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung vorliegen. Bis 2020 stehen EU-Mittel in Höhe von fünf Millionen Euro für den Plan bereit. Vom Senat angekündigt ist unter anderem ein neuartiges Bildungszentrum, das Betroffene berät und erstmals einen „Grundbildungsatlas" erarbeiten soll. Zudem ist ein Runder Tisch mit freien Trägern, Gewerkschaften und der Wirtschaft zur Thematik geplant.

Als zentrale Aufgabe steckt sich Schulsenatorin Scheeres, die Zahl derer zu erhöhen, die Angebote für Sprach- und Alphabetisierungskurse bei Volkshochschulen und freien Trägern in Anspruch nehmen. Von den etwa 320 000 Betroffenen nutzen derzeit nur rund 1000 die angebotenen Möglichkeiten. Stärker für das Problem sensibilisiert werden sollen zudem Schullehrer. Es gebe immer noch Schüler, die die Schule verließen, ohne richtig lesen und schreiben zu können, so Scheeres.

Nur knapp 20 Prozent ohne Schulabschluss

Ein Massenphänomen ist Analphabetismus indessen nicht nur in Berlin. Bundesweit können mehr als 7,5 Millionen Menschen zwischen 18 und 65 Jahren nicht richtig lesen und schreiben – das sind mehr als 14 Prozent der erwachsenen Bevölkerung. Dieses von der Universität Hamburg in einer groß angelegten Studie ermittelte Ergebnis löste im Jahr 2011 unter Bildungsexperten einen regelrechten Schock aus. Ausgegangen war man bis dahin nur von etwa vier Millionen funktionalen Analphabeten.

Anders als „primäre" Analphabeten, die nie lesen und schreiben gelernt haben, und „sekundäre" Analphabeten, die es zwar gelernt, aber wieder verlernt haben, können funktionale Analphabeten zwar mit Mühe Wörter erkennen und auch einzelne Sätze lesen und schreiben. Längere Texte verstehen sie allerdings nicht so hinreichend, dass sie daraus einen praktischen Nutzen ziehen könnten.

Der Hamburger Studie zufolge haben nur knapp 20 Prozent der funktionalen Analphabeten keinen Schulabschluss. Gut 60 Prozent der Betroffenen haben allerdings einen Immigrationshintergrund.

N.H.

Wut der Bürger wächst

Sorge über zunehmenden Protest gegen Asylheime

Laut der Organisation „Pro Asyl" und der Amadeu-Antonio-Stiftung hat die Zahl von Aktionen gegen „Flüchtlinge" im ersten Halbjahr 2014 erheblich zugenommen. So habe man 155 gegen Asylbewerber gerichtete Demonstrationen gezählt. Dazu seien 34 Anschläge auf „Flüchtlings"-Unterkünfte gekommen. „Dies zeigt, dass Gewalt und Hetze gegen Flüchtlinge in Deutschland an der Tagesordnung sind", meinte Timo Reinfrank, Geschäftsführer der linksgerichteten Amadeu-Antonio-Stiftung.

Das Bundeskriminalamt erfasste 2013 58 gegen mutmaßliche Flüchtlinge gerichtete Straftaten, darunter Propagandadelikte oder Beleidigungen. Obwohl die amtlichen Zahlen eine eher geringe Dramatik zeigen, beziehen beide Vereine massiv Stellung gegen Bürger, die sich dagegen wehren, die Folgen der Asyl- und Zuwanderungspolitik in ihrer Nachbarschaft zu erdulden.

Gegen den Bürgerprotest wird staatlicherseits immer vehementer vorgegangen. „Pro Asyl" verweist auf die staatlich subventionierte „Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus" in Berlin (MBR). In deren Broschüren spielen die Vokabeln „rechts" und „rechtsextrem" eine zentrale Rolle, wobei die Autoren offenbar vollkommen willkürlich bestimmen, wer welcher Geisteshaltung zuzurechnen ist und wer nicht.

»Beratungsstelle«: Offene Kritik erst gar nicht zulassen

Für den Umgang mit den Bürgerversammlungen, die oftmals im Vorfeld von Einquartierungen von „Flüchtlingen" stattfinden, empfiehlt die MBR, „rechtsextreme Positionen" aus dem Diskurs auszuschließen. Weiter heißt es in der Broschüre: "Parteien von der NPD über Pro Deutschland bis zur Alternative für Deutschland instrumentalisieren die gestiegenen Asylzahlen für ihre Zwecke und verbreiten rassistische Polemik." Von diesen Äußerungen bis zu gewalttätigen Übergriffen und der Beschädigung von Wahlwerbemitteln von Aktivisten und „Unterstützern" ist es den jüngsten Erfahrungen zufolge nur noch ein kleiner Schritt.

So mussten Bewohner von Potsdam-West bei einer „Informationsveranstaltung" für eine „Flüchtlingseinquartierung" in ihren Wohnvierteln erleben, wie ein linkes Rollkommando aus dem alternativen Milieu kritische und besorgte Fragen von Anwohnern allein durch ihr bedrohliches Auftreten unterdrückten. Die Potsdamer Lokalpresse lobte die Veranstaltung später als ein Zeichen von „gelungener Willkommenskultur".

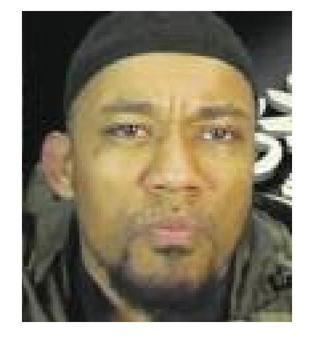
Hans Lody

Zeitzeugen

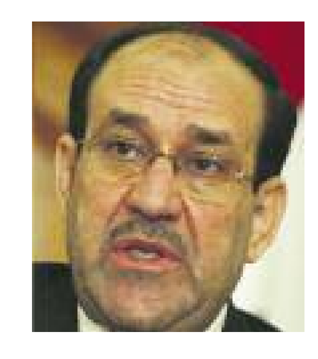


Abu Muhammad al-Adnani – Der offizielle Sprecher des „Islamischen Staates“ (IS) veröffentlichte im April 2014 eine Anklagerede, in der es unter anderem hieß, die Führung von al-Kaida sei nach dem Märtyrertod von Osama bin Laden „vom rechten Weg abgeirrt“ und gehe nun den „Weg des Pazifismus“, um das Ringen der Muslime um eine Erneuerung des Kalifats zu sabotieren.

Massud Barsani – Auf Befehl des Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan im Norden des Irak sind die kurdischen Peshmerga-Milizen im Windschatten des Vordringens des „Islamischen Staates“ in das Gebiet um Kirkuk eingerückt, in dem sich besonders reiche Ölquellen befinden. Deshalb wirft die Regierung in Bagdad den Kurden nun vor, mit dem IS zu paktieren.



Denis Cuspert – Bis 2010 trat der Berliner als Gangsta-Rapper Deso Dogg auf, nun kommandiert er unter seinem neuen Pseudonym Abu Talha al-Almani eine Kampfeinheit des „Islamischen Staates“ namens „Deutsche Brigade von Millatu Ibrahim“. Ihre Mitglieder stammen vor allem aus dem Rheinland, Solingen und dem Frankfurter Raum.



Nuri Kamil al-Maliki – Seit April 2006 fungiert der Schiite als Ministerpräsident der Republik Irak. Aufgrund seiner systematischen Unterdrückung der sunnitischen Minderheit im Lande gilt er nun als Hauptverantwortlicher für den Siegeszug des „Islamischen Staates“, weswegen die USA jetzt zunehmend auf Distanz zu ihrem bisherigen Protegé gehen.



Sepp Blatter – Der Fifa-Präsident erhielt dieser Tage einen offenen Brief von Vertretern des „Islamischen Staates“, in dem es heißt: „Lieber Joseph! Jetzt, nachdem wir ein Kalifat errichtet haben, das auch Katar umfasst, verbieten wir die Durchführung einer Fußball-WM in unserem Land. Kalif Abu Bakr al Bagdadi duldet in seinem muslimischen Land weder Korruption noch Ablenkung vom Islam.“

Madrid soll 2020 fallen

Islamisten der Terrororganisation Isis kündigen Expansion nach Europa an

„Oh, Muslime, eilt euch und sammelt euch um euren Kalifen, dass ihr vielleicht zu dem zurückkehrt, was ihr für Jahre wart, Könige der Welt und Ritter der Kriege.“ Mit diesen Worten beendete der Sprecher der sunnitisch-salafistischen Organisation „Islamischer Staat“ (IS, vorab Isis), Abu Muhammad al-Adnani, seine 34-minütige Audiobotschaft, mit der er die Welt am 29. Juni, pünktlich zu Beginn des Fastenmonats Ramadan, von der Gründung eines neuen Kalifats in Kenntnis setzte.

Noch am selben Tag verbreiteten Unterstützer von Kalif Ibrahim alias Abu Bakr al-Baghdadi via Twitter eine Landkarte, die zeigt, wie das Kalifat, dessen Territorium bereits jetzt den Norden und Osten Syriens sowie die Hälfte des Irak umfasst, in Zukunft expandieren soll, nämlich ähnlich dem historischen Kalifat des 7. Jahrhunderts und der Zeit danach über den Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika hinaus bis nach Spanien, Portugal, Österreich, Südosteuropa, Kaukasien, Zentralasien und in die subsaharischen Regionen Afrikas. Ebenso tauchte ein Zeitplan für die geplanten Annexionen auf, in dem beispielsweise der Fall Madrids für das Jahr 2020 angekündigt wurde.

Dass derartige Aussagen nicht aus der Euphorie einiger Übereifriger resultieren, sondern durchaus die Intentionen der IS-Führung treffen, belegt ein persönlicher Appell des Kalifen, der unter anderem vom Onlinedienst des „The Telegraph“ zitiert wird und in dem sogar noch ein weiteres, besonders symbolisches Eroberungsziel Erwähnung findet: „Beeilt Euch, Moslems, in euren Staat zu kommen ... Das ist mein Rat für euch. Wenn ihr ihm folgt, werdet ihr Rom erobern und Herren der Welt werden durch den Willen Allahs.“

> Bis jetzt wurden die angekündigten Etappenziele erreicht

Leichtfertigerweise werten viele Kommentatoren dies als bloßes Maulheldentum im Stile Osama bin Ladens. Doch der IS ist nicht die al-Kaida. Im Gegensatz zu dem weltweit agierenden, aber zersplitterten Terrornetzwerk verfügt er über eine solide zusammenhängende territoriale Basis von rund 300 000 Quadratkilometern mit prosperierenden Großstädten und gewinnträchtigen Ölfeldern. Deswegen kann der IS seine Kriegszüge auch längst problemlos selbst finanzieren: Schätzungen des britischen Geheimdienstes zufolge hat er mittlerweile an die 2,4 Milliarden US-Dollar zusammengerafft.

Des Weiteren verfügt das wiederauferstandene Kalifat, das ganz explizit der Tradition der unmittelbaren Erben Mohammeds folgen will und die Erneuerung von deren Imperium anvisiert, über ein klares strategisches Konzept, das dem der al-Kaida an Attraktivität weit überlegen ist und deshalb nun schon Muslime aus 70 Ländern mobilisiert hat.

Zum Dritten ist der IS eine ernstzunehmende militärische Macht, obwohl seine Truppenstärke derzeit nur auf allerhöchstens 25 000 Mann geschätzt wird, denn er besitzt inzwischen erbeutete US-Hubschrauber und -Panzer, Haubitzen und auch mindestens eine ballistische Scud-Rakete mit einer Reichweite von bis zu 700 Kilometern – nach Recherchen der „Los Angeles Times“ reicht das vorhandene Kriegsgerät aus, um 200 000 Gotteskrieger zu bewaffnen. Nicht ignoriert werden darf zudem der religiös befeuerte Todesmut der Dschihadisten: So vertrieben bei der Einnahme von Mossul 800 Isis-Angreifer 30 000 Regierungssoldaten, wonach deren Offiziere barmten: „Wir kämpfen gegen Teufel, nicht gegen normale Menschen!“

Außerdem hat der IS in den letzten Wochen noch damit begonnen, die Staudämme entlang des Euphrat unter seine Kontrolle zu bringen, womit sich vielfältige Möglichkeiten der Sabotage und Erpressung bieten.

Hier kommt also etwas auf die Region, aber auch die übrige Welt zu, was eine gänzlich neue Form der islamistischen Bedrohung darstellt. *Wolfgang Kaufmann*

Terror im Blut

Der „Islamische Staat“ (IS) trug zunächst den Namen „Jama'at al-Tauhid wa al-Dschihad“ („Gemeinschaft für den Glauben an Allah und den Heiligen Krieg“) und wurde 2003 von dem Jordanier Abu Musab az-Zarqawi gegründet. Die Gruppe fiel von Anfang an durch besonders blutige Anschläge und Geiselmorde vor laufender Kamera auf. Nach Zarqawis Treueschwur gegenüber Osama bin Laden lautete ihr Name dann ab Oktober 2004 „Tanzim Qaidat al-Dschihad fi Bilad ar-Rafidain“ („Organisation der Basis des Heiligen Krieges im Zweistromland“), besser bekannt als al-Kaida im Irak.

Eine erneute Umbenennung der Terrororganisation in „al-Dawlah al-Islamiya fi l-Iraq“ („Islamischer Staat im Irak beziehungsweise Isi“) erfolgte zwei Jahre später im Anschluss an die

Von Al-Kaida losgesagt

Tötung az-Zarkawis durch US-Truppen. Als Chef fungierte nun Abu Ayyub al-Masri, bis dann Mitte Mai 2010 der jetzige Kalif Abu Bakr al-Baghdadi alias Ibrahim Ali al-Badri as-Samarra das Kommando übernahm.

Der Einstieg in den syrischen Bürgerkrieg resultierte aus einem Aufruf des Bin-Laden-Nachfolgers Aiman az-Zawahiri vom 11. Februar 2012. Damit verbunden war die erneute Änderung des Namens in „Islamischer Staat im Irak und Groß-Syrien“ (Isis). Der Isis beanspruchte nun die Kontrolle über die syrische Al-Nusra-Front, die gleichfalls der al-Kaida unterstand. Das und die Weigerung, einer weiteren Weisung az-Zawahiris nachzukommen, sich wieder auf den Heiligen Krieg im Irak zu beschränken, führte im Februar dieses Jahres zum Bruch mit der Mutterorganisation. Deshalb stellt die Ausrufung des Kalifats auch einen Angriff auf die Autorität der al-Kaida dar und tatsächlich ist mit Ali al-Nashwan bereits der erste führende Vertreter derselben zum IS übergelaufen. *W.K.*



Massenexekution im Irak: Die Terrororganisation IS brüstet sich im Internet mit ihren Bluttaten

Bild: pa

Hass als Treibstoff

Vernichtung Andersgläubiger und Rachedurst bescheren IS Anhänger

Dass Abu Bakr al-Baghdadi es wagen konnte, sich zum Kalifen und damit zum nominellen Oberhaupt aller 1,5 Milliarden Muslime auszurufen, hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass der IS zum Zeitpunkt der Proklamation bereits weltweite Sympathie genoss. Dies zeigte sich am deutlichsten während der „One Billion Muslims Support Isis“-Kampagne vom 20. Juni dieses Jahres, zu der die Führung der Organisation am Vortag aufgerufen hatte: Unzählige Muslime posteten damals via Twitter Fotos, in denen sie zum Ausdruck brachten, dass sie auf Seiten des Isis stehen. Darunter waren auch Unterstützer aus den USA, Belgien, den Niederlanden, Spanien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Großbritannien und Kanada. Als bevorzugte Motive wählten diese dabei Wahrzeichen ihrer Länder, vor denen sie mit einer Isis-Flagge posierten und Transparente mit Aufschriften wie „Der Islamische Staat wird bleiben und wachsen, mit Allahs Hilfe“ hochhielten.

Eine weitere geschickte Maßnahme des Kalifats stellt die Ausrufung des Dschihad al Nikah dar, der darauf hinausläuft, dass die IS-Leute nun über die jungen Frauen in den besetzten Territorien verfügen können. So hofft man, möglichst viele männliche Muslime zur „Einwanderung“ zu animieren, und zwar nicht nur potenzielle Kämpfer, sondern auch die dringend benötigten Ärzte, Ingenieure und Verwaltungsfachleute.

Ihre Gewalt schafft Gegenerhebung

Das wichtigste Erfolgsrezept der Gruppe ist aber, sich als Wahrer der Interessen der sunnitischen Minderheit im Irak zu gerieren – nun rächt sich die Vernachlässigung des Baus von Krankenhäusern, Schulen und Straßen in den sunnitischen Provinzen durch die schiitisch dominierte Regierung in Bagdad. Ebenso profitiert der IS von der Expertise der sunnitischen Militärs, die einstmals der Armee von Saddam Hussein angehörten und nun – oft aus Rache für ihre Deklassierung – die Kämpfer des IS ausbilden oder anführen.

Der Gegensatz zwischen Sunniten und Schiiten beschert den Gefolgsleuten Abu Bakrs zudem einen reichlichen Zufluss privater Spenden aus sunnitischen Staaten wie Saudi-Arabien, Kuwait, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten, wobei zu vermuten steht, dass das Geld eher von Privatpersonen als von den Regierungen kommt. Auf jeden Fall geht es den Sponsoren aber um eine Beschneidung des Einflusses der schiitischen Regionalmacht Iran.

Allerdings machte sich der IS mit seinem antischiitischen Kurs, der inzwischen zur blindwütigen Zerstörung von Heiligtümern der konkurrierenden muslimischen Religionsgemeinschaft führte, auch sehr viele Feinde, die das Kalifat letztlich zur Strecke bringen könnten. So genügte ein Aufruf des geistlichen Oberhauptes der irakischen Schiiten, Großajatollah Ali al-Sistani, dass sich 2,5 Millionen seiner Glaubensgenossen für den Kampf gegen den IS meldeten.

Ebenso hat inzwischen der Iran reagiert: Seite an Seite mit dem „Großen Satan“ USA unterstützt er das Regime in Bagdad mit Aufklärungsdrohnen, und die Gerüchte über Waffenlieferungen Teherans an den Irak haben gewiss auch einen wahren Kern. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Hans-Jürgen Mahlitz, Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **9876**

Der Wind dreht sich

Widerstand gegen Energiewende: Vor allem in Bayern wehrt man sich gegen Verspargelung der Landschaft

Als sich am 11. März 2011 im japanischen Fukushima ein schwerer Atomunfall ereignete, wandelten sich in Deutschland Befürworter der Atomkraft innerhalb von Tagen zu entschiedenen Gegnern. Der Begriff der Energiewende wurde geboren. Gut drei Jahre später fällt die Bilanz ernüchternd aus.

Horst Seehofer muss ein Zeichen setzen. Die Europawahl verlief für den bayerischen Ministerpräsidenten und seine CSU ernüchternd. „Wir müssen wieder Themenfelder besetzen, die die Menschen berühren", sagte Seehofer anschließend. Ein solches Thema hat er nun gefunden. „Bayern ist schön – und soll es bleiben", steht in einem Kabinettsbericht, der sich mit dem Thema Windkraft auseinandersetzt: „Das typisch-bayerische Landschaftsbild darf nicht auf dem Altar des energetischen Förderwesens geopfert werden", heißt es weiter. So deutlich hat sich noch kein deutscher Spitzenpolitiker gegen die Energiewende gestellt. Seit jenem verhängnisvollen Märztag 2011 ist die Atomenergie für die meisten Deutschen faktisch Geschichte. Kohle steht für Dreck und Staub, Gas für eine Einflussnahme russischer Oligarchen. Also stürzte sich die deutsche Politik in den Ausbau Erneuerbarer Energien, der Traum von Solar- und Windkraft war geboren.

Doch die Umsetzung gestaltet sich schwierig. Landauf, landab laufen die Bürger Sturm gegen geplante Windparks. Vor allem in ländlichen Gebieten von Bayern und Hessen, aber auch in Niedersachsen und dem Saarland haben sich Bürgerinitiativen gegründet, die gegen den Bau von Windrädern Stimmung machen. Durch den Bau solcher Anlagen befürchten etliche Bürger massive Umweltzerstörungen, Belästigungen durch Lärm, Schall, störende Lichtreflexionen und Eiswurf sowie eine Wertminderung ihrer Immobilien durch Schattenwurf. In Bayern ist nun ein Streit um den Abstand von Windanlagen zu Wohngebieten entbrannt. Die grundsätzliche Regelung ist dabei Sache der Kommunen und fällt damit von Region zu Region unterschiedlich aus. Im Frühjahr hatte die Bundesregierung ein Gesetz beschlossen, das es den Ländern ermöglicht, eine verbindliche Abstandsregelung zu treffen. Im vergangenen Jahr hatten Bayern und Sachsen eine „Faktor 10"-Regelung vorgeschlagen: Der Abstand zur Wohnbebauung soll das Zehnfache der Windradhöhe betragen – bei 150 Metern Höhe 1,5 Kilometer, bei 200 Metern zwei Kilometer. Bisher legten die Gemeinden meist weniger Abstand fest. Bayerns Ministerpräsident Seehofer wettert nun, er wolle keine „Verspargelung" Bayerns: „Das macht mir Angst, ein Windrad nach dem anderen."

Zudem stehen die Effizienz dieser Anlagen immer noch in Frage und die Windräder die meiste Zeit einfach still, weil es an Wind fehlt. Und das ist immerhin an 120 Tagen im Jahr der Fall. Die Opposition im bayerischen Landtag äußert nun den Verdacht, Seehofer stehe unter dem Einfluss von Atom- oder Kohlekraft-Lobbyisten. „Die heute existierenden bayerischen Atomkraftwerke und ihre Zwischenlager befinden sich in einem viel geringeren Abstand zu Wohnhäusern als dies künftig für Windräder der Fall sein soll", teilte die SPD-Fraktion in München mit und ihr Abgeordneter Florian von Brunn nennt das Verhalten des Ministerpräsidenten „nicht logisch, seltsam und realitätsfern". Sein Fazit: „Wenn man heute nicht einmal sicher sagen kann, ob künftig Windräder an den Standorten ehemaliger Kernkraftwerke gebaut werden dürfen, dann läuft bei der Energiewende etwas gehörig schief", sagte er gegenüber dem „Spiegel".



Anwohner gegen Windräder: Strengere Mindestabstandsregeln erschweren Neubau Bild: imago

Glaubt man Detlef Ahlborn, dann ist die Energiewende längst gescheitert. Der Diplom-Ingenieur führt in seiner nordhessischen Heimat eine Bürgerinitiative gegen den Bau von Windrädern, bundesweit ist er ein gefragter Redner. „Zehn bis 15 Vorträge", halte er pro Monat, „und das quer durch die Republik." Seine Zwischenbilanz der Energiewende liest sich wie eine Abrechnung: „In den meisten Regionen Deutschlands weht nicht ausreichend Wind. Und wenn kein Wind weht, dreht sich auch das Rad nicht und produziert keinen Strom." Man müsse also, um die Stromversorgung zu gewährleisten, zusätzlich auf Kohlekraftwerke setzen. Für Ahlborn ist Windenergie keine Lösung, denn die Anzahl der benötigten Räder sei zu hoch und es existiere keine ausreichende Speichermöglichkeit. „Alle Pumpenspeicherkraftwerke in Deutschland können alle Haushalte gerade einmal für 20 Minuten versorgen. Wir können festhalten, dass die Energiewende gescheitert ist."

Mit Erstaunen haben Beobachter festgestellt, dass ein Riss quer durch die Reihen der Naturschützer geht. In Schleswig-Holstein und dem Saarland haben sich Bürgerinitiativen gebildet, deren Vorkämpfer aus den Reihen der Grünen stammen. „Vorher haben die gegen Atomkraft demonstriert, jetzt gegen Windräder. Das ist für manche ein emotionales Problem, denn da geht es auch um ein Stück politische Identität", erklärt Ahlborn. Er selbst fordert eine „ideologiefreie Debatte darüber, wie Energie- und Stromgewinnung künftig aussehen dürfen".

SPD-Chef Sigmar Gabriel, zuständiger Bundesminister für Wirtschaft und Energie, hat jedenfalls schon eingeräumt, dass die Energiewende nicht nach Plan verläuft. „Energie, die nicht gebraucht wird, muss auch nicht erzeugt, transportiert und bezahlt werden. Wir müssen vielmehr über Energieeffizienz sprechen."

Peter Entinger

MELDUNGEN

Regierung kauft Schrott-Telefone

Berlin – Die Bundesregierung hat unter dem Eindruck der Ausspähung von Regierungsmitgliedern und Parlamentariern durch die US-Geheimdienste für 5,24 Millionen Euro sogenannte Hochsicherheits-Handys beschafft, die allerdings unbrauchbar sind. Eine sichere Kommunikation ist mit den 2552 Mobiltelefonen zum Stückpreis von 2055 Euro nämlich gar nicht möglich, taugen sie doch nur für die Schutzstufe „VS – Nur für den Dienstgebrauch". Dokumente dieser untersten Geheimhaltungsstufe allerdings sind in der Regierungs- und Parlamentspraxis in der Regel mehr oder minder frei zugänglich. 582 dieser „Krypto-Telefone" gingen an das Auswärtige Amt, 563 an das Innenministerium, 397 an das Finanzministerium, 129 an das Bundeskanzleramt, der Rest wurde an die übrigen Ressorts verteilt. *J.H.*

Ministerin fällt aus den Wolken

Calw – Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat für die Anreise zu einem Truppenbesuch beim Kommando Spezialkräfte (KSK) im baden-württembergischen Calw einen außergewöhnlichen Weg gewählt. Während Minister zu solchen Anlässen üblicherweise mit der Dienstlimousine oder dem Hubschrauber anreisen, ist von der Leyen in den Standort der Bundeswehr-Elitetruppe mit dem Fallschirm eingeschwebt. Auch wenn sie dabei als Tandem-Sprungpartner fest an einen KSK-Soldaten geschnallt war, erforderte diese Aktion doch einigen Mut. Nicht nur bei den Elitesoldaten, bei denen der Sprungdienst zum Truppenalltag gehört, kam das gut an. Die in ihrem Amt stark auf die Vereinbarung von Beruf und Familie fixierte von der Leyen dürfte damit auch einiges dazu beigetragen haben, ihrem Image als ministerielle „Mutter der Kompanie" erfolgreich entgegenzuwirken. *J.H.*

Es holpert, aber stockt nicht

AfD nimmt im EU-Parlament Arbeit auf und verarbeitet Widerstände

Die turbulenten Zeiten gehen für die noch junge Alternative für Deutschland (AfD) weiter. Die Feuertaufe im Straßburger EU-Parlament endete mit der Gewissheit, dass man dem Neuling keine Geschenke bereiten wird. So scheiterte AfD-Frontmann Bernd Lucke bei der Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden des Wirtschafts- und Währungsausschusses ebenso wie Beatrix von Storch bei ihrer Kandidatur für den Stellvertreter-Posten im Frauenausschuss. Lediglich Hans Olaf Henkel kam bei der Wahl zum Stellvertreter im Wirtschaftsausschuss durch.

Mit den Euro-Kritikern aus der Bundesrepublik tut man sich im EU-Parlament schwer, zumal vor allem deutsche Kollegen Stimmung gegen die Kandidatur Luckes gemacht hatten. Ein Eigentor schoss dabei die Grüne Terry Reintke, die sich in einem im Internet veröffentlichten Video gemeinsam mit zwei weiteren grünen Parlamentariern über die Anwesenheit Beatrix von Storchs im Frauenausschuss beschwert hatte. Doch Inhalt und Tonfall des Spots waren derart primitiv, dass sich die Partei später zu einer Entschuldigung gezwungen sah und einräumte, dass der Versuch, witzig zu sein, „diesmal nicht so ganz geglückt ist".

Gegenwind bekam die AfD-Führung unterdessen nicht nur bei ihrem Start in Straßburg, auch intern sieht sich die Partei noch immer einigen Querelen ausgesetzt. So hat der frühere Hamburger CDU-Rebell Markus Wegner eine „Bestandsanalyse" ins Netz gestellt und darin die Parteiführung um Lucke zum Rücktritt aufgefordert. Die AfD befinde sich „im politischen Nirvana", sei inhaltlich diffus und organisatorisch schwach, der Umgang untereinander eine Katastrophe. Wegner, der die CDU in den 90er Jahren verließ und die kurz recht erfolgreiche Statt Partei ins Leben rief, steht in der AfD im Ruf, ein Dauernörgler zu sein. Beim Erfurter Parteitag im März zog er den Unmut vieler Delegierter durch permanente Geschäftsordnungsanträge auf sich.

> Grüne schossen mit Attacken übers Ziel hinaus

Konrad Adam, einer der Bundessprecher der Partei, gibt sich angesichts der Thesen Wegners gelassen. „Wir haben relative Ruhe, zum Jahreswechsel hatte ich mehr Sorgen. Ein paar Unzufriedene gibt es immer, das muss man nicht allzu ernst nehmen", sagt der Altphilologe, Buchautor und ehemalige Mitarbeiter von „FAZ" und „Welt".

Schwierigkeiten bereiten der AfD derzeit vor allem die sozialen Medien. Reihenweise werden eigentlich vertrauliche Mails öffentlich, im bis dato stabilen Landesverband Baden-Württemberg sah sich Landeschef Bernd Kölmel gezwungen, zwei Vorstandsmitglieder zum Rücktritt aufzufordern, da sie interne Dokumente an ehemalige Parteimitglieder weitergeleitet haben. Parteichef Lucke, der in den Verbänden als Moderator hoch angesehen ist, erklärt vor diesem Hintergrund, „dass wir im Umgang miteinander immer noch Verbesserungspotenzial haben". Lucke weist aber auch daraufhin, dass die Medien gerne über Probleme berichten, „dabei aber ausblenden, dass 80 bis 90 Prozent der Partei stabil arbeiten".

Ähnlich reagierte der Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Marcus Pretzell, auf Austritte in rund einem halben Dutzend kommunaler Fraktionen. „Solche Prozesse muss jede junge Partei durchlaufen. Nicht jede Person passt 100-prozentig, aber wichtig ist, dass es sich nur um einen kleinen Teil handelt." *P.E.*

Verfaulter Apfel

Linker Flügel der SPD geht auf Oppositionskurs zur eigenen Partei

Das „Forum Demokratische Linke 21" (DL21), der organisierte linke Flügel der SPD, erlebt einen prominenten Anhängerschwund. Innere Zerstrittenheit, „mangelnder Pluralismus", vor allem aber der Aufstieg linker Genossen hat dort die Spielräume eingeengt und verbitterte Konkurrenz innerhalb der Parteilinken geschaffen. Die blickt teils frustriert, teils loyal auf die Große Koalition. Der Frust entlädt sich in bisher sechs Austritten – Anlass sind Äußerungen der Sprecherin der Formation, Hilde Mattheis, zum Mindestlohn.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, bis 2013 Generalsekretärin der SPD, ist nun aus der DL21 ausgetreten, die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, Christine Lambrecht, auch. Bayerns SPD-Landeschef Florian Pronold kehrte der Gruppe den Rücken und auch der Bundestagsabgeordnete Niels Annen sowie zwei Mitarbeiter von Andrea Nahles, Benjamin Mikfeld und Angela Marquardt. Dem „roten Rambo" Ralf Stegner (SPD) gelingt es derweil nicht, eine Alternative zum linken Sammelbecken zu bilden, wie die linke Zeitung „Der Freitag" ätzt. Mattheis' Politik der „möglichst schrillen Querschüsse" sei „überholt", so Stegner.

Der Aufhänger der Austritte ist der Frust bei der SPD-Linken über die Beschlüsse der Großen Koalition zum Mindestlohn. Mattheis war auf Oppositionskurs zur eigenen Partei gegangen: „Mit der Festschreibung des Mindestlohnes im Koalitionsvertrag hatten wir einen roten Apfel in die Hand bekommen", so Mattheis in einem Interview, und weiter: „Jetzt zeigt sich, dass er auf der einen Seite verfault ist." Das erboste vor allem linke Genossen.

> Mindestlohn spaltet »Forum Demokratische Linke 21«

Schon im vergangenen Oktober drohte das Sammelbecken wegen „Einflusslosigkeit auf die programmatische Entwicklung der Partei" zu zerbrechen. Mit dieser Begründung verließ der einstige Juso-Chef Björn Böhning die DL21. Böhning bemängelte zudem „fehlenden Pluralismus". Damals ging auch Thorsten Schäfer-Gümbel, hessisches Aushängeschild der Sozialdemokraten. Er stieg im November prompt zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD auf. Stand damals Mattheis wegen ihres Führungsstils und der anhaltenden Forderung nach einem rot-rot-grünen Bündnis in der Kritik, so sehen jetzt ausgerechnet linke Genossen ihre eigenen Erfolge von Mattheis gefährdet: Deren jüngste Äußerung sei „nicht hinnehmbar", so Nahles, verneine diese doch den „maßgeblichen Einsatz der Linken innerhalb der Sozialdemokratie". Lambrecht gab den Medien zu Protokoll, sie teile die Auffassung Mattheis' „ausdrücklich nicht" und begründete damit ihren Rückzug. Der SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach, der zwar dem linken Parteiflügel nahesteht, aber der Formation nicht angehört, unterzeichnete trotzdem ein gemeinsames Protestschreiben der Ausgetretenen und warf der DL21 vor, „die größte parteiinterne Instanz zur Selbstgeißelung der SPD" zu sein.

Mattheis muss nun die Wogen glätten, will sie weiter eine linke Politik jenseits der Großen Koalition steuern. Die Zeichen der Zeit stehen gegen sie und auf koalitionäre Harmonie. „Mit großem Bedauern" habe sie die Austritte zur Kenntnis genommen. Ihr Zitat ziele eigentlich auf die CDU, sagte die Politikerin. Sie signalisiert Gesprächsbereitschaft, vor allem mit Andrea Nahles. *SV*

MELDUNGEN

Erdogan umwirbt Kurden

Ankara – Die Regierung des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan geht auf die Kurden in der Türkei zu, in dem sie den Friedensprozess mit der verbotenen kurdischen PKK legalisierte. Ehemalige Mitglieder der sich als Bund von Freiheitskämpfern bezeichnenden Partei sollen nun in die Gesellschaft eingegliedert werden. Bis vor Kurzem waren Kontakte zur PKK noch strafbar. Allerdings benötigt Erdogan die Stimmen der Kurden, um bereits im ersten Wahlgang im August zum Präsidenten der Türkei gewählt zu werden. *Bel*

Slowenen wählen Polit-Neuling

Laibach – Der Wahlsieg der grünliberalen Partei SMC des Rechtsprofessors und Polit-Neulings Miro Cerar hat das Parteiensystem in Slowenien durcheinandergewirbelt. Die erst Anfang Juni gegründete Partei holte aus dem Stand 38 der 90 Mandate im Parlament des von den Folgen einer Bankenkrise und zahlreichen Korruptionsskandalen erschütterten Landes. Die zweitplatzierte Partei, die konservative SDS, drohte bereits gleich nach der Wahl, diese nicht anzuerkennen. Grund hierfür war, dass ihr Spitzenkandidat Janez Janša wegen einer Schmiergeldaffäre in Haft saß und daher nicht am Wahlkampf teilnehmen konnte. Die SDS behauptet aber, Janša sei zu Unrecht im Gefängnis und eine Wahl ohne ihn deshalb nicht zu akzeptieren. Es war zu vorgezogenen Neuwahlen gekommen, weil die scheidende Premierministerin Alenka Bratušek den Rückhalt ihrer eigenen Partei verloren hatte. Zur Sanierung des Staatshaushaltes hatte sie ein drastisches Privatisierungsprogramm vorgeschlagen. Auch Wahlsieger Cerar ist überzeugt, dass Privatisierungen notwendig sind. *Bel*

Neue Härte gegen Kritiker

Peking ignoriert Apelle zur Einhaltung von Menschenrechten – Vor Merkels Besuch 17 Dissidenten verhaftet

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat erneut mit einer großen Wirtschaftsdelegation die Volksrepublik China besucht. Die Wirtschaftsbeziehungen florieren und die Regierungskontakte sind eng. In Menschenrechtsfragen sind jedoch eher Rückschritte zu verzeichnen.

Deutschland ist mit Abstand Chinas größter Handelspartner in Europa. Im Jahr 2013 betrugen die deutschen Einfuhren aus dem Reich der Mitte 73,3 Milliarden Euro; die deutschen Exporte nach China 67 Milliarden Euro. Bereits über 5000 deutsche Unternehmen sind in dem Land aktiv. In Deutschland sind inzwischen über 900 chinesische Unternehmen tätig.

Merkel besuchte bei ihrer siebten China-Reise erstmals auch Chengdu, die Hauptstadt der Westprovinz Sichuan. Chengdu hat 14 Millionen Einwohner, Sichuan 82 Millionen. Die Kanzlerin besichtigte in Chengdu unter anderem das erste VW-Werk im Westen Chinas. Volkswagen produziert in China an 17 Standorten Fahrzeuge. Weitere Werke in Qingdao und Tianjin sind geplant. VW ist heute der führende Automobilhersteller in China. Wie der Konzern mitteilt, lieferte er mit den Joint-Ventures FAW-Volkswagen und Shanghai-Volkswagen allein in den Monaten Januar bis Mai dieses Jahres rund 1,5 Millionen Fahrzeuge aus, was einem Zuwachs von 17,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. BMW verzeichnet ähnliche Steigerungsraten in China.

Berlin kommt in Europa geradezu ein Alleinstellungsmerkmal zu, was die Dichte der Regierungskontakte mit Peking betrifft. Erst im März war Staatspräsident Xi Jinping in Deutschland. Seit 2011 finden gegenseitige Regierungskonsultationen statt. 2012 nahmen daran in Peking neben der Bundeskanzlerin und dem damaligen Ministerpräsidenten Wen Jiabao von beiden Seiten über zehn Minister teil. Es gibt über 60 „Dialogmechanismen“, viele auf Regierungsebene, zwischen Fachministern und Behörden. Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) berät die chinesische Seite in einem eigenen „Programm Rechtswesen“. So veranstaltete die GIZ zum Beispiel letztes Jahr in Peking ein Seminar über das deutsche Umweltrecht mit Themen wie „Das Umweltverfassungsrecht“, „Genehmigungsanforderungen an Anlagen sowie das Genehmigungsverfahren“ oder „Die Ahndung des rechtswidrigen Schadstoffausstoßes“. China ist ebenso an deutscher Umwelttechnologie interessiert wie die Hersteller an dem Absatzmarkt.

Anfang September findet in Leipzig das nächste Symposium des beiderseitigen „Rechtsstaatsdialogs“ statt. Auf dessen Tagesordnung standen bisher unter anderem Themen wie „Regelungssysteme zur Vermeidung und Beilegung von Verwaltungsstreitigkeiten“ (2013), „Bürgerrechte und staatliche Gesetzgebung im digitalen Zeitalter“ (2012) oder „Das Strafverfahrensrecht im Rechtsstaat“ (2011). Je nach Sachgebiet mögen solche Veranstaltungen ein wenig positive Impulse für ein verbessertes Rechtssystem in China geben.

> Pflichtkurse in Marxismus für Redakteure

So gut wie keine fassbaren Ergebnisse lieferte jedoch jemals der ebenfalls institutionalisierte „Menschenrechtsdialog“. Das hatte letztes Jahr auch der frühere Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning, eingestanden. Gerade seit Xi Jinpings Amtsantritt als Staats- und Parteichef gehen Chinas Behörden mit neuer Härte gegen Kritiker vor. Erst kurz vor der China-Visite Merkels hatten die chinesischen Behörden 17 Aktivisten wegen ihres Gedenkens an die blutige Niederschlagung der Protestbewegung am Platz des Himmlischen Friedens am 4. Juni 1989 verhaftet. Laut „Reporter ohne Grenzen“ sitzen derzeit 30 Journalisten und 70 Blogger in China hinter Gittern. Die mehr als 300 000 chinesischen Redakteure und Reporter seien seit vergangenem Jahr zum Besuch von Schulungen in marxistischer Ideologie verpflichtet. Facebook, YouTube und Twitter sind seit 2009 blokkiert. Schon seit letztem Jahr würden die Behörden auch die Nutzung des chinesischen Twitter-Klons Weibo erschweren. Seither könnten Nutzer mit bis zu drei Jahren Haft bestraft werden, wenn sie bei Weibo „Gerüchte“ verbreiteten und diese mindestens 500 Mal weitergeleitet werden.

In Chengdu tagte während der Merkel-Visite auch das „deutsch-chinesische Dialogforum“, das ein „zivilgesellschaftliches Beratergremium“ für die Regierungen beider Länder sein soll. Es hat je 15 deutsche und chinesische Mitglieder. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) übte Kritik an der Zusammensetzung des Gremiums. „Die chinesischen Delegierten“, erklärte der Asien-Experte der GfbV, Ulrich Delius, „vertreten nicht glaubwürdig die sehr lebendige Zivilgesellschaft, sondern sind amtierende oder ehemalige Parteikader oder Wirtschaftsführer“. Und: „Es ist ein Hohn, dass der frühere Bürgermeister Schanghais, Xu Kuangdi, der Co-Vorsitzende dieses Gremiums ist. Unter ihm wurden mehrere tausend Bittsteller und Verlierer des Immobilienbooms inhaftiert und in Geheimgefängnisse gebracht sowie hunderte Falun Gong-Anhänger in Arbeitslager eingesperrt.“

Als Vertreter der „chinesischen Zivilgesellschaft“ sitzen in dem „Dialogforum“ unter anderen auch der frühere Botschafter Chinas in Berlin, Ma Canrong, oder der Direktor der Soziologischen Abteilung der Parteischule des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Xie Zhigiang. Doch fällt es auch schwer, alle „Dialogpartner“ auf deutscher Seite als Vertreter einer Zivilgesellschaft einzustufen. Vielleicht passt der grüne Europaabgeordnete Reinhard Bütikofer aber ja deshalb gut in das Gremium, weil er als Student Mitglied im maoistisch orientierten Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) war.

Michael Leh



Große Symbolik, wenig Resultate: Der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang und Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Jugendlichen bei der Abschlussveranstaltung des "Jahres der Sprachen"in Peking Bild: action press

Im Renzi-Fieber

Südtirol: SVP lammfromm gegenüber Rom

Die politischen Verantwortungsträger der in Südtirol regierenden Südtiroler Volkspartei (SVP) geben sich Wunschvorstellungen hin. Und die Publizistik steht ihnen darin in nichts nach. Unter dem Motto „Europa der Regionen“ fand dieser Tage auf Schloss Prösels eine Tagung statt. Natürlich lockten nicht das der europäischen Realität zuwiderlaufende Tagungsthema. Die Wissenschaftler mühten sich mit den staubtrockenen Materien ab, die Begriffe wie „Nation“, „Regionalismus“, „Föderalismus“ und „Supranationalismus“ umfassen und beschworen die „Regionalisierung Europas“. Nein, eine unbändige Anziehungskraft übte das „historisch“ zu nennende erstmalige Zusammentreffen eines italienischen und eines österreichischen Regierungschefs auf Südtiroler Boden aus. Die Anwesenheit des Ministerpräsidenten Italiens Matteo Renzi überstrahlte hier jene des österreichischen Bundeskanzlers Werner Faymann. Das war den anwesenden SVP-Granden anzumerken, die ansonsten in Sonntagsreden das „Vaterland Österreich“ im Munde führen. Ob des „Einfädelungsgeschicks“ des Südtiroler Landeshauptmanns Arno Kompatscher (SVP) – er und Matteo sind per Du – hätte man am liebsten einander auf die Schenkel geklopft. Jedenfalls hinterließen die SVP-Politiker den Eindruck, als ob der Kampf der Altvorderen wider die „ewige Italianità“ behaglichem Wohlgefallen an der politischen, ökonomischen, sozialen und weitgehend auch kulturellen Inkorporation in den italienischen Zentralstaat gewichen sei.

> Probleme wurden beschwiegen

Europa mache es möglich, dass Staatsgrenzen ignoriert werden könnten, weil sie nicht mehr trennten. Ausgeklammert, besser verschwiegen, blieben die Probleme zwischen Bozen und Rom über Zuständigkeiten und Kompetenzen sowie der seit einigen Jahren – aus Gründen der italienischen Staatsverschuldung von 137 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – erfolgende vertragswidrige Entzug von der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol zustehenden Finanzmitteln durch alle römischen Regierungen, egal welcher politischen Couleur. Dagegen wird die „Euregio Tirol“ als beispielgebendes Zukunftsprojekt und Widerpart gegen das Verlangen „Ewiggestriger“ nach Selbstbestimmung(sreferenden) und Unabhängigkeit sowie damit verbundener Grenzverschiebungen beschworen. *R. Liesing*

Gescheitert und nichts gelernt

Brüssel zahlt doppelt für den Bau von Klärwerken in Spanien

Nur drei Jahre ist es her, dass in Spanien an zahlreichen Baustellen für neue Klärwerke in großen Lettern ein „Co-finanziert von der EU“ prangte. Viele dieser von Brüssel geförderten Anlagen sind nie fertiggestellt worden, zum Teil verfallen die Kläranlagen sogar wieder. Spaniens Regierung will nun trotzdem nochmals EU-Fördergelder für insgesamt 400 Kläranlagen haben. Für den Neubau oder die Fertigstellung sind Kosten von 1,1 Milliarden Euro veranschlagt, von denen die EU 700 Millionen Euro, also mehr als die Hälfte, beisteuern soll.

Madrids Plan hat einen starken Beigeschmack. Über ganz Spanien verteilt sind Klärwerke zu besichtigen, deren Bau mit EU-Geldern begonnen wurde, die aber nie fertiggestellt wurden. Teilweise kurz vor der Vollendung sind im Krisenjahr 2011 vielerorts die Arbeiten einfach eingestellt worden, nachdem Bauunternehmen oft monatelang vergeblich auf Geld für erbrachte Leistungen gewartet hatten. Als Resultat stehen allein im Umland Madrids fünf Kläranlagen, die fast zu 90 Prozent fertiggestellt wurden, aber nie in Betrieb gingen und inzwischen wieder verwahrlosen.

In Sachen Abwasserqualität und Bau von Klärwerken hat Spanien die EU-Kommission über ein Jahrzehnt regelrecht hingehalten. Bereits seit dem Jahr 2000 ist das Land per EU-Recht eigentlich verpflichtet, in Städten über 15 000 Einwohnern Kläranlagen der sogenannten Kategorie 2 zu betreiben. Im Jahre 2008 handelte sich Spanien von der EU eine Rüge ein, weil noch immer 59 größere Städte und Gemeinden ohne Kläranlagen waren. Auf Betreiben der EU-Kommission wurde Spanien im Jahr 2011 in der Angelegenheit schließlich sogar vom Europäischen Gerichtshof in Luxemburg verurteilt. 2011 und 2012 folgten weitere Klagen, weil 39 spanische Städte Abwässer ohne angemessene Behandlung in sensible Gebiete eingeleitet und weitere 900 spanische Kleinstädte ebenfalls gegen EU-Normen verstoßen hatten.

> Wieso Subventionen in Bau-Ruinen endeten, wird nicht erfragt

Wenn der Gerichtshof die genaue Höhe der Geldstrafe für Spanien auch noch nicht festgesetzt hat, so lässt sich doch schon feststellen, dass der EU-Gerichtshof bei seiner Arbeit nicht sonderlich in die Tiefe gegangen ist. Recherchen von „andaluz.tv“ haben ergeben, dass das Gericht auf der Basis einer Liste der Städte ohne Kläranlagen Recht gesprochen hat, welche die spanische Regierung selbst erstellt und in Brüssel eingereicht hatte. Das Gericht urteilte im Vertrauen auf eine ehrliche Antwort der spanischen Behörden, so die vieldeutige Einschätzung eines andalusischen Journalisten.

Ein weiteres Problem: Selbst wenn Kläranlagen vorhanden sind, war dies zumindest in der Vergangenheit in Spanien keineswegs eine Garantie, dass alle Häuser einer Stadt auch an die Kanalisation angeschlossen sind. Im Klartext: In der Realität dürfte es um die Abwasserproblematik noch schlimmer stehen, als es die Verurteilung durch den EU-Gerichtshof vermuten lässt.

Ziemlich interessant dürfte die Reaktion Brüssels sein, wenn Madrid nochmals die Hand für 400 Klärwerke aufhalten will. Naheliegend wäre zunächst einmal die Forderung, EU-Gelder für diejenigen Bauruinen zurückzufordern, die durch den flächendeckenden Baustopp des Jahres 2011 entstanden sind.

Ebenso angebracht ist die Frage, wo die bereits gezahlten EU-Gelder für die nicht fertig gestellten Kläranlagen gelandet sind. Zumindest in der Vergangenheit war es oft nur der Europäische Rechnungshof, nicht aber die EU-Kommission, die deutliche Worte zu Spaniens Umgang mit EU-Geldern gefunden hat. Anlass für Kritik ist reichlich vorhanden.

Durch Korruption und Betrügereien sorgt etwa Andalusien immer wieder für negative Schlagzeilen. Mit rund 36 Prozent weist die südspanische Region die höchste Arbeitslosenrate der Europäischen Union auf, entsprechend groß ist der Geldstrom aus Brüssel und das Betrugspotenzial. Nach dem sogenannten ERE-Skandal, bei dem rund 150 Millionen Euro an Hilfsgeldern für Arbeitslose in die Taschen von Günstlingen geflossen sein sollen, steht nun der Vorwurf im Raum, dass auch Weiterbildungsgelder für Arbeitslose veruntreut wurden. So sollen über Jahre Fördergelder in die Taschen von Unternehmen, Verbänden, Handelskammern, Parteien und Gewerkschaften überwiesen worden sein, ohne dass die entsprechenden Weiterbildungsmaßnahmen stattgefunden haben. Bei dem Hauptanteil der veruntreuten rund zwei Milliarden Euro handelt es sich erneut um EU-Gelder.

Norman Hanert

Marktwirtschaft verkommt zur Kulisse

Europa benötigt mehr Wachstum – doch die Suche danach, wie das entstehen soll, treibt seltsame Blüten

Während die Länder Südeuropas hoffen, den Euro-Stabilitätspakt so weit wie möglich aufweichen zu können, um über kreditfinanzierte Investitionen dringend benötigtes Wachstum zu schaffen, schlägt ein wichtiger Berater des deutschen Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel (SPD) vor, die Privatwirtschaft zum Retter Europas zu machen.

Schon so manches Mal war Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), auf den ersten Blick für eine Überraschung gut, denn er hängt anscheinend nicht sklavisch an den Theorien des Ökonomen John Maynard Keynes, als dessen Anhänger er gilt. Bei Keynes greift der Staat lenkend in die Wirtschaft ein. Vor allem erhöht er in Zeiten schlechter Konjunktur seine Nachfrage, um so die Wirtschaft anzukurbeln. Das darf er auch gern über Schulden tun, denn, so die Theorie, wenn die Wirtschaft wieder läuft, kommt das Geld über Steuern wieder rein und die Schulden werden abgetragen.

Angesichts dieser Grundeinstellung war es durchaus nicht selbstverständlich, dass Fratzscher eine Aufweichung des Euro-Stabilitätspaktes durch die Südländer für falsch hält. Zwar bräuchten die Krisenstaaten Wachstum, aber dies solle über Investitionen entstehen, die vor allem aus der Privatwirtschaft kommen. Da der Ökonom von Gabriel ausdrücklich damit beauftragt wurde, einen Plan zu entwickeln, wie Investitionen gesteigert werden können, kann man nun also hoffen, dass der SPD-Chef sich die Aussagen des selbst ausgewählten Beraters zu Herzen nimmt und sich nicht erneut auf die Seite der weiter hohe Schulden machenden Südländer stellt, wie es vor wenigen Wochen passiert ist.

Fratzschers DIW hatte vor Kurzem aufgezeigt, wie wenig in Europa – und hier vor allem in den vermeitlich stabilen Ländern wie Deutschland und den Niederlanden – investiert wird. Bereits seit Jahren würden Staat wie Wirtschaft zu wenig Geld für Infrastruktur beziehungsweise für neue Fabriken oder Anlagen ausgeben. Doch nur wo Neues, Modernes geschaffen werde, könne zusätzliches Wachstum entstehen. „Europa benötigt dafür nicht mehr Staat und Staatsausgaben, sondern mehr Markt, Wettbewerb und vor allem private Investitionen“, so der DIW-Präsident.

So weit, so gut. Doch Fratzscher ist nicht nur ein Anhänger Keynes, sondern auch ehemaliger Abteilungsleiter der Europäischen Zentralbank und die vertritt nach außen die Überzeugung, dass Europas wirtschaftliche Stagnation, die in einigen Ländern trotz zahlreicher Eingriffe von Seiten der Staaten sogar immer noch eine Rezession ist, auf eine Kreditklemme zurückzuführen sei. Daher flutet die EZB auch die Geldmärkte mit billigen Euros mit der offiziellen Begründung, dass die Banken diese an die Wirtschaft in Form günstiger Kredite weiterreichen sollen. Und so ist auch der Berater des Wirtschaftsministers überzeugt, dass die Wirtschaft nicht investiert, weil die Banken ihr nicht genügend billige Kredite zur Verfügung stellen. Daher hat er die Gründung eines Investitionsfonds vorgeschlagen, der sich ähnlich wie der Euro-Rettungsfonds über

Unternehmen sollen eigenen Fonds wie den ESM bekommen

Anleihen verschulden darf und – hier grüßt Keynes indirekt nun doch – für den die teilnehmenden Staaten Garantien als Sicherheit gewähren.

Fratzschers Vorschlag, der auf den ersten Blick mehr Markt- als Planwirtschaft bietet, ist also auf den zweiten Blick nur eine Tarnung. Denn wären die angeblich so investierfreudigen Unternehmen wirklich so investierfähig, bekämen sie schon jetzt Kredit von ihren Banken oder von der Europäischen Investitionsbank, die die Mitgliedsstaaten der EU bereits vor Jahrzehnten für solche Fälle gegründet und erst vor Kurzem für die Schaffung von mehr Wachstum mit zusätzlichem Kapital ausgestattet haben. Stattdessen sollen also über Staatsgarantien Unternehmen Geld für Investitionen erhalten, die es am freien Markt nicht mehr bekommen.

Geld sei da, das betont auch Fratzscher immer wieder. Er hebt hier die Ersparnisse der privaten Haushalte hervor, übergeht aber, dass auch zahlreiche private Unternehmen auf hohen Barmitteln sitzen. 95 Milliarden Euro sollen angeblich allein die 30 Dax-Unternehmen in ihren Kassen haben, die sie aber nicht investieren und wenn, dann in Asien oder Nordamerika, aber wenig in ihrer europäischen Heimat. Wieso auch. Die wirtschaftlichen Aussichten für den europäischen Heimatmarkt sind mau und die Krisen-Staaten Europas kündigen zwar immer wieder Strukturreformen an, aber bisher ist wenig geschehen. „Die Politik schafft es nicht, ein glaubhaftes positives Zukunftsszenario zu zeichnen“, mahnt auch Fratzscher an, doch wieso ein Investitionsfonds für Unternehmen hier helfen soll, erklärt er nicht schlüssig. Ein gesundes Unternehmen nimmt schließlich nur Kredite auf, wenn es die Chance sieht, dieses gewinnbringend zu investieren, denn irgendwann muss das Geld ja mit Zinsen zurückbezahlt werden. Und so besteht die Gefahr, dass, wenn so ein Fonds gegründet würde, er in der jetzigen Lage nur für jene Firmen interessant ist, die anderswo kein Geld mehr bekommen. Als Folge käme es zu Kreditausfällen, für die die sowieso bereits stark verschuldeten Staaten und somit auch die Steuerzahler geradestehen müssten.

Und die Wirtschaftszahlen verdeutlichen auch, dass Fratzscher und die EZB eine falsche Herangehensweise haben. Wirtschaftsblätter vermelden schon freudig, dass die Industrieproduktion in Europa im vergangenen Mai erfreulicherweise nur um 1,1 Prozent gesunken sei, dabei hatte man doch 1,2 Prozent erwartet. In solch einem Klima investiert man als Unternehmen nur, wenn die Aussicht auf Besserung der Lage besteht. Und so betonen die Banken auch, es gebe keine Kreditklemme, Kredite würden einfach weniger nachgefragt. Und in Krisen-Ländern wie Italien ist der Rükkgang an Krediten einfach damit zu erklären, dass laut Unternehmerverband Confindustria seit 2009 die heimische Industrieproduktion um 25 Prozent gesunken ist und rund 30 000 Firmen ihren Betrieb eingestellt haben. Wo weniger Firmen sind, werden auch weniger Kredite benötigt.

Rebecca Bellano



Angler vor 1961 erbauter Raffinerie: In Europa gibt es einen Investitionsbedarf von 200 Milliarden Euro Bild: laif

MELDUNGEN

Aus Krise nichts gelernt

Bonn – Daniel Zimmer, Chef der die Bundesregierung in Wettbewerbsfragen beratenden Monopolkommission, sieht nicht, dass die Politik die richtigen Lehren aus der Bankenkrise gezogen hätte. „Im Bankwesen wurden bisher wichtige Prinzipien von Marktwirtschaft außer Kraft gesetzt“, so der Experte. Er geht davon aus, dass auch bei künftigen Bankenkrisen der Steuerzahler einspringen muss. *Bel*

Lust am Sparen verloren

München – Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Deutschland ist die Sparneigung der Deutschen stark zurückgegangen. Gaben im Sommer 2013 noch 47 Prozent der Befragten an, regelmäßig Geld zu sparen, sind es jetzt nur noch 40 Prozent. Da gleichzeitig laut GfK-Marktforschern der Konsum in diesem Jahr zugenommen hat, wird davon ausgegangen, dass es nicht geringere Einkommen, sondern die Niedrigzinsen sind, die die Lust am Sparen senken. Gaben 2013 noch 60 Prozent an, für die Altersvorsorge zu sparen, sind es jetzt nur noch 51 Prozent. *Bel*

Nächste Finanzkrise 2015?

Lausanne – Arturo Bris, Schweizer Finanzprofessor von der Wirtschaftshochschule IMD in Lausanne, rechnet mit dem Ausbruch einer neuen schweren Weltwirtschaftskrise im kommenden Jahr. Als Gründe führt Bris unter anderem die weltweite Blase am Aktienmarkt, die Bankenkrise in China sowie Gefahren durch überhitzte Immobilienmärkte in verschiedenen Ländern an. Nach Bris' Berechnungen muss sich die Weltwirtschaft ab April 2015 auf eine weitere Finanzkrise einstellen, die allerdings nur rund ein Jahr andauern soll. *N.H.*

Standortpolitik über Justiz?

BDI kritisiert offen US-amerikanische Urteile gegen Europas Banken

Anfangs wurde der Verdacht nur angedeutet, doch inzwischen zeigen Vertreter aus der Wirtschaft keinerlei Hemmungen mehr, diesen auch offen zu äußern: Betreibt die US-Justiz mit ihren Strafaktionen gegen europäische Großbanken vielleicht Standortpolitik?

Auf jeden Fall hat das harte Urteil, das die US-Justiz gegenüber der französischen BNP Paribas gefällt hat, einen bitteren Beigeschmack. Neun Milliarden US-Dollar Strafe und einen Monat eine teilweise Aussetzung des Handels in Dollar muss die Großbank erdulden. Nun steht die Commerzbank im Visier der Ermittler. Auch sie soll mit einer Strafe von 500 Millionen bis einer Milliarde Dollar belegt werden, weil auch sie vor gut zehn Jahren Geschäfte mit Kunden im Sudan und dem Iran abgewickelt hatte. Dies war nach europäischem Recht durchaus erlaubt, nur weil die Überweisungen in US-Dollar erfolgten, meinen die US-Behörden, dass somit auch die US-Sanktionen gelten.

Fakt ist, dass alle der Verletzung von US-Sanktionen beschuldigten Banken von BNP Paribas über Commerzbank, Deutsche Bank und UniCredit, Credit Agricole bis Société Génerale ahnten, dass besagte Geschäfte Angriffsfläche boten. So versuchten sie, sie zu verschleiern, aber viele wurde es dann doch zu heiß, so kappte beispielsweise die Deutsche Bank 2007 den Geschäftszweig. Trotzdem sieht sich der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Ulrich Grillo, veranlasst, Kritik an der US-Justiz zu äußern. „Es kann nicht sein, dass Amerika das europäische Finanzsystem schwächt und anschließend vielleicht die eine oder andere Bank kauft“, so der Unternehmer, der den USA direkt unterstellt, europäische Banken mit den Strafen „auszuhungern“ und so anfällig für Übernahmen zu machen. Diese seien zudem durch unterschiedliche Unternehmenssteuern für US-Firmen erleichtert, da diese den Kaufpreis nicht aus dem versteuerten Gewinn finanzieren müssten.

Starke Bindung an den US-Dollar wird infrage gestellt

Und Grillo ist nicht der einzige, der verärgert ist. Auch der Präsident des französischen Industrieverbandes Medef, Pierre Gattaz, unterstellt der US-Justiz ähnliche Motive. Zudem fragen sich angesichts der drohenden Strafen immer mehr Vertreter aus der Wirtschaft und einige Politiker, warum man in Europa so stark auf den US-Dollar als Zahlungsmittel baue, wenn man sich damit der Gefahr aussetze, nach US-Gesetzen gerichtet zu werden. „Wir Europäer verkaufen uns gegenseitig Flugzeuge in Dollar. Ist das wirklich nötig?“, fragt beispielsweise Frankreichs Finanzminister Michel Sapin. Und der Vorstand des Energieriesen Total meint, die Wirtschaftsakteure könnten doch auch ihr Öl in Euro bezahlen.

Während einige Kommentatoren den Verdacht, die US-Justiz schwäche gezielt europäische Konkurrenten von US-Banken, als Verschwörungstheorie abtun, gehen andere noch einen Schritt weiter. Schließlich würden die USA im Irak jetzt wieder mit dem Ex-Erzfeind Iran kooperieren. Sollte das Eis zwischen beiden Ländern tauen, hätten US-Banken hier freies Feld, da die europäische Konkurrenz inzwischen ihre einst guten Kontakte aufgeben musste. *Bel*

Über eigene Gesetze gestolpert

Kauf von Alstom-Anteilen wird für französischen Staat deutlich teurer

Die französische Finanzaufsicht AMF hat ihrer Regierung bei deren Beteiligungsplänen bezüglich Alstom einen Strich durch die Rechnung gemacht. Sie kam nämlich zu der Einschätzung, dass der Staat und Alstom-Großaktionär Bouygues de facto einen Aktionärspakt abgeschlossen hätten.

Ursprünglich hatte die Regierung geplant, dass der Staat über Käufe auf dem Aktienmarkt im Lauf von zwei Jahren eine 20-prozentige Beteiligung an Alstom aufbaut. Vor dem Hintergrund, dass der Staatseinstieg frühestens 2015 abgeschlossen sein sollte, hatte Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg mit Bouygues vereinbart, dass die französische Unternehmensgruppe im Alstom-Verwaltungsrat schon jetzt die Interessen der Französischen Republik vertritt. Dahinter steht die Sorge in Paris, dass der US-Konzern General Electric (GE) nach seinem Alstom-Einstieg vollendete Tatsachen schafft, ehe die französische Regierung sich ein Mitspracherecht bei Alstom gesichert hat.

Als Folge der getroffenen Absprache müssen nun aber nach Ansicht der Börsenaufsicht die Anteile von Staat und Bouygues bei Alstom zusammengezählt werden. Diese Einschätzung hat Folgen. Das französische Aktienrecht besagt, dass ein Aktionär beim Kauf von 30 Prozent eines Unternehmens automatisch ein Angebot für sämtliche umlaufenden Aktien des Konzerns vorlegen muss. Da Bouygues schon 29,4 Prozent an Alstom hält, kann Paris also im

Paris will sich aber Mitspracherecht gegenüber GE sichern

freien Börsenhandel nur wenige Aktien kaufen, wenn es nicht riskieren will, ein Gegengebot zu GE einreichen zu müssen.

Die drohende Folge: Paris kann seine Alstom-Anteile nicht mehr billig im freien Börsenhandel aufsammeln, sondern muss auf Alstom-Aktien aus dem Bestand von Bouygues zurückgreifen. Eine entsprechende Option hat sich die Regierung bei Bouygues zwar vertraglich gesichert, allerdings drohen damit weitaus höhere Kosten als bisher kalkuliert. Vereinbart ist, dass die französische Regierung ab 2015 von Bouygues Alstom-Aktien zum Preis von 35 Euro je Stück kaufen kann. Im Vergleich zu dem Marktpreis, der zum Zeitpunkt der Vereinbarung galt, würde Paris damit einen Aufschlag von 25 Prozent zahlen.

Frankreichs Regierung ist womöglich nicht der einzige Akteur, der sich mit einem Engagement bei Alstom Ärger eingehandelt hat. Um den Rivalen Siemens im Poker um die Übernahme von Alstom auszustechen, hat sich GE gegenüber Paris zu weitreichenden Zugeständnissen bereit erklärt. So musste der US-Konzern in politisch heiklen Bereichen wie dem Atomkraftgeschäft die Gründung von gleichberechtigten Joint Ventures akzeptieren, bei denen künftig der französische Staat als Hauptaktionär mitreden will.

Ein finanzielles Risiko könnte zudem durch Ermittlungen wegen Korruptionsverdachts entstehen, die nun in den USA gegen Alstom aufgenommen wurden. Nach Erkenntnissen der US-Behörden sollen Manager eines US-Ablegers von Alstom für ein indonesisches Kraftwerksprojekt zwischen 2002 und 2009 Millionenbeträge an Berater geschleust haben, um Politiker oder Angestellte des Auftraggebers zu bestechen. *N.H.*

... lügt man besser

Von Jan Heitmann

Mit dem Zweiten sieht man besser", heißt es in der Eigenwerbung des ZDF. Der Spruch ließe sich auch abwandeln, etwa in „mit dem Zweiten lügt man besser". Das jedenfalls drängt sich angesichts des Skandals um die Manipulationen bei der Sendung „Deutschlands Beste" auf. Allein schon der Titel ist eine Lüge, denn wem da zu zweifelhaftem Ruhm und Ehren verholfen wurde, der gehört allenfalls zu Deutschlands Prominentesten, aber damit ganz bestimmt nicht auch zu den Besten. Dass die Zuschauer dann auch bei der Rangfolge betrogen wurden, ist fast schon folgerichtig.

Auch die Mitarbeiter des ZDF haben wegen der Manipulationen beim „Gelben Engel" genüsslich auf den ADAC eingeschlagen. Aus dem kann man aber einfach austreten oder man tritt gar nicht erst ein. Gegen den zwangsfinanzierten Betrug beim Staatssender ZDF kann man sich dagegen nicht wehren.

Überhaupt sollten die sogenannten öffentlich-rechtlichen Anstalten derart anspruchslose Sendeformate den Privaten überlassen. Dort muss man sich nämlich nicht über absolut sinnfreie und primitive Unterhaltung ärgern, weil man schließlich nicht dafür zahlen muss.

Etablierte abgestraft

Von Maria Bornhöft

Jetzt also auch die Slowenen. Schon die Tschechen haben 2013 dem Unternehmer Andrej Babiš und seiner erst kurz zuvor gegründeten Partei „ANO 2011" so sehr vertraut, dass der Quereinsteiger in die Politik quasi aus dem Nichts nun die zweitstärkste Partei im tschechischen Parlament anführt. Im Frühjahr dieses Jahres wählten die Slowaken den Unternehmer Andrej Kiska zu ihrem Präsidenten. Und nun kürten die Slowenen den Juristen und Hochschulprofessor Miro Cerar offenbar zum neuen Regierungschef, indem sie seine erst im Juni gegründete Partei zur stärksten Kraft machten.

Doch was nach einem Aufbruch in neue Zeiten aussieht, ist in erster Linie eine Absage an die etablierten Parteien und Politiker. Im Falle von Cerar kauften die Slowenen nämlich im Grunde die Katze im Sack, denn selbst bis kurz vor der Wahl ging Cerar nicht darauf ein, was er politisch im Detail will. Allein sein Versprechen, dass er für eine andere politische Kultur stehe, sorgte dafür, dass die von den Korruptionsskandalen ihrer politischen Klasse entnervten Slowenen ihn zum Wahlsieger machten.

Aber auch hier ist Vorsicht geboten, denn die Wahlbeteiligung lag gerade einmal bei 51 Prozent. Das heißt, dass sich die Hälfte der Slowenen schon von der Demokratie, so wie sie ihnen seit Jahren vorgelebt wird, verabschiedet hat. Sollten Männer wie Babiš, Kiska und Cerar jetzt die in sie gesetzten Hoffnungen enttäuschen, ist nicht absehbar, welche Folgen das für die verbliebene Akzeptanz der Demokratie hat. Auch ist es spannend, ob die abgestraften etablierten Parteien aus den Wahlergebnissen ihre Schlüsse ziehen.

Gewollte Dummheit

Von Rebecca Bellano

Dass die Türkische Gemeinde in Deutschland, aber auch die Grünen das Urteil des EuGH begrüßen, der entschied, dass Sprachtests für nach Deutschland nachziehende türkische Ehepartner gegen europäisches Recht verstoßen, überrascht nicht. Dass aber auch viele deutsche Medien die Entscheidung positiv bewerten, macht deutlich, dass vielen Journalisten nicht bewusst ist, welche Folgen die Zementierung von Parallelgesellschaften hat. Dabei betonen nicht nur Politiker in Sonntagsreden, dass „Sprache der Schlüssel zur Integration" sei, auch in zahlreichen Zeitungskommentaren taucht der Satz regelmäßig auf, aber offenbar nur, wenn er gerade passt. Bezüglich des EuGH-Urteils ist es nun offenbar angebracht, Mitleid mit den armen, von der deutschen Bürokratie zu Sprachtests genötigten Ehegatten türkischstämmiger Deutscher zu haben. Dass es aber in deren eigenem Interesse ist, zumindest über geringe Deutschkenntnisse zu verfügen, kommt vielen Bejublern der EuGH-Entscheidung gar nicht in den Sinn. Wie sollen sich diese Nachzügler aber in ihrer neuen Heimat zurechtfinden, wenn sie selber nicht einmal beim Arzt deutlich machen können, worunter sie leiden, und es häufig schon daran hapert, dass sie die Praxis nicht finden, weil sie nicht nach dem Weg fragen können?

Deutschkenntnisse schaffen Grundlage zur Selbstbestimmtheit

Wie gut, dass es in Deutschland schon Stadtteile gibt, in denen sich solche Menschen auch ohne Deutschkenntnisse bewegen können, könnte man jetzt zynisch anführen. Zudem sind jene nachgezogenen Ehegatten bestimmt auch viel fügsamer innerhalb ihrer neuen Familie, wenn sie sich aufgrund fehlender Sprachkenntnisse kein eigenes Bild von ihrer neuen Heimat machen oder gar ein eigenes Umfeld aufbauen können.

Wobei es durchaus mysteriös ist, dass offenbar noch so viele junge, in Deutschland geborene Türken einen Partner heiraten, der im Land ihrer Ahnen das Licht der Welt erblickte. Schon erstaunlich, wie viele Urlaubslieben da entstehen, wenn die Großeltern in der Türkei in den Ferien besucht werden. Angesichts von 350 000 Familiennachzügen aus der Türkei von 2005 bis 2013 könnte es aber auch sein, dass so manche Ehe nichts mit Liebe zu tun hat, sondern ein Arrangement ist. Aber derartige Gedanken kommen wohl keinem der EuGH-Urteilsbefürworter, obwohl viele immer betonen, wie wichtig es ist, dass Menschen selber frei über ihr Leben entscheiden.

Aber wir wollen an dieser Stelle nicht auf so etwas wie Menschenrechten herumreiten. Sonst käme man vielleicht noch auf die Idee, auch das Thema Meinungsfreiheit anzusprechen. Dann wiederum könnte man folgenden Satz erwähnen: „Anmerkung der Redaktion: Aufgrund einer Vielzahl fremdenfeindlicher und extremistischer Äußerungen haben wir die Kommentarfunktion zu diesem Artikel abgeschaltet." Dieser Satz stammt aus der Internet-Ausgabe der „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" („WAZ") und stand unter einem Artikel, in dem es um eine Online-Petition ging, die sich für einen verpflichtenden bundesweiten Gebetsaufruf für Muslime einsetzt. Noch Fragen?



Deutschkurse sind anstrengend, aber die einzige Chance, um auch in der neuen Heimat zurechtzukommen: Der EuGH nimmt aus der Türkei nachziehenden Ehegatten mit seinem Urteil zu den Sprachtests auch die Möglichkeit, sich schnell zu integrieren und selbstständig zu agieren

Bild: epd

Moment mal!



Den Miesmachern keinen Raum bieten

Von Klaus Rainer Röhl

Wir kamen von Athen und flogen nach Berlin. Die Fußball-Weltmeisterschaft war noch in vollem Gange. Und Athen voll von aufgeregten Griechen. Die griechische Fußballmannschaft war im Viertelfinale ausgeschieden. Aber heldenhaft, meinten alle Medien. Die Mannschaft hatte immerhin das Viertelfinale erreicht. Die Helden von Brasilien, die in diesen Tagen nach Athen zurückkehrten, wurden drei Tage lang gefeiert, ihr heroischer Schlusskampf wurde im Fernsehen wie eine Endlosschleife immerzu wiederholt. Griechenland war der Sieger, alle Griechen fühlten mit ihrer Mannschaft, und selbst der oberste linksradikale Schreihals Alexis Tsipras war plötzlich verstummt und gab nur noch schriftlich seinen Protest gegen die „Troika", die vom Westen ausgesandten Kontrolleure der griechischen Wirtschaft, zu Protokoll. Gegen die Fußballmannschaft des Landes hätte er nie einen Ton gesagt.

Als wir in Berlin landeten, hatte Deutschland gerade mal wieder mit Ach und Krach ein Spiel gewonnen, sie wieder mal gerade so durchgemogelt, wie immer in den Anfangsstadien solcher Meisterschaften. Aber es hatte gesiegt. Wie würde Berlin sein? Würde die Stadt wieder im Fußball-Rausch sein wie 2006, ein Meer von schwarz-rot-goldenen Fahnen und kleinen Fähnchen, aus jedem Auto gleich zwei hervorragend, und die Fahrzeuge bis zu den Rückspiegeln mit den Nationalfarben geschmückt? Der erste Eindruck war enttäuschend, gewiss, es gab ein paar Autos mit Fähnchen, aber höchstens jeder 20. Autofahrer schien sich für die Weltmeisterschaft zu interessieren. Dazu wurde das Wetter schlecht und die öffentlichen Räume und privaten Kneipen lockten im Regen mit Großbildschirmen nur vergleichsweise wenige Gäste an. Berlin schien der deutschen Mannschaft in Brasilien den Rükken zuzudrehen. Statt der nationalen Euphorie von 2006 ein mäßiges Interesse. War die Nation enttäuscht von den Leistungen des Teams von Jogi Löw?

Patriotisches Fußballfieber gleich zum Nationalismus umgedeutet

Erst im „Spiegel" lasen wir dann, wie die Fußball-Begeisterung systematisch klein gehalten worden war: „Deutschland-Schminke? Flagge am Auto? Viele Jungpolitiker lehnen das ab, obwohl sie oft selbst Fußballfans sind. Für sie ist es vom Patriotismus nur ein kleiner Schritt zum Nationalismus."

„Ich liebe Fußball", heißt es von der Sprecherin der Grünen Jugend, Theresa Kalmer. „Ich habe nichts dagegen, wenn Menschen mitfiebern. Aber ich habe etwas gegen den nationalistischen Hype, der jedes Mal damit einhergeht." Schwarz-rot-goldene Flaggen, Perücken, Schminke und Außenspiegelüberzieher – Kalmer hält das für „problematisch".

Aus linken Kreisen wurde offen zum Flaggenklau aufgerufen. Die Grüne Jugend war zurückhaltender und empfahl Tauschaktionen, wie Fahne gegen Bier. Fahnenklau oder Flagge gegen Bier? Imogen Wilkins, eine Sprecherin der Linksjugend, schlug deswegen „kreative Formen des Protests, wie das Befreien des öffentlichen Raums von nationaler Symbolik" vor. Was sollen wir darunter verstehen? Die Antideutschen, geführt von der „Linken" und den mit ihr sympathisierenden Linken in der SPD, vor acht Jahren noch überrascht von der aufkeimende Lust der Deutschen, ihre Nationalfarben zu zeigen und – ganz schlimm! – das Deutschlandlied zu singen, hatten diesmal ganze Arbeit geleistet, hatten auch, wie bei einem Wahlkampf, ihre letzten Reserven mobilisiert. Alle Mann ran, Fahnen ab.

Einsatzkommandos von Linken rissen nachts, manche auch am helllichten Tag, die Deutschlandfahnen von den Autos und fuhren sie zu einem Sammelcontainer, wo sie „entsorgt" wurden. „Wir haben ihre Fähnchen entfernt, weil sie zum Nationalismus auffordern", hieß es auf einem Klebezettel an der Windschutzscheibe.

Befreiung des öffentlichen Raums. Was bedeutete das? Das hieß schlicht und einfach Sachbeschädigung. Soll das nun neuerdings legitimes Mittel politischer Auseinandersetzung werden? Man stelle sich einmal vor, dass jemand die Flugblätter und Solidaritäts-Plakate für den Rosa-Luxemburg-Tag oder die früher zahlreicheren, heute aber noch durchaus gebräuchlichen Aufkleber und Schilder mit der Aufschrift „Atomtod – Nein, danke!" von fremden Autos abmontieren und in den Müllcontainer entsorgen würde. Ein Schrei der Entrüstung über die „neue Eskalation der Gewalt von Rechts" würde durch das Land – und vielfach verstärkt – durch die Medien gehen.

Mit allen Mitteln arbeiten antideutsche Narren und Närrchen daran, ihr eigenes Volk, letzten Endes also sich selbst, herabzusetzen. So propagierte der hauptsächlich durch seine gewalttätige Präsenz auffallende Stefan Raab („Schlag den Raab"), zuerst bekannt geworden als Autor eines dümmliche Beitrags zum Schlagerwettbewerb von 1999 „Wadde hadde dudde da ...", schon vor vier Jahren den Ausdruck „Schland" als Bezeichnung für Deutschland. Angeblich, weil die Sprechchöre der Fußballfans immer mit diesem Schrei endeten, was nicht einmal stimmt. Schland! Die Nähe zu „Scheiß-Deutschland" ist nicht zu übersehen. Doch die Schland-Kampagne versickerte damals folgenlos. Diesmal wollte man gegen die „Gefahren" eines Nationalismus bei der WM besser gerüstet sein.

Fähnchen entfernt, und eigene Sachbeschädigung auch noch bejubelt

Selbsthass sucht man in allen anderen Fußball-Nationen vergeblich. Im Gegenteil: Fußball und gar die Beteiligung der eigenen Mannschaft an den Weltmeisterschaften wirkten mobilisierend und identitätsstiftend, das bescheinigen unsere Medien täglich den Verlierermannschaften aus Afrika und Südamerika, die am Ende, wie die Griechen, trotz der Niederlage gestärkt in ihrem Selbstwertgefühl Brasilien verließen. Nicht ohne dass der Sportreporter von seinem Spickzettel abliest, dass ein schwarzafrikanischer Kicker aus Ghana, der gerade ein Tor geschossen hat, schon bei Real Madrid angeheuert hat oder wieder bei Borussia Dortmund anfangen wird. Aber der Sportreporter ist kein Rassist, er ist nur stolz auf seinen Spickzettel.

Noch nie hat das Fernsehen so viele weinende Männer und Frauen gezeigt wie beim 7:1-Spiel gegen Brasilien. Aber niemand in Brasilien kämpft gegen sein eigenes Land. Wird Brasilien je diese Niederlage gegen Deutschland verwinden können? Aber klar, es ist ja eine selbstbewusste Nation. Beim Endspiel haben viele sogar Deutschland unterstützt. Selbstbewusst und stolz – auf Brasilien. Selbstbewusst und stolz auf sein Land ist man überall in der Welt – außer in Deutschland!

Es ist der alte Tick einer linken Elite, das eigene Volk erziehen zu müssen. Zu einer monochromen, gestalt- und gehaltlosen Masse von guten Menschen, gegen Rassismus, für Multikulti. Aber wer in Deutschland ist Rassist? Beim Fußball oder sonst wo? Statt Angst vor dem Elfmeter Angst vor der eigenen Nation als Panikattacke. Deutschland ist krank, sagt eine griechische Freundin. Sie hat recht. Nationalmasochismus ist eine psychische Störung, die schwer zu therapieren ist. Aber nicht das Volk ist krank – nur seine Meinungsmacher.

Doch es sieht so aus, als könnten die Kräfte der „Volkserzieher" erlahmen. Das erfreuliche Ende der Weltmeisterschaft in Rio wird uns einen Schritt näher zur Normalität zurückbringen. Freude an der eigenen Leistung und Selbstbewusstsein. Stolz auf Deutschland.

»Wir sind Kaiser«

Vor 700 Jahren wurde Ludwig IV. römisch-deutscher König – Bayerische Landesausstellung in Regensburg

Die Bayerische Landesausstellung „Ludwig der Bayer. Wir sind Kaiser!“ erzählt in Regensburg die Geschichte des ersten Wittelsbachers auf dem Kaiserthron.

Dank seiner Durchsetzungskraft machte Ludwig IV. (1281/82 oder um 1286–1347) aus dem Hause Wittelsbach eine ungeahnte Karriere. Zwar stellten sich ihm sein älterer Bruder Rudolf, zwei Gegenkönige und drei Päpste in den Weg. Doch mit Unbeugsamkeit und Kompromissbereitschaft trotzte er allen Widrigkeiten. Ein Chronist verglich ihn mit einem Adler, der immer höher stieg, obwohl ihm die Sonne die Flügel versengt hatte. Vor 700 Jahren wurde Ludwig IV. römisch-deutscher König. Die Bayerische Landesausstellung in Regensburg erzählt seine spannende Lebensgeschichte an drei Schauplätzen, die der Herrscher persönlich kannte.

Der Kreuzgang des Doms hat sich seit dem Mittelalter kaum verändert. In der Kirche St. Ulrich informiert eine Multivision über Regensburgs Stadtgeschichte und Dombau. Die mit 300 Objekten ausgestattete Hauptausstellung findet in der Minoritenkirche statt. Sie wartet mit eindrucksvollen Skulpturen und Tafelbildern aus dem Umkreis Ludwigs auf. Richtig niedlich wirkt die Holzstatuette des „Petrus als Papst“ (um 1330/40), der die Anfang des 14. Jahrhunderts neu eingeführte, dreireifige Papstkrone (Tiara) auf dem Haupte trägt. Äußerst fröhlich präsentiert sich der thronende Kaiser Ludwig auf der Sanddruckkopie des Reliefs aus dem Nürnberger Großen Rathaussaal.

Ludwig IV. fing klein an. Seinem Bruder Rudolf I., Pfalzgraf bei Rhein und Herzog von Oberbayern, trotzte er ein bayerisches Teilherzogtum ab. Seine große Stunde kam 1314, als ihn eine Gruppe von Kurfürsten um die Erzbischöfe von Mainz und Trier sowie Markgraf Waldemar von Brandenburg zum römisch-deutschen König wählte. Allerdings gab es einen Gegenkandidaten: Eine zweite Gruppe von Kurfürsten um Ludwigs Bruder Rudolf wählte den Habsburger Friedrich den Schönen zum König. In der Schlacht bei Mühldorf setzte sich Ludwig 1322 gegen Friedrich durch. Erstaunlicherweise ernannte Ludwig ihn 1325 zum Mitkönig. Friedrich starb 1330.

Papst erkannte Ludwig nicht als König an

Bei Ludwigs Königswahl war der Stuhl Petri vakant. Erst 1316 wurde er von Papst Johannes XXII. besetzt, der in Avignon residierte. Der Papst erhob den Anspruch, dass Ludwig ihn um Bestätigung seiner Königswürde bitten müsse. Weil er das ablehnte, wurde er 1324 mit dem Kirchenbann belegt. Päpstlicherseits wurde er abwertend nur „der Bayer“ genannt. Ludwig ließ sich aber nicht einschüchtern, zog 1328 nach Rom und sorgte dafür, dass ihn zwei Bischöfe zum Kaiser salbten. Denn nach seiner Auffassung waren Königtum und Kaiserwürde nicht vom Einverständnis des Papstes abhängig, sondern allein durch die Gnade Gottes verliehen. Dieser die Päpste ausbootenden Auffassung schlossen sich alle späteren römisch-deutschen Könige und Kaiser an.

Warum aber trägt die Ausstellung den Untertitel „Wir sind Kaiser“? Das „Wir“ betont die gemeinsame Verantwortung des Kaisers und der Kurfürsten für das Reich. Ausgestellt ist die Urkunde des „Rhenser Kurvereins“. In dem programmatischen Manifest erklären die Kurfürsten, dass nur sie für die Wahl des Königs zuständig seien, der von ihnen Gekürte zum Kaiser erhoben werde und sich dessen Herrschaftsrechte somit allein aus ihrer mehrheitlichen Wahlentscheidung ergeben. Diese Auffassung bestätigte der Kaiser in seinem 1338 in Frankfurt am Main verkündeten Gesetz „Licet iuris“.

In großer Zahl sind Urkunden ausgestellt. Deren Verleihung bildete das Rückgrat der Herrschaft Ludwigs. Sie bestätigten oder erteilten Privilegien wie Zollfreiheit oder Marktrecht und mussten von den Empfängern teuer bezahlt werden. Ludwig förderte das Bürgertum der Reichsstädte – insbesondere von Frankfurt am Main, Nürnberg und Regensburg –, deren Finanzkraft er zur Stabilisierung seiner Herrschaft nutzte. Für das geliehene Geld verpfändete er königliche Privilegien, etwa Blutgerichtsbarkeit und Zoll in Nürnberg an den reichsten Bürger der Stadt: Konrad Groß. Zuweilen „verschenkte“ er, was ihm nicht gehörte. In einer Urkunde von 1337 heißt es: „Kaiser Ludwig schenkt dem Deutschen Orden das Land der Litauer und investiert den Hochmeister Dietrich von Altenburg mit dem neuen Fürstentum.“

Ludwig bereicherte den Deutschen Orden

Mit anderen Urkunden wurde Familienpolitik zur Reichspolitik. Gezeigt wird der „Hausvertrag von Pavia“. Er besiegelte Ludwigs Friedensschluss mit den Nachkommen seines 1319 gestorbenen Bruders Rudolf: Der Kaiser trat ihnen die Pfalz um Heidelberg und die bayerische Oberpfalz ab. Damit wurde die pfälzische Linie der Wittelsbacher begründet.

Um seine Hausmacht auszubauen, belehnte Kaiser Ludwig seinen Sohn Ludwig mit der Mark Brandenburg, wie eine Urkunde von 1324 dokumentiert. Mit einer weiteren Erwerbung aber zogen sich die Wittelsbacher die Feindschaft des Hauses Luxemburg zu. Darauf verweist die Kopie des silbernen Brautbechers der Margarete von Tirol. Das Original bekam Margarete vermutlich vom Kaisersohn Ludwig von Brandenburg 1342 als Hochzeitsgeschenk. Noch am Tag der Trauung belehnte Ludwig IV. seinen Sohn mit der Grafschaft Tirol. Die Sache hatte aber einen gewaltigen Hacken: Margarete, die Erbin Tirols und Kärntens, war bereits mit einem Luxemburger verheiratet. Und zwar mit Johann, Bruder des späteren Kaisers Karl IV. Den hatte sie nach elf Jahren unglücklicher und kinderloser Ehe fortgejagt.

Als Ludwig der Bayer 1346 seine Gattin Margarete mit dem Hennegau, Holland, Seeland und Friesland belehnte, war er den Kurfürsten endgültig zu mächtig geworden. Sie wählten Karl IV. zum Gegenkönig. Bevor Ludwig gegen den neuen Widersacher ins Feld ziehen wollte, gönnte er sich einen Jagdausflug – auf dem ihn plötzlich und unerwartet 1347 der Tod ereilte. *Veit-Mario Thiede*

Bis 2. November in der Minoritenkirche/Historisches Museum, Dachauplatz 2–4, St. Ulrich, Domplatz 2 und im Domkreuzgang, Domgarten 1, Regensburg. Täglich geöffnet von 9 bis 18 Uhr. Eintritt: 9,50 Euro. www.hdbg.de.



Hans Werl (um 1570–1608), „Schlacht bei Mühldorf“. 1322 besiegte Ludwig IV. dort die Habsburger Bild: Bayerische Staatsgemäldesammlungen – Staatsgalerie Burghausen

Deutschland wird Kanton

Seit dem Rütlischwur von 1291 expandiert die Schweiz still und heimlich. Waren es anfangs drei Kantone, die sich zur Eidgenossenschaft zusammengeschlossen haben, sind es derzeit 26. Zuletzt nennt man seit 1979 den Jura sein Eigen. Geht es nach den Machern des jetzt in Kinos angelaufenen Films „Der große Kanton“, streben die Eidgenossen den nächsten Riesen-Coup an: die Einverleibung Deutschlands als 27. Schweizer Kanton.

„Es hätte für beide Länder nur Vorteile“, meint der Filmemacher Viktor Giacobbo in seinem satirischen Dokumentarspiel. Das Problem der Steuerflüchtlinge und der deutschen Zuwanderer in die Schweiz wäre im Nu gelöst. Da die Schweiz neutral ist, müsste Deutschland aus Nato und EU austreten. Vorbei wäre es mit Kriegseinsätzen im Ausland und der Euro-Rettung für marode EU-Staaten. Statt mit dem Euro würde mit dem starken Schweizer Franken bezahlt. Die Deutschen hätte ein paar hohe Alpengipfel mehr und die Schweiz bekäme Anschluss ans Meer sowie eine starke Fußballnationalmannschaft.

Tatsächlich wird die Eingemeindung Deutschlands schon subversiv betrieben durch Schweizer, die wie Ex-Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann deutsches Kapital oder wie Ex-Sat1-Chef Roger Schawinski deutsche Medien an sich gerissen haben.

So albern sich das alles anhört, so hat diese Satire angesichts der nachbarschaftlichen Probleme beider Staaten doch einen solch ernsten Hintergrund, dass sich Politiker wie Gregor Gysi oder Joschka Fischer bereit erklärten, als Interviewpartner an diesem Spaß teilzunehmen und mit drolligen Gedankenspielen die Folgen eines solchen „Anschlusses“ weiterzuspinnen. Der US-Botschafter in der Schweiz drohte bereits: Sollte Deutschland der Schweiz bei- und aus der Nato austreten, würden die USA zur Abschreckung sofort Flugzeugträger zum Bodensee entsenden. *Harald Tews*

Keine Erlösung

Bayreuther Festspiele starten im Juli mit Rattenplage

Beiläufiges Regietheater überall und ohne Ende – damit müssen die Besucher auch bei den diesjährigen Bayreuther Festspiele rechnen.

Wagners Ausspruch „Kinder, macht doch mal was Neues!“ ist in Bayreuth, wo das Opernfest am 25. Juli mit einer Aufführung des „Tannhäuser“ startet, auf übermäßig fruchtbaren Boden gefallen. Der Traditionsbruch, weg vom Gesamtkunstwerk und hin zum Regie-Ärgernis, setzt sich fort, und man wird damit leben müssen. Viele Besucher haben sich damit abgefunden. Abzulesen ist das an den Kartenbestellungen, die seit Jahrzehnten ein Mehrfaches des Angebots betragen. Lange vor Festspielbeginn sind alle bis zum 28. August laufenden Veranstaltungen ausverkauft. Der „Mythos Bayreuth“ als der wohl berühmteste Festspielort überhaupt lebt jedenfalls fort.

Wie gut, dass die Qualität der Mitwirkenden die Qualität der Inszenierungen vergessen lässt. Hier weiß Bayreuth, was es sich schuldig ist, und wuchert mit seinen Pfunden. Da sind als musikalischer Rahmen das grandiose Orchester und die berühmte Akustik des Festspielhauses. Und da ist der Chor, der seit vielen Jahrzehnten mit Beifall überschüttet wird. Sie sind die durchgehenden musikalischen Konstanten auf dem Grünen Hügel.

Des Weiteren treten drei Dirigenten von Weltruf auf: Christian Thielemann, als Chef der Dresdner Staatskapelle ein später Nachfolger Richard Wagners im Amt, ist einer der ganz großen Wagner-Dirigenten weltweit. Er leitet den „Fliegenden Holländer“. Kirill Petrenko, Chef der Staatsoper München, wird nach der Premiere im zurückliegenden Jahr auch diesmal den „Ring des Nibelungen“ leiten. Und schließlich dirigiert der hochbegabte Andris Nelsons, ein Liebling des Orchesters und der Sänger, den „Lohengrin“.

»Mythos Bayreuth« ist nicht totzukriegen

Weltstars wie Klaus Florian Vogt (Lohengrin) und Annette Dasch (Elsa) führen das Gesangsensemble an. Es ist eine Doppelspitze auf Weltniveau. Vogts Stimme und Erscheinung sind ein Hochgenuss. Außerdem dabei: Johan Botha (Siegmund in der „Walküre“), Wolfgang Koch (Wotan), Catherine Foster (Brünnhilde), Lance Ryan (Siegfried), Ricarda Merbeth (Senta im „Holländer“) und andere Sänger-Stars.

Einen Sänger muss man besonders erwähnen. Er ist seit 1996 in vielen Rollen in Bayreuth präsent: Kwangchul Youn. Der sympathische Koreaner mit seiner klangschönen und ausdrucksstarken Stimme hat auch in diesem Jahr gleich drei Partien übernommen: den Landgrafen im „Tannhäuser“, Daland im „Holländer“ und Hunding in der „Walküre“.

Über die Inszenierung des „Lohengrin“ von Hans Neuenfels könnte man als Motto „Ratten (und Mäuse) statt Ritter“ setzen, und das ist wörtlich zu nehmen. Sie treten wirklich auf. Im „Tannhäuser“ ist die Wartburg einem riesigen Biogaskraftwerk gewichen, das die ganze Bühne einnimmt. Wenigstens erklärt die Aufschrift „Wartburg“, in welchem Stück man sich befindet.

Im „Holländer“ wird nicht mehr gestrickt, sondern verpackt. Die Spinnstube ist der Verpackungsabteilung eines Kaufhauses gewichen. Die Erlösung, Wagners Hauptmotiv in fast allen seinen Werken, findet nicht mehr statt.

In Frank Castorfs „Ring“-Inszenierung ersetzen im „Rheingold“ – ohne Rhein natürlich, wozu auch – Autobahnflittchen (an der Route 66 in den USA) im Lacklederlook die Rheintöchter. Das Ende der alten Welt, mit Geburt einer neuen – die Lieblingsvision des „Plenipotentarius (Vollstreckers) des Untergangs“ (Wagner über Wagner) – ist in der „Götterdämmerung“ gestrichen. Statt sich in den Tod zu stürzen, geht Brünnhilde achselzuckend und ratlos von der Bühne ab. *Werner Dremel*

Der Majestätsbeleidiger

Vor 150 Jahren geboren: Frank Wedekind, geistiger Vater der Lulu

Dass rund ein Jahrhundert nach seiner Entstehung ein Theaterstück noch die Gemüter erregen kann, erlebten die Hamburger 1988 bei einer Aufführung von Frank Wedekinds „Lulu“ im Schauspielhaus. Damals stand Schauspielerin Susanne Lothar als Titelfigur die meiste Zeit splitterfasernackt auf der Bühne, ehe diese Lulu als Hure endet und Opfer des Londoner Serienmörders Jack the Ripper wird. Regisseur Peter Zadek führte damals erstmals Wedekinds fünfaktige „Lulu“-Fassung auf, die aus den frühen Dramen „Erdgeist“ (1895) und „Die Büchse der Pandora“ (1902) entstanden ist.

Mit dem Flittchen Lulu schuf Wedekind eine Bühnenfigur, die ihn unsterblich machte. Sie inspirierte den Komponisten Alban Berg zu seiner unvollendeten Oper „Lulu“. Stummfilmregisseur Georg Wilhelm Papst ließ in „Die Büchse der Pandora“ 1929 die US-Schauspielerin Louise Brooks die Lulu spielen. Selbst Hollywood nahm sich in Filmen wie „Gefährliche Freundin“, in dem US-Star Melanie Griffith die Lulu mimt, des Themas an. Und erst vor drei Jahren brachte der Musiker Lou Reed mit der Rock-Band „Metallica“ die CD „Lulu“ auf den Markt, auf der Lieder versammelt sind, die er für eine Wedekind-Aufführung im Berliner Ensemble geschrieben hatte.

Neben den „Lulu“-Dramen hatte nur noch Wedekinds 1991 entstandenes Jugenddrama „Frühlings Erwachen“ einen ähnlichen Erfolg. Darin geht es um die sexuelle Lust zwischen Minderjährigen. Zu einem Zeitpunkt, als Siegmund Freud seine Triebtheorie entwickelte, ließ Wedekind in seinen Bühnenstücken bereits nackte Tatsachen sprechen. Und das seinerzeit mit viel Erfolg. Wedekind galt bis zum Ersten Weltkrieg als meistgespielter Bühnenautor. Das bürgerliche Theaterpublikum fühlte sich von den sexuellen Freizügigkeiten in diesen Stücken gleichzeitig vor den Kopf gestoßen wie auch magisch angezogen. Es war ein Spiegelbild der verkrampften Stellung der wilhelminischen Gesellschaft zur Erotik: nach außen hin moralisch zugeknöpft, aber privat ein wildes Tier.

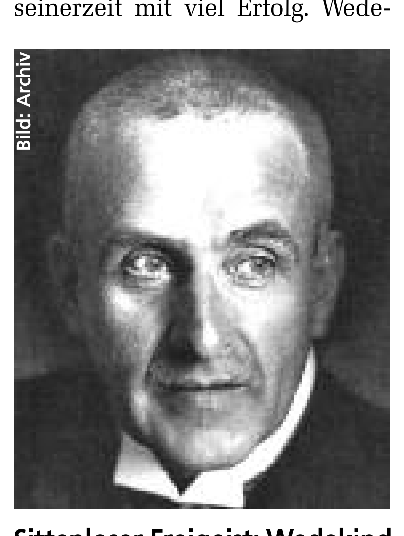


Bild: Archiv

Sittenloser Freigeist: Wedekind

Wedekind selbst galt zu seiner Zeit als Lüstling, der viele Affären und mindestens drei uneheliche Kinder hatte. So schwängerte er sogar die Frau des Dramatikerkollegens August Strindberg. Als er 1918 nach einer Blinddarmoperation starb, geriet seine Beerdigung zu einem Skandal, weil viele Prostituierte daran teilnahmen.

Dass Wedekind ein Freigeist war, lag wohl auch am Vater, der an der Märzrevolution von 1848/49 teilnahm. Nach deren Scheitern wanderte er in die USA aus, wo er es als Spekulant zu Wohlstand brachte. Dort heiratete er die Tochter des Streichholzerfinders Friedrich Kammerer. Als US-Bürger kehrte das Paar nach Deutschland zurück und ließ sich in Hannover nieder, wo sein nach Benjamin Franklin benannter Sohn am 24. Juli 1864 geboren wurde. Als Frank Wedekind mischte dieser Sohn dann die Literaturszene um die Jahrhundertwende auf. Diese erlebte er übrigens im Gefängnis. Wegen des im Satire-Blatt „Simplicissimus“ erschienenen Gedichts „Im heiligen Land“, in dem er den reisefreudigen Kaiser Wilhelm veräppelte, wurde Wedekind wegen Majestätsbeleidigung zu sechs Monaten Haft verurteilt. Silvester zum Jahr 1900 „feierte“ er auf Festung Königstein in Sachsen. *H. Tews*

Gründer und Märzminister

David Hansemann schuf Vorgänger von Aachen-Münchner und Deutscher Bank

David Hansemann wäre gleich in zweifacher Hinsicht einen Lexikonartikel wert. Zum einen als Gründer diverser Unternehmen, zum anderen als Finanzminister und einer der führenden Köpfe der preußischen Märzregierung.

Das am 12. Juli 1790 in Finkenwerder bei Hamburg geborene jüngste der elf Kinder des Eberhard Ludwig Hansemann war zwar ein Pastorensohn, aber für ein Theologiestudium reichte wohl angesichts der Kinderschar das Geld nicht und so begann er 1805 eine kaufmännische Lehre im Handelsgeschäft von Ferdinand und Johann Daniel Schwenger in Rheda. In der Franzosenzeit wurde sein Lehrherr Maire (Bürgermeister) und er dessen Sekretär. Damit lernte David Justus Ludwig Hansemann bereits in seinen Lehrjahren zwei Bereiche kennen, die sein Leben und die umgekehrt in beschränktem Maße auch er prägen sollte(n): den Handel und die Politik.

Es begann mit dem Handel. Der Kaufmannslehre folgten Wanderjahre als Woll- und Tuchkaufmann. Angeblich die reiche Entwicklung der Tuchindustrie im Rheinland voraussehend, machte er sich in Aachen 1817 mit von der Familie geliehenem Startkapital als Tuchhändler selbständig. Angesichts der Tatkraft, die Hansemann nachgesagt wird, verwundert es nicht, dass er in seinem Geschäft erfolgreich war. Eine größtmögliche Expansion seines Unternehmens befriedigte jedoch nicht seinen Tatendrang. Vielmehr widmete er sich nun der Politik im weiteren und auch im engeren Sinne. Er arbeitete „viel in allgemeinen Angelegenheiten“, um es mit seinen eigenen Wort zu sagen. Erklärtermaßen erachtete er „Vermögen nur als Mittel, nicht Zweck. Zweck waren ihm stattdessen „Unabhängigkeit, Beruhigung für die Lebensdauer und die Fähigkeit, den Kindern eine gute Erziehung mitzugeben und außerdem nützliche Ausgaben machen zu können“. So verband er wirtschaftliches mit sozialem Engagement. 1824 trat er dem ausländischen Versicherungsmonopol entgegen und gründete die gemeinnützige Aachener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, deren jährlicher Reingewinn zur Hälfte für soziale Zwecke ausgegeben wurde. Hierfür gründete er extra den Aachener Verein zur Beförderung der Arbeitsamkeit. Statt Almosen und milde Gaben vergab dieser Kredite an Handwerker, angegliederte Spar- und Prämienkassen oder Arbeiter-Pensionskassen und Kinderverwahranstalten. Entsprechend dem liberalen Ideal sollten die Empfänger in die Lage versetzt werden, für sich selber aufzukommen, und damit zu tragenden Pfeilern der (bürgerlichen) Gesellschaft werden.


Bild: bpk/DHM

Preußens Finanzminister in der Märzregierung: D. Hansemann

Wie viele andere Honoratioren auch war David Hansemann auf kommunaler Ebene politisch aktiv. Hansemann war weder Reaktionär noch Revolutionär. Ihm schwebten Reformen und ein politisches Modell wie in Belgien oder Frankreich nach der Julirevolution von 1830 vor. Den politischen Durchbruch, wenn man denn davon sprechen will, ermöglichte dem fortschrittlichen Geist dann die 48er Revolution. Am 29. März 1848 wurde er als Finanzminister in das preußische Märzministerium berufen. Von links durch die Demokraten und von rechts durch die feudale Reaktion attackiert, musste der Liberale allerdings bereits am 8. September des Jahres zurücktreten. Er übernahm nun die politisch weniger exponierte Leitung der Preußischen Bank. Doch nach dem Scheitern der 48er Revolution und dem Wiedererstarken der Reaktion verlor er 1851 auch dieses Amt.

Wie viele politisch entmachtete liberale Bürger zog auch Hansemann sich nun aus der großen Politik zurück und widmete sich den Geschäften. Er blieb im Bankenbereich. Noch im Jahre seines Ausscheidens aus der Preußischen Bank gründete er die Disconto-Gesellschaft. Aus dem Kreditverein nach belgischem Muster machte Hansemann 1856 eine Kommanditgesellschaft auf Aktien. Inzwischen typisch für heutige deutsche Großbanken, beschränkte sich die Gesellschaft nicht wie damals noch üblich auf Kreditgeschäfte. Vielmehr traten daneben eigene Anlagen in Industrie und Verkehrswesen sowie die Übernahme großer Emissionsgeschäfte. Das war damals richtungweisend und die Gesellschaft avancierte zu einer der größten deutschen Bankgesellschaften, bis sie sich 1929 mit der Deutschen Bank, der Rheinischen Creditbank und dem A. Schaaffhausen’schen Bankverein zur Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft (DeDi-Bank) zusammenschloss, die wir seit 1937 als „Deutsche Bank“ kennen. Bei dieser Fusion war Hansemann allerdings bereits sechseinhalb Jahrzehnte tot. David Hansemann starb am 4. August 1864 bei einem Kuraufenthalt in Schlangenbad im Taunus.

Manuel Ruoff

Preußens Biograf

Krollmann: Archivar in Königsberg

Christian Krollmanns Werk gewann nach der Vertreibung der Bevölkerung Ost- und Westpreußens aus der Heimat historischen Wert. Der am 11. Februar 1866 in Bremen geborene Sohn des Musiklehrers Bodo Krollmann und dessen Ehefrau Wilhelmine geborene Ebhardt besuchte das Alte Gymnasium, das er 1885 mit dem Abitur verließ, um Philologie und Philosophie in Marburg, München, wo er auch der Militärpflicht nachkam, und Halle zu studieren. Ab 1890 war er zunächst freier Schriftsteller, dann Erzieher in Bremen und Berlin, wo er auch Geschichte studierte.

Nach Ostpreußen kam Krollmann 1902 als Archivar des Fürsten Dohna in Schlobitten. Damit begann seine Arbeit zur Geschichte Ostpreußens, die er nicht mehr aufgeben sollte. Er promovierte 1904 an der Albertina mit einer Dissertation über das Defensionswerk in Preußen, habilitierte sich 1908, gab jedoch die Dozentur 1911 wieder auf. Christian Krollmann heiratete 1913 Elisabeth von Waldow; die Ehe blieb kinderlos. 1914/15 leistete er Kriegsdienst, trat danach in den Dienst Königsbergs (Pr), wurde 1917 Stadtbibliothekar und leitete ab 1924 die Stadtbibliothek sowie das Stadtarchiv bis zu seiner Pensionierung 1934 als Bibliotheksdirektor.

An »Altpreußischer Biographie« beteiligt

Krollmann gehörte 1923 zu den Gründungsmitgliedern der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung. Ende 1926 übernahm er als Nachfolger des Professors Otto Krauske den Vorsitz des Vereins für die Geschichte von Ost- und Westpreußen, der im gleichen Jahr mit der Herausgabe der Mitteilungen des Vereins begonnen hatte.

Mit der Zeit in Schlobitten hatten Krollmanns Veröffentlichungen zur Geschichte Ostpreußens begonnen. Über die Jahre kam eine große Zahl von Aufsätzen und Büchern zum Druck. Sein wichtigstes Werk sollte die „Altpreußische Biographie“ („ApB“) werden, die er bei der Historischen Kommission anregte und mit deren Herausgabe er beauftragt wurde. Die erste Lieferung erschien 1935 beim Verlag Gräfe und Unzer. Der erste Band schloss 1941 mit der 13. Lieferung ab. Das Werk kam unter seiner Leitung 1943 in der dritten Lieferung des zweiten Bands bis zum Buchstaben P und brach mitten im Beitrag Georg von Polenz (1478–1550) auf Seite 512 ab.

Krollmann brachte in das Werk seine Erfahrungen aus der Landesgeschichte ein und stellte den verantwortlichen Herausgeber. Ihn unterstützte ein Ausschuss, dem Oberstudiendirektor Bruno Schumacher und Staats- und Universitätsbibliotheksdirektor Carl Diesch aus Königsberg sowie Stadtbibliotheksdirektor Friedrich Schwarz aus Danzig angehörten. Ein Kreis von Mitarbeitern schloss sich an.

Es kamen Kurzbiografien mit Quellennachweisen zum Druck. Zeitlich setzten sie ein mit dem Deutschen Orden, von dessen Hochmeistern Krollmann einige Biografien lieferte. Es waren Persönlichkeiten, die ihre Bedeutung unter anderem in der Literatur, der Politik, der Verwaltung oder der Wissenschaft gewonnen hatten, unter ihnen auch Personen von weltgeschichtlicher Wirkung, so beispielsweise Nicolaus Copernicus, Immanuel Kant oder Johann Gottfried Herder.

Bibliotheksdirektor im Ruhestand Christian Krollmann starb am 19. Juli 1944 in Königsberg, bald nach der Feier zum 400. Jubiläum der Gründung der Albertina Seine Witwe kam 1945 in der von der Roten Armee besetzten Stadt ums Leben.

E.B.

Seine Ausgleichspolitik scheiterte

Mit Konzessionen versuchte Michael Küchmeister, Hochmeister des Deutschen Ordens, Polen-Litauen friedlich zu stimmen

Der Deutsche Orden erholte sich in dem 1409 ausgebrochenen Krieg mit seinen beiden durch eine dauerhafte Union miteinander verbundenen Nachbarn Polen und Litauen von seiner schweren Niederlage in der Schlacht bei Tannenberg am 15. Juli 1410 rasch wieder. Der am 1. Februar 1411 abgeschlossene Thorner Friede bestätigte seinen früheren Besitzstand, abgesehen davon, dass er die nördlich der Memel gelegene, seit langem umstrittene Landschaft Schamaiten abtreten musste, freilich nur zu Lebzeiten des polnischen Königs Wladislaws II. Jagiello und des litauischen Großfürsten Witold.

Allerdings enthüllten die nachfolgenden Reibereien um die Umsetzung einzelner Vertragsbestimmungen schnell, dass der Konflikt zwischen den beiden Mächten in aller Schärfe weiterschwelte. In dieser Lage glaubte Hochmeister Heinrich von Plauen keinen anderen Ausweg sehen zu können, als den Krieg gegen Polen-Litauen wieder zu eröffnen. Aber seine obersten Amtsträger verweigerten ihm die Gefolgschaft, weil sie wegen der internationalen Isolierung des Ordens und seiner stark geschwächten finanziellen Mittel nicht auf seinen Erfolg vertrauten, sondern im Gegenteil seinen Untergang befürchteten. Sie setzten deshalb den in der Marienburg gefangen genommenen Hochmeister ab. Der Anführer der Opposition, Michael Küchmeister, wurde am 9. Januar 1414 zum neuen Hochmeister gewählt.

Antipode und Nachfolger des »Retters des deutschen Ordens«, Heinrich von Plauen

Küchmeister war nach dem Thorner Frieden der maßgebliche Gesandte des Ordens in den Verhandlungen mit Polen, Litauen und dem vermittelnden deutschen König Sigismund gewesen, und er hatte wiederholt, geschmeidiger als Plauen, der seine eigenen Positionen gegenüber all seinen Widersachern innerhalb wie außerhalb Preußens unnachgiebig und rücksichtslos durchzusetzen getrachtet hatte, auf die jeweiligen mächtepolitischen Konstellationen reagiert und nötigenfalls Zugeständnisse nicht ausgeschlossen. Entsprechend dieser Linie suchte er ein Übereinkommen mit Polen-Litauen auf dem Verhandlungstag zu erreichen, den der Orden bereits vor seiner Wahl unter Distanzierung von Plauens Kriegsplänen für den 22. April 1414 in Grabau (südlich Kalisch) in Kujawien vereinbart hatte.

Seine Bemühungen scheiterten aber an den Maximalforderungen der Gegenseite, noch mehr an den polnischen als an den litauischen. Die Gesandten des Königs verlangten anfänglich, dass der Orden Pommerellen, das Kulmerland, die östlich davon gelegene Michelau, die Thorn gegenüber auf dem linken Weichselufer gelegene Burg Nessau, die Burgen von Driesen und Zantoch an den Grenzen der damals dem Orden zugehörigen brandenburgischen Neumark an Polen abtrete. Litauen solle Schamaiten und das südlich anschließende Sudauen als angebliches „väterliches Erbe“ Wladislaws und Witolds überlassen werden. Die Vertreter des Hochmeisters beriefen sich auf den Ersten Thorner Frieden, dessen Bestätigung durch den anschließenden Schiedsspruch Sigismunds und die alten Privilegien des Ordens, durch die er im Besitz aller genannten Lande bekräftigt worden war. Nach neuntägigen Verhandlungen wichen die polnischen Räte scheinbar ein wenig zurück: Die Entscheidung über ihre Ansprüche solle einem Richterspruch Sigismunds überlassen werden, die von Polen verlangten Gebiete in den südlichen Grenzregionen des Preußenlandes und der Neumark ihm aber jetzt schon übergeben werden.

Nachdem die Bevollmächtigten ohne Ergebnisse auseinander gegangen waren, versuchte der Hochmeister auf einer persönlichen Zusammenkunft mit dem polnischen König auf einer Weichselinsel in der Nähe Thorns nochmals zu einem Ausgleich zu kommen. Er empfahl, den Ersten Thorner Frieden zur Grundlage des künftigen Friedens zu machen, erörterte eingehend das Anrecht des Ordens auf Schamaiten, das sich auf vom König eingegangene ältere Friedensschlüsse stütze – damit sein nachfolgendes Angebot zu seinem dauerhaften Verzicht auf das Land umso größeres Gewicht erhielt. Aber Wladislaw beharrte unbeeindruckt auf seiner Haltung: Er bestehe auf seinem Recht, also auf allen angemeldeten territorialen Ansprüchen, vorerst solle die Angelegenheit dem Ausspruch des deutschen Königs anheimgestellt werden. Auf die angebotene Abtretung Schamaitens ging er gar nicht ein und wies sie damit unausgesprochen als unzureichend zurück.

Bereits in seinem ersten Amtsjahr brach der »Hungerkrieg« aus

Die gescheiterten Gespräche offenbarten mit aller Deutlichkeit, dass auf diplomatischem Wege ein Ausgleich zwischen dem Orden und Polen-Litauen nicht zu erlangen war, weil die polnisch-litauischen Forderungen in ihrer Konsequenz geradezu auf die politische Selbstaufgabe des Ordensstaates hinausliefen. Polen erneuerte nachdrücklich seinen Standpunkt, den es schon 1320 zum ersten Mal vorgetragen hatte, als der Orden nach dem erbenlosen Aussterben des pommerellischen Herzogshauses aus dem Ringen um dessen Erbe als Sieger hervorgegangen war. Es hatte damals in verschiedenen päpstlichen Prozessen mit fragwürdigen historischen Argumenten behauptet, Pommerellen und das Kulmerland seien seine untrennbaren Bestandteile, jedoch schließlich im Frieden von 1343 nach gescheiterten militärischen und diplomatischen Versuchen die dortige Ordensherrschaft anerkannt. Aber in den durch die polnisch-litauische Union verstärkten Auseinandersetzungen mit dem Ordensstaat im frühen 15. Jahrhundert wurden seine alten Wünsche wiederbelebt. Und nach dem Sieg in der Schlacht bei Tannenberg schien Polen am Ziel seiner Wünsche zu stehen, als große Teile des Preußenlandes Wladislaw II. huldigten. Auch wenn dieser Gewinn im Kriegsverlauf rasch wieder zerronnen war, bestimmten die historische Erinnerung und das Erlebnis von 1410 für die folgenden Jahrzehnte die polnische Politik gegenüber dem Orden.

Ihr Zugriff auf Pommerellen und das Kulmerland hätte die Teilung des preußischen Ordensstaates bedeutet: Der Orden wäre auf die später ostpreußischen Gebiete (nord)östlich der Weichsel und der Drewenz beschränkt worden, er hätte die wirtschaftlich fortgeschrittenen Regionen beiderseits der unteren Weichsel verloren und wäre von seinen direkten Landverbindungen zum Heiligen Römischen Reich und von seinen dortigen Helfern abgeschnitten worden. Die polnischen Positionen hätten dessen kümmerlichen Rest des Ordenslandes, bei Weitem nicht einmal die Hälfte seines früheren Besitzstandes, auf ein gänzlich vom polnisch-litauischen Willen abhängiges Gebilde herabgedrückt. Insofern enthält die vom Orden damals immer wieder zu propagandistischen Zwecken geäußerte Behauptung, seine Gegner gingen auf seine Vernichtung aus, durchaus einen wahren Kern.

Der Orden und sein Hochmeister rechneten nach den gescheiterten Verhandlungen mit einem baldigen Kriegsausbruch, nicht zu Unrecht: Am 18. Juli 1414 erklärten König Wladislaw II. und Großfürst Witold ihnen den Krieg, am 25. Juli überschritt ihr Heer die südliche Grenze des Preußenlandes. Der sogenannte Hungerkrieg hatte begonnen.

Klaus Neitmann

»Automatik der Mobilmachungen«

Vor 100 Jahren eskalierte die durch das Attentat von Sarajevo ausgelöste Julikrise zum Weltkrieg

Vor 100 Jahren gingen in Europa die Lichter aus, die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts begann. Dem Sieg der Deutschen im Deutsch-Französischen Krieg waren die Belle Époque und eine ungewohnt lange Zeit des Friedens gefolgt, dem von ihren Feinden gewonnenen Ersten Weltkrieg schlossen sich Verelendung, Unterdrückung und dann vor knapp 75 Jahren der Zweite Weltkrieg an.

Frühsommer 1914. Nichts deutete auf den bevorstehenden Weltenbrand hin. Auf dem Balkan gärte es, aber das beunruhigte niemanden ernstlich, galt die Region doch schon seit Langem als Herd lokal begrenzter Krisen. Die europäischen Staaten befanden sich in einer Phase der Hochrüstung, doch das von Otto von Bismarck geschaffene Bündnissystem hatte bisher den Frieden in Mitteleuropa garantiert. Auf der Kieler Woche maßen sich die Völker, die sich wenige Wochen später als Todfeinde in einem erbitterten Ringen gegenüberstehen sollten, unter den Augen der Monarchen im sportlichen Wettbewerb. Besondere Aufmerksamkeit erregte der Freundschaftsbesuch eines Geschwaders der Royal Navy, mit der sich die Kaiserliche Marine in einem stetigen Rüstungswettlauf befand.

Ließen Sachzwänge und Automatismen keine andere Wahl?

Doch am 28. Juni erschütterten die Schüsse Europa, mit denen der serbische Nationalist Gavrilo Princip den österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Frau ermordete. Der Weg Europas in den Abgrund begann.

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges standen die Dreibundpartner Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien mit Rumänien und dem Osmanischen Reich den Mächten der Triple Entente, Frankreich, Großbritannien und Russland, mit Belgien, Serbien und Montenegro gegenüber. Die Bluttat von Sarajevo und die Annahme, dass durch dieses Ereignis der Bündnisfall eingetreten sei, führte in den Hauptstädten Europas zu den Vorgängen, die der Historiker Walther Hubatsch treffend als „die Automatik der Mobilmachungen" bezeichnet.

In Wien drängte das Militär auf einen schnellen Vergeltungsschlag. Der aber würde das mit Serbien verbündete Russland herausfordern. Deshalb suchte Österreich-Ungarn die Unterstützung Deutschlands. Nach längeren Beratungen erklärten Kaiser Wilhelm II. und Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg – analog zu Bundeskanzler Gerhard Schröders uneingeschränkter Solidarität mit den USA – am 6. Juli die unbedingte Bündnistreue zur Donaumonarchie, obwohl sie hofften, dass sich der Balkankrieg noch lokal lösen ließe. Österreich-Ungarn indes hielt eine militärische Intervention in Serbien für unvermeidlich, wollte es seine Interessen auf dem Balkan durchsetzen. Mit seinem Bündnisversprechen hatte die Reichsleitung dem Nachbarn eine Blankozusage gemacht, wohl wissend, dass sie damit das Risiko der Eskalation zu einem europäischen Konflikt eingegangen war. Andererseits konnte ein schneller Schlag gegen Serbien die Krise auch schnell beenden.

Am 23. Juli forderte Österreich-Ungarn das Königreich Serbien ultimativ auf, die Attentäter und ihre Helfer streng zu bestrafen und alle anti-österreichischen Aktivitäten zu unterbinden. Daraufhin ordnete Serbien zwei Tage später die Mobilmachung an, akzeptierte aber die Forderungen aus dem Ultimatum mit Ausnahme der geforderten Beteiligung von k. u. k. Beamten an der Untersuchung der Hintergründe der Tat in Serbien. Wien antwortete mit einer Teilmobilmachung und am 28. Juli mit der Kriegserklärung, der sogleich die Beschießung Belgrads folgte.

Russland reagierte auf diese Entwicklung, indem es seine Truppen an den Grenzen aufmarschieren ließ. Die Forderung des deutschen Kaisers zur Demobilisierung blieb vom Zaren unbeantwortet. Daraufhin erklärte auch Österreich-Ungarn am 31. Juli die Gesamtmobilmachung. Am Nachmittag richtete Wilhelm II. ein letztes Ultimatum an seinen russischen Vetter und forderte Frankreich auf, für den Fall eines Krieges zwischen Deutschland und Russland eine Neutralitätserklärung abzugeben. Als auch diese Noten unbeantwortet blieben und in Frankreich die Mobilmachung angeordnet wurde, erklärte das Deutsche Reich am 1. August Russland den Krieg. Die Kriegserklärung an Frankreich folgte am 3. August, woraufhin am nächsten Tag deutsche Truppen durch Belgien nach Frankreich marschierten. Diese Neutralitätsverletzung rief nun Großbritannien auf den Plan, dessen scharfe Protestnote einer Kriegserklärung an Deutschland gleichkam. Zwei Tage später schließlich erklärte auch Österreich-Ungarn den Ententemächten den Krieg. So eskalierte die Konfrontation der hochgerüsteten Mächte zum Weltkrieg, an dem schließlich 38 Staaten beteiligt waren.

Sowohl die strategische Planung als auch die taktische Kampfführung aller beteiligten Heere gründeten sich auf der Überzeugung, dass die Offensive die der Defensive überlegene Gefechtsart sei und dass die in den ersten Schlachten errungene Entscheidung auch die Entscheidung über den Ausgang des Krieges und die Entscheidung über die zukünftige globale Machtverteilung herbeiführen würde. In dieser Einschätzung folgten die Militärs Carl von Clausewitz, der festgestellt hatte, dass ein strategischer Angriff zwar große Risiken berge, nicht selten aber einen Krieg mit einem Schlag entschieden habe. Beide Seiten wollten daher versuchen, die Kriegsentscheidung in einer Angriffsschlacht zu erzwingen.

Bei Kriegsbeginn wurde in Deutschland und den anderen kriegführenden Ländern allgemein mit einem kurzen Krieg gerechnet. „Daheim, wenn das Laub fällt" in Deutschland und „over by Christmas" in Großbritannien waren die Versprechen, die Militärs und Politiker bar jeden Empfindens für die Realität gegeben hatten. Dies waren aber nicht nur an die Soldaten gerichtete und die Moral hebende Propagandafloskeln, sondern entsprechend waren auch die Planungen für die militärische und wirtschaftliche Kriegführung ausgelegt. Die führenden Militärs beider Seiten gaben sich der trügerischen Hoffnung hin, in wenigen schnell geführten existenziellen Schlachten die Entscheidung erzwingen und den Gegner niederringen zu können. Die Annahme sollte sich als fatale Fehleinschätzung erweisen.

Jan Heitmann



Bild: getty

Denn sie wissen nicht, was sie tun: Jubel auf dem Londoner Trafalgar Square über den Kriegsausbruch

Vorboten der Friedlichen Revolution

Aus dem Tagebuch von Vera Lengsfeld: Juni 1989

Die *PAZ*-Autorin Vera Lengsfeld war seit den 1970er Jahren in der Opposition gegen das SED-Regime aktiv und seitdem Mitorganisatorin aller wichtigen Veranstaltungen der Friedens- und Umweltbewegung der DDR. 1988 wurde sie wegen „Versuchter Zusammenrottung" verhaftet und nach einem Monat in den Westen abgeschoben. Am Morgen des 9. November 1989 in die DDR zurückgekehrt, wurde sie Mitglied der Verfassungskommission des Runden Tisches und später der ersten und zugleich letzten frei gewählten Volkskammer. Von 1990 bis 2005 gehörte sie dem Deutschen Bundestag an. An dieser Stelle berichtet die bekannte Bürgerrechtlerin monatlich aus eigenem Erleben über die Ereignisse vor 25 Jahren in der DDR.

Der Monat beginnt mit politischen Paukenschlägen. Die DDR schiebt staatlicher Willkür scheinbar einen Riegel vor: DDR-Bürger dürfen ab sofort Entscheidungen nach dem Reisegesetz vor Gericht überprüfen lassen. Hört sich gut an, ist aber reine Formsache, denn die Justiz der DDR ist ja nicht unabhängig. Diese großzügige Regelung wird kaum getestet, denn die kommenden Ereignisse lassen sie bald obsolet werden.

In Moskau wird zugegeben: Der Angriff auf Afghanistan ist von der Sowjetunion gestartet worden, ohne dass es einen Hilferuf aus dem Land gegeben hätte. Seit seinem Beginn im Dezember 1979 hat der Krieg die SU jährlich 15 Milliarden Rubel gekostet und erheblich zur endgültigen Zerrüttung der Staatsfinanzen beigetragen.

Apropos Finanzen: Es wird bekannt, dass die von den USA der DDR gewährten 600 Millionen US-Dollar Kredit zu Vorzugszinsen über Geldwaschanlagen bei Aufständischen in aller Welt gelandet sind, zum Beispiel in Nicaragua.

In Ungarn haben die Zeitungen nur ein Thema: Das Oberste Gericht hatte beschlossen, die hingerichteten Führer des ungarischen Volksaufstandes von 1956 vom Vorwurf des Landesverrats freizusprechen und als Patrioten anzuerkennen – und genau an diesem Tag stirbt János Kádár, der Mann, der für die Hinrichtungen verantwortlich war. Bei dem Ex-Parteichef handelte es sich um eine der widersprüchlichsten Persönlichkeiten im Ostblock. Als Innenminister war er für die Verhaftung seines Parteifreundes Lászlo Rajk verantwortlich, wurde dann seinerseits denunziert, verhaftet und gefoltert wegen angeblicher Unterstützung Josip Broz Titos, des jugoslawischen Abweichlers von der Stalin-Linie.

Im Jahre 1953 wurde er von der Regierung Imre Nagy freigelassen und rehabilitiert. Zum Dank dafür beteiligte er sich an der Niederschlagung des Volksaufstandes, indem er um sowjetische „Waffenhilfe" bat. Danach bildete er eine Gegenregierung zur Regierung Nagy. Von 1956 bis 1988 war er Generalsekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, zeitweilig auch Ministerpräsident von Ungarn.

Einen Tag nach seinem Tod widerruft der Warschauer Pakt die „Breschnew-Doktrin" über die eingeschränkte Souveränität der Ostblockstaaten. In Zukunft sind „Waffenhilfen" der Bruderländer bei innenpolitischen Angelegenheiten nicht mehr möglich.

Dem Zusammenwachsen Europas steht nichts mehr im Wege. Die Bedeutung des Beschlusses wurde im Westen aber nicht verstanden.

Zur gleichen Zeit geschieht etwas, das es in der Geschichte des Warschauer Paktes noch nie gegeben hat: Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten am 7. und 8. Juli 1989 in Bukarest gibt es heftige Kontroversen. Die Reformbefürworter Sowjetunion, Ungarn und Polen liefern sich leidenschaftliche Wortgefechte mit den Reformgegnern DDR, CSSR und Rumänien. Sie werfen sich gegenseitig Verrat am Sozialismus vor. Nur mühsam wird der Riss nach außen hin gekittet. Hilfreich ist, dass die westliche Presse sich nicht sehr für diese Auseinandersetzungen interessiert.

Bei den heftigen Diskussionen zwischen Reformbefürwortern und Reformgegnern auf der Tagung des Warschauer Paktes kommt DDR-Staatschef Erich Honecker die Galle hoch: Seine Koliken wurden so heftig, dass er vorzeitig aus Bukarest abreisen muss. Zuvor hatte er die Nacht in einem Bukarester Klinikum verbracht, dann aber entschieden, dass er sich lieber nicht auf die unsichere medizinische Versorgungslage in Nicolae Ceausescus Rumänien verlassen will, zumal dort einem Krankenhaus auch mal unvermittelt der Strom ausgehen kann.

Während auf der Warschauer-Pakt-Tagung diskutiert wird, brechen in der Moldauischen Sowjetrepublik Nationalitätenunruhen aus, die sich im Laufe des Monats ausbreiten.

Auch in der DDR wird es immer unruhiger.

In Leipzig findet der Kirchentag der sächsischen Landeskirche satt. Dass die Kirchenleitung dabei auf politische Themen verzichten will, wollen die Basisgruppen nicht hinnehmen. Sie veranstalten in der Lukaskirche einen „Statt-Kirchentag", an dem 2500 Oppositionelle aus der ganzen DDR teilnehmen.

Nach dem Abschlussgottesdienst auf der Rennbahn formiert sich spontan ein Demonstrationszug gegen Wahlbetrug und für Demokratie. Da zu viele Westjournalisten anwesend sind, muss sich die Stasi auf eine Beobachtung des Geschehens beschränken. Auf einem der Transparente ist in Deutsch und Chinesisch das Wort „Demokratie" zu lesen – eine Reaktion auf die blutige Niederschlagung der Studentenproteste in Peking. Das ist offenbar zu viel. In einem Überraschungsangriff reißen Stasileute das Transparent an sich und flüchten damit in die Straßenbahn.

In Budapest beginnt das Flüchtlingsdrama. Dutzende Flüchtlinge aus der DDR halten sich seit Tagen in der Botschaft der Bundesrepublik auf. Die Diplomaten sind hilflos. Niemand weiß, wie man auf diese Situation reagieren soll. Andere kampieren in den Parkanlagen der Stadt. Sie haben in der DDR alles zurückgelassen.

Abend für Abend machen sich Grüppchen auf in Richtung Grenze, um nach Österreich zu gelangen.

Erst gegen Ende des Monats wacht die Bundesregierung auf und reagiert auf die schnell steigenden Flüchtlingszahlen. Staatssekretär Walter Priesnitz vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen appelliert an alle DDR-Bürger, in ihrer Heimat zu bleiben, damit die „Wiedervereinigung der Deutschen nicht in der Bundesrepublik" stattfinde.

Er findet kein Gehör bei den Mitteldeutschen, die in wachsenden Zahlen die Grenze nach Österreich überqueren.

Das wird immer leichter, denn am ehemaligen Eisernen Vorhang sind nicht nur die Sperranlagen abgebaut worden, sondern auch die elektrischen Signalanlagen.

In der DDR rufen die Bürgerrechtler Markus Meckel und Martin Gutzeit zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR auf. Die Staatssicherheit konnte das nicht verhindern.

Bei der SPD in der Bundesrepublik löst die Ankündigung über die Gründung einer Schwesterpartei keinerlei Begeisterung aus. Im Gegenteil. Der Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, beeilt sich zu versichern, dass die SED die einzige Gesprächspartnerin in der DDR bleibe.

Der Monat endet mit einem letzten Paukenschlag: Der Oberste Sowjet streicht den Tatbestand „antisowjetische Agitation und Propaganda" aus dem Strafgesetzbuch. Damit wird eines der düstersten Kapitel des sowjetischen Unrechts beendet. Seit Gründung des ersten sozialistischen Staates wurden nach diesem Paragrafen Millionen von Menschen verurteilt. Bis zu 25 Jahre im Gulag konnte es für antisowjetische Propaganda geben oder sogar die Todesstrafe. Oft genug lief eine Verurteilung zu Lagerhaft auf die Todesstrafe hinaus. Wenn sich im Urteil der Zusatz „Ohne Recht auf Korrespondenz" fand, wurde der Verurteilte heimlich erschossen. Die Familien blieben bis zu Josef Stalins Tod im Ungewissen über das Schicksal ihrer Angehörigen.

Die Entscheidung des Obersten Sowjets, so einschneidend sie auch ist, bleibt ohne Beachtung in den westlichen Medien.

Die Autorin dieses Beitrags ist Verfasserin des unlängst erschienenen Buches „1989 – Tagebuch der Friedlichen Revolution – 1. Januar bis 31. Dezember", TvR Medienverlag Jena.

Schwache Geschichtskenntnisse

Zu: Hessenrundfunk ist einsichtig (Nr. 24)

Ich begrüße die Initiative und die Wachsamkeit der Landsmannschaft Ostpreußen, die sich über einen Bericht der „Hessenschau“ beschwerte. Dort war die Rede davon, dass Ostpreußen seit 1945 „wieder“ ein Teil von Polen, Litauen und Russland sei, suggeriert das „wieder“ doch, dass Ostpreußen schon vor 1945 ein Teil der erwähnten Länder gewesen sei.

„Politisch korrekt“ (besser: „politisch opportun“) ist etwas ganz anderes als „historisch korrekt“. Die Begründung der Entschuldigung des Intendanten des „Hessischen Rundfunks“, Helmut Reitze, zeigt schlaglichtartig, wie weit der Umdeutungsprozess anscheinend schon gediehen ist. Umso wichtiger ist die Korrektur, obwohl nach dem Motto „semper aliquid haeret“ (Etwas bleibt immer hängen) das Kind schon tief unten im Brunnen hängt.

Bekanntlich haben erst die Ostverträge der 70er Jahre und deren Fortschreibung 1990 den Status Ostpreußens im Kontakt besonders mit Polen verändert. Mein Interesse am Schicksal der deutschen, 1945 unter polnische und russische Verwaltung gestellten Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie ist wegen meiner Wurzeln im nördlichen Ostpreußen unverändert intensiv, und ich bin bei Aufenthalten in Berlin in der Lage, gelegentlich an Vorträgen teilzunehmen. Darunter war auch ein Vortrag der Westpreußen. Hier wurde thematisiert, wie stark Polen daran interessiert ist, die 1945 unter polnische Verwaltung gestellten deutschen Ostgebiete als „wieder gewonnene“ urpolnische Westgebiete erscheinen zu lassen; der Vortragende aber ließ durchblicken, es gebe schwache Ansätze zu einem Umdenken – zumindest auf der Ebene der Heimatpflege sei das Interesse an der jahrhundertealten deutschen Kultur vorhanden.

Möge die Aufarbeitung des Ersten Weltkriegs Vorbild sein für eine Korrektur des Geschichtsbildes des Zweiten Weltkriegs im Punkt „Flucht und Vertreibung“. Ich stelle fest, dass Kenntnis und Verständnis für den deutschen Osten in meinem Umfeld reziprok ist zur Entfernung zu diesem deutschen Osten.

M. Staesche, Markdorf

Verstörende Hetze gegen AfD

Zu Ein glorreicher Sieger (Nr. 22)

Bei den geschilderten Wahlergebnissen ist noch zu berücksichtigen, dass die Diffamierungen durch die etablierte Politik und die Presse offenbar doch verfangen haben. Erstere verteidigt die Festung ihrer Pfründe mit der Strategie „Angriff ist die beste Verteidigung“, und die Heftigkeit dieser Angriffe bietet zudem die Möglichkeit, das Erfordernis von Sachdiskussionen bereits im Keim zu ersticken. In der Sendung „Günther Jauch“ am Wahlabend hat Herr Steinbrück auf einen AfD-Wähler, der seine Gründe, diese Partei gewählt zu haben, sehr besonnen und sorgsam abwägend darlegte, hysterisch eingedroschen. Die Szenerie war symptomatisch für die ganze Kontroverse. Steinbrück hatte sich damit ins Knie geschossen; sein Gegner war der moralische Sieger. Um diese Einschätzung zu verifizieren, braucht man nur die Contenance beider Kontrahenten zu vergleichen: Steinbrück versuchte durch Lautstärke zu kompensieren, was ihm an Überzeugung fehlte.

Das Perfide an den Vorwürfen dieser Parteien ist, dass man exzessiv genau das selbst betreibt, was man den anderen vorwirft, die grobe Vereinfachung und den Populismus – nur eben mit umgekehrtem Vorzeichen. Ist es etwa keine plumpe Vereinfachung, mit dem Klischee hausieren zu gehen, nur die Einbindung Deutschlands in die EU habe ihm einen weiteren Krieg erspart, eine Katastrophe, die doch ganz andere Hintergründe hatte; die Wirkungen des Versailler Diktatfriedens sind nach dem Kriege obsolet geworden. Nicht minder töricht ist der Verweis, Deutschland könne es nur gut gehen, wenn es den anderen auch gut gehe, die Wirtschaft Deutschlands sei (nur) deswegen Exportweltmeister – als ob das vor der Schaffung der EU so viel anders war.

Die Politik verschreibt uns permanent Beruhigungspillen, alles sei nur zu unserem Besten, und versucht dann, uns das als erforderliche „Solidarität“ zu verkaufen. Aber was ist denn das für ein Solidaritätsverständnis, wenn die unter Entbehrungen angehäuften Altersersparnisse braver Bürger herangezogen werden sollen und die Folgen von wirtschaftskriminellem Handeln und nicht erhobenen Steuern zu kompensieren oder wenn wir Wohltaten zu bezahlen, die wir uns selbst nicht leisten? Und das wird obendrein als alternativlos hingestellt. Und wenn das jemandem nicht gefällt, wird er in die rechte Ecke gestellt. Ein Unterschied zwischen den Parteiprogrammen ist, sieht man von den radikalen Parteien am linken und rechten Rand ab, ohnehin kaum auszumachen, was aber nicht auf Begriffsstutzigkeit zurückzuführen ist. Wer nach allen Seiten offen ist, kann nicht ganz dicht sein.

Diese Parteien sind für Konservative nicht mehr wählbar, die Alternative zur Alternative kann deshalb nur die Wahlenthaltung sein. Übrigens: Die ehedem konservativen Parteien scheinen mir schlecht beraten zu sein, wenn sie die AfD zu ihrem Feindbild aufbauen und ihre abtrünnigen Stammwähler in das gegnerische Lager treiben. Das sagt ihnen ein zuvor traditioneller CDU-Wähler.

Und noch etwas ist in diesem Zusammenhang erstaunlich und an Inkonsequenz nicht mehr steigerbar: Während die CDU unentwegt aufgefordert wird, sich von der AfD, deren Rechtsradikalität ausschließlich aufgebauscht wird, um sie zu diffamieren, zu distanzieren, bleibt die SPD von Aufforderungen, sich von der sich perfekt tarnenden KPD zu distanzieren, verschont. Was bei den einen permanent hochgekocht wird, ist bei den anderen überhaupt kein Thema. Hier besteht eine Ärgernis erregende Asymmetrie – aber so ist Politik nun mal. Und dann mokiert sie sich über Politikverdrossenheit.

Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

Doch nicht Reichardts Werk?

Zu: An der Schwelle von der Klassik zur Romantik (Nr. 25)

Einen Dank der *PAZ* für ihr so ausführliches, anschauliches Gedenken an Johann Friedrich Reichardt (* Königsberg 1752, † 1814 Giebichenstein). Was die vermutlich auf den Feldpropst Johann Gottfried Kletschke zurückgehende Zuschreibung der bei der Beerdigung Friedrichs des Großen in der Garnisonkirche aufgeführten Trauerkantate mit lateinischem Text angeht, ist Johann Friedrich Reichardt als Komponist zumindest als nicht gesichert zu betrachten (siehe *PAZ*, 6. Dezember 2008, „Beste Wesenszüge des Berlinertums“ von Karl Betz): Carl Friedrich Zelter berichtet in seiner ersten Selbstbiografie, er habe „eine Trauermusik auf den Tod“ Friedrichs des Großen komponiert und „solche in der Garnisonkirche ... aufgeführt. Die Musik war nicht ohne Sensation und musste noch einmal in einem Konzertsaale aufgeführt werden. Mein Vater, der in Sanssouci an den Terrassen und Treibhäusern gearbeitet hatte, saß neben dem Professor Engel, der mit ihm über die Musik sprach. Zelter referiert den Text, kennzeichnet Rede und Gegenrede und verbindet ihn mit dem Hinweis auf den Charakter seiner kompositorischen Komposition.“

Zweifelsfrei handelt es sich um den von Kletschke in deutscher Übersetzung wiedergegebenen Text. Kommentar des Vaters nach der Aufführung: „Ich habe zum ersten Mal erfahren, was eine Musik wirken kann; ich gestehe es, Deine Musik hat mich bewegen müssen, da ich doppelten Anteil daran nehme, insofern es Deine Arbeit ist und den großen König beklagt, den dies armselige Land lange genug zu beweinen haben wird.“ (Zelters „Darstellungen seines Lebens“, Weimar 1931 Schriften der Goethe-Gesellschaft Bd 44, Seite 173 f.)

Leider gibt es, ob Reichardt, ob Zelter (oder beide?) keine Einspielung und nach meiner bisherigen Recherche auch weder Autograf noch Druck der Komposition.

Gudrun Schlüter, Münster



Debatten sind garantiert: Der Entwurf der CSU für eine Maut ist äußerst unausgegoren Bild: action press

Maut verstößt gegen Gleichstellungsprinzip

Zu: Maut-Murks (Nr. 26)

Auto- und Motorradfahrer, die nicht in Deutschland wohnen, müssen künftig eine Vignette kaufen – gleichgültig, ob sie Autobahnen benutzen oder nur auf Bundesstraßen und nachrangigen Straßen fahren: 100 Euro pro Jahr (für zehn Tage zehn Euro; für zwei Monate 20 Euro). In vielen europäischen Ländern ist es anders: Bezahlen muss nur der, der auf Autobahnen, über bestimmte Brücken (Dänemark) oder durch Tunnel fahren will. Entweder muss er eine Vignette kaufen, die für eine bestimmte Zeit (maximal ein Jahr) Gültigkeit hat (Schweiz, Österreich, Tschechien), oder an Zahlstellen eine distanzabhängige Gebühr (Frankreich, Italien, Polen) bezahlen, die sich je nach Fahrzeugtyp unterscheiden kann. Die Benelux-Staaten, Großbritannien, Schweden, Finnland und andere Länder erheben keinerlei Straßenbenutzungsgebühren.

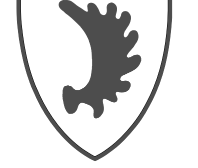
Die deutsche Maut aber hat die Wirkung eines Eintrittsgeldes für alle, die mit dem Motorrad oder mit einem Auto von maximal 3,5 Tonnen nach Deutschland kommen wollen. Wer diese Gebühr nicht bezahlen will, hat absolut keine Möglichkeit, in Deutschland mit Motorrad oder Auto einzureisen. Fazit: Die Personenfreizügigkeit ist verletzt.

Jedoch, mit einem Fahrzeug von über 3,5 Tonnen lassen sich in Deutschland alle Straßen problemlos und gratis befahren. Die Lkw-Maut greift erst ab zwölf Tonnen (ab Oktober 2015: ab 7,5 Tonnen) und gilt nur auf Autobahnen und ausgewählten großen Bundesstraßen. Das ist typisch deutsch – überall hat es Schlupflöcher, auch und vor allem im Steuersystem.

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) aus Bayern will mit dieser Maut eine „Gerechtigkeitslücke“ füllen: Nur die Ausländer müssen dafür zahlen, denn den Deutschen wird die Vignettengebühr durch Reduktion der Kraftfahrzeugsteuer kompensiert. Gerechtigkeitslücke? Der EU-Kommissar für Verkehr, Siim Kallas aus Estland, sieht in dieser Maut einen sinnvollen Beitrag zur Finanzierung der deutschen Infrastruktur, der mit Schlaglöchern übersäten Straßen und der einsturzgefährdeten Brücken. Gerechtigkeitslücke! Diese Maut diskriminiert die, die nicht mit deutschem Kontrollschild auf irgendwelchen deutschen Straßen unterwegs sind. Sie verstößt gegen das Gleichstellungsprinzip!

Jürg Walter Meyer, Leimen

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Das Ostpreußenblatt



Nr. 29 – 19. Juli 2014

Deutsches Adelsgeschlecht fasziniert Russen

Ausstellung über Familie von der Groeben in Königsberg – Epitaph beim Deutsch-Russischen Haus aufgestellt

Historiker und Heimatforscher im Königsberger Gebiet haben es sich zur Aufgabe gemacht, die deutsche Geschichte zu erforschen. Am 4. und 5. Juli hatten sie Gelegenheit, etwas gegen ihren Wissendurst zu tun. Im Museum Friedländer Tor wurde eine Ausstellung zur Geschichte des Adelsgeschlechts der von der Groebens eröffnet und im Deutsch-Russischen Haus wurde ein Epitaph aus der Kirche Schönbruch aufgestellt.

Zwei Tage lang trug in Königsberg der Name der bekannten Adelsfamilie von der Groeben, die untrennbar mit dem Leben und der Entwicklung Ostpreußens verbunden ist, zum kulturellen Geschehen bei.

Bei der Ausstellungseröffnung im Museum Friedländer Tor waren Christian, sein Sohn Dietrich sowie Wolfgang von der Groeben anwesend. Schon seit der Grenzöffnung Anfang der 90er Jahre sind Mitglieder der Familie immer wieder ins Königsberger Gebiet gereist und haben aktiv an gesellschaftlichen Aktivitäten teilgenommen.



Großes Interesse: Gespräche mit Christian von der Groeben (M.) im Museum, Epitaph (r.) Bilder (2): J.T.

Die von der Groebens bilden ein altes Adelsgeschlecht, das erstmals im 12. Jahrhundert erwähnt wurde. Zu Beginn des 15. Jahrhunderts siedelte sich ein Zweig der Familie in Ostpreußen an und spielte seitdem eine wichtige Rolle in der Provinz. Angehörige der Familie waren schon in frühester Zeit Deutschordensritter. Nachdem Friedrich Wilhelm II. in Königsberg den Thron bestiegen hatte, wurde Vertretern des Adelsgeschlechts von der Groeben der Grafentitel verliehen.



Die Ausstellung im Museum Friedländer Tor zeugt von der reichen Geschichte dieser Familie. Tafeln informieren über die Herkunft des Familienwappens und die Lage der Familiengüter in Ostpreußen. Die Ausstellungstafeln spiegeln Leben und Werk der prominentesten Vertreter des Geschlechts wider. Zu diesen gehört Otto Friedrich von der Groeben, der an der afrikanischen Küste landete und dort die Kolonie „Groß Friedrichsburg“ gründete; Friedrich von der Groeben war Kommandeur der Vorhut der polnischen Reservearmee, die zusammen mit König Jan III. Sobieski am Sieg über die türkische Armee bei Wien beteiligt war. Hans von der Groeben war einer derjenigen, die in den 60er Jahren an der Spitze der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft standen. 1992 trug der im vergangenen August verstorbene Otto-Friedrich von der Groeben dazu bei, dass die Bundesregierung sich an dem Bau des Deutsch-Russischen Hauses (DRH) in Königsberg beteiligte, das sich übrigens auf dem Grund und Boden der ehemals von der Groebenschen Besitzung Liep befindet.

Nachkommen nahmen aktiv teil

Die Ausstellungsbesucher konnten sich mit dem Schicksal der bekannten Angehörigen des Adelsgeschlechts von der Groeben vertraut machen und auch erfahren, wo in Königsberg und der gesamten Region die Adelsfamilie Erwähnung findet. Das Material für die Ausstellung hat der noch in Königsberg geborene Christian von der Groeben zusammengetragen. Vor sieben Jahren hatte Friedhelm A. Dölling einen anderthalbstündigen Film über die Familie an vielen Originalorten gedreht. Vor fünf Jahren wurde daraus ein Buch über die Geschichte der Familie, zusammengestellt, das Christian von der Groeben im letzten Jahr der Museumsdirektorin zeigte. Damals wurde die Idee zu dieser Ausstellung geboren.

Im Rahmen eines Interviews für den Film hatte von der Groeben die Museumsleiterin kennengelernt. Die Filmreihe „Museum über die Grenzen hinaus“ sollte lebendige Zeugnisse darüber enthalten, wie man in Königsberg lebte.

Einen Tag nach der Ausstellungseröffnung fand auf dem Gelände des Deutsch-Russischen Hauses die feierliche Übergabe des wiederentdeckten Epitaphs aus dem 17. Jahrhundert (Georg von der Groeben) statt. Gleichzeitig soll es dem Gedenken an Otto Friedrich von der Groeben, den Mitgründer des DRH, dienen. Es ist ein Steinbild mit abgebrochener Ecke. Auf der an deren Rahmen angebrachten Informationstafel steht zu lesen: „In der Vorhalle der 1974 abgebrochenen Kirche von Schönbruch (heute Schirokoje) stand dieses Standbild von Georg von der Groeben (1565–1618), Besitzer von Redden, zusammen mit seiner Frau Dorothea, geb. Lendorff. Im Jahr 2013 von Christian von der Groeben geborgen.“

Die anwesenden Gäste legten Blumen vor dem Epitaph nieder, und Christian von der Groeben beschrieb, wie es ihm gelungen war, das Epitaph aufzuspüren. Seine russische Dolmetscherin im Kreis Bartenstein hatte ihn informiert, dass es zum großen Teil noch erhalten war und sich in der Grenzzone zwischen der Republik Polen und dem Königsberger Gebiet befand. Der Bürgermeister von Friedland (Prawdinsk) unterstützte das Bergungsvorhaben und half bei der Beschaffung der notwendigen behördlichen Genehmigungen. Zunächst war geplant, das Epitaph in der Kirche von Friedland aufzustellen, doch da dem orthodoxen Priester das Epitaph mit 2,30 Meter mal 1,70 Meter zu groß war, entschied man sich für den Standort beim Deutsch-Russischen Haus. Viele hilfsbereite Menschen halfen bei der Verwirklichung dieses ungewöhnlichen Projekts. (Die *PAZ* berichtete, siehe Folge 46/16. November 2013.)

Die örtlichen Veranstaltungsgäste unterhielten sich anschließend mit großem Interesse mit denen aus der Bundesrepublik über die Geschichte dieser bemerkenswerten Familie sowie über deren weitere Pläne und Vorhaben.

Jurij Tschernyschew

Störungen des Verkehrs

Straße Nr. 15: Rakowitz [Rakowice], Straßenumbau. Straße Nr. 16: Deutsch Eylau (Iława), Renovierung des Bahnüberganges; Lyck (Ełk) Richtung Kallinowen (Kalinowo), Baustelle. Straße Nr. 16c: Lengainen (Ł gajny) Richtung Reuschhagen (Ruszajny), Reparatur der Schutzplanken; Bischofsburg [Biskupiec] Richtung Großborken (Borki Wielkie), Straßenbau. Straße Nr. 53: Passenheim (Pasym) Richtung Grammen (Grom), Baustelle; Rosoggen (Rozogi) Richtung D browy, Baustelle. Straße Nr. 57: Leinau (Linowo) Richtung Klein Schöndamerau (Trelkówko), Baustelle. Straße Nr. 58: Sellwen [Selwa] Richtung Kurken [Kurki], Brükkenbau, einspurig; Neuvölklingen (Ochódno) Richtung Neu Keykuth (Nowe Kiejkuty), Baustelle. Straße Nr. 59a: Moythienen (Mojtyny), Baustelle. Straße Nr. 63: Raudischken (Rudziszki), Baustelle; Schwenten (Ogonki), Brücke, Baustelle. Straße Nr. 65: Goldap [Gołdap] Richtung Reimannswalde [Kowale Oleckie], Straßenumbau. *PAZ*

Neue Drahtseilbahn als Höhepunkt

Am »Tag der Stadt« in Rauschen wurden auch ein Festumzug und ein »königlicher Jahrmarkt« geboten

Rauschen hat seinen „Tag der Stadt“ gefeiert. An einem sonnigen warmen Tag strömten Königsberger und Urlauber an die See. Anlässlich des Feiertags gab es eine Theateraufführung mit dem Titel „Rauschen – Stadt der Zukunft“, an der Schüler von Schauspielschulen, Kunststudios und sogar Radfahrer mit ihren „Drahteseln“ teilnahmen.

Die Festprozession begann im Stadtzentrum und endete auf der Promenade an der Sonnenuhr, wo eine Festbühne aufgebaut worden war. Hier traten Vertreter der Regionalregierung und -verwaltung auf, aber auch Bürger und Gäste der Stadt. Am Musikprogramm „Rauschen – Stadt der Zukunft und der Talente“ nahmen Künstlergruppen aus der Region und aus Moskau teil.

20 Gondeln aus Charkow laden zur Mitfahrt ein

Denjenigen, die vor der Hitze unter die Kronen der großen Bäume geflüchtet waren, wurden eine „mittelalterliche Stadt und ein königlicher Jahrmarkt“ geboten. An den Festplätzen wurden Ritterspiele aufgeführt, antike Münzen und mittelalterliche Kostüme gezeigt und der Markt „Stadt der Meister“ bot neben Beispielen von Keramik auch Holzschnitzereien und Kunstwerke aus Rinde.

Doch neben der eigentlichen Feier erwartete die Gäste des Kurorts eine weitere Überraschung, die sie noch den gesamten Sommer über erfreuen wird: die Einweihung der neuen Seilbahn zum Strand. Sie befindet sich neben der Vorortzug-Station „Swetlogorsk 2“, an der die Züge aus Königsberg ankommen. Viele Jahre war die alte Drahtseilbahn die schnellste Möglichkeit, von der Steilküste an den Strand zu gelangen. Jedoch musste die Seilbahn vor ein paar Jahren geschlossen werden, weil sie nicht mehr als sicher galt und modernisiert werden musste. Dafür wurden 13 Millionen Rubel (rund 280 000 Euro) veranschlagt. Die Kurortleitung war davon ausgegangen, dass sie schon im Frühjahr dieses Jahres wieder in Betrieb gehen könnte, doch auf die Wiedereröffnung musste sie warten. Die ersten Gäste konnten die Seilbahn am „Tag der Stadt“ nutzen. Die 20 neuen Gondeln wurden im ukrainischen Charkow hergestellt. Für einen vollen Umlauf benötigen sie acht Minuten. So können in einer Stunde 200 Passagiere befördert werden. Am „Tag der Stadt“ war die Beförderung kostenlos. Eine Fahrkarte kostet ansonsten 25 Rubel (gut einen halben Euro).



Auf dem Weg zur Promenade mit der Seilbahn: Der Festumzug

Daneben gab es eine zweite Überraschung für die Kurortgäste. Während der gesamten Badesaison wird auf der Rauschener Promenade kostenloses Internet über Wifi geboten. Diejenigen, die es am Festtag bereits ausprobiert hatten, waren mit der Verbindung zufrieden. Man konnte am Strand viele Leute beobachten, die sich mit ihren Handys ins Netz eingeloggt hatten. Übrigens gibt es in den Sommermonaten auch in den Vorortzügen von Königsberg nach Cranz und Rauschen kostenloses Internet, so dass die Erholungssuchenden während ihrer Reise ans Meer nicht auf den Kontakt zum weltweiten Netz verzichten müssen. *J.T.*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es geht weiter mit dem Thema „Wolfskinder“, das in der letzten Folge in zwei Beiträgen über die Einweihung des neuen Holzkreuzes in Pogegen eingehend von berufener Seite behandelt wurde. Und weil sich dabei die letzten von den Frauen und Männern, die damals hungernd nach Litauen zogen und dort blieben, zu der Feier an ihrem alten „Brotweg“ eingefunden hatten, wurden auch ihre Schicksale wieder aufgerollt. Das wird unsere Leserin **Jutta M. La Pinta** aus Venice, Florida, wenn sie diese *PAZ*-Ausgabe in der Hand hält, sehr bewegen. Die in Königsberg Geborene hatte sich vor Kurzem an uns gewandt, um auf das Schicksal der Wolfskinder aufmerksam zu machen – aufgrund der hilfsbereiten Tätigkeit einer 87-jährigen Spenderin aus Florida, die trotz ihres hohen Alters unermüdlich dabei ist, ehemalige Wolfskinder in Litauen mit Hilfsmitteln zu versorgen. Keine Ostpreußin, sondern eine Sudetendeutsche, von der uns Frau Jutta M. La Pinta berichten will, denn durch die alte Dame wurde sie in direkter Weise mit dem Schicksal der Wolfskinder konfrontiert. Das geschah bei einem Besuch am heimischen Kaffeetisch, und was Frau **Anni Beidash** ihr zu berichten wusste und mit Fotos belegen konnte, erschütterte die Königsbergerin mit dem Mädchennamen **Nitsch**, denn „ich hätte auch so ein Wolfskind sein können“, wie sie schreibt – das Schicksal wollte es anders. Diese Begegnung hat Frau Jutta M. La Pinta so beeindruckt, dass sie sich mit einem ausführlichen Schreiben an die Landsmannschaft Ostpreußen wandte, um auf diese ganz persönliche Hilfsaktion aufmerksam zu machen. Dazu informierte sie mich persönlich über das Leben und Wirken der aus dem Sudetenland vertriebenen Seniorin.

Frau Anni Beidash sammelt Geld-, aber auch Sachspenden wie Medikamente oder Kleidung unter den Deutschen und Deutschstämmigen in Florida, um damit den Wolfskindern in Litauen das Leben zu erleichtern. Eine Hilfe, die direkt bei den Empfängern ankommt, denn bis vor Kurzem ist die alte Dame selber von Florida nach Litauen gereist – manchmal sogar zweimal im Jahr – und hat somit persönlichen Kontakt zu den von ihr Betreuten. Allerdings muss Frau Beidash in dieser Hinsicht jetzt etwas kürzer treten, nicht nur wegen ihres hohen Alters: Sie musste sich kürzlich einer Operation an der Wirbelsäule unterziehen, die solche beschwerlichen Reisen nicht mehr zulässt. Die letzte führte sie nach Essen zu ihrer Schwester, und von dort aus schickte sie die Hilfspakete nach Litauen. Das bedeutet aber noch lange nicht, dass Frau Beidash ihre karitative Tätigkeit aufgibt oder wenigstens reduziert, denn ohne diese selbst gewählte Aufgabe ist ihr Leben undenkbar. Da stellt sich die Frage: Wie kam die Sudetendeutsche überhaupt dazu, sich so intensiv um die Wolfskinder ostpreußischer Herkunft zu kümmern? Sie war in der damaligen DDR in einem Flüchtlingslager mit Ostpreußen zusammen und erfuhr durch diese von dem leidvollen Schicksal der Wolfskinder, das sie auch später beschäftigte, als für sie in Amerika ein neues Leben begonnen hatte. Ihre Hilfe nahm von Jahr zu Jahr immer größere Dimensionen an, so dass ihre Tätigkeit auch in Deutschland bekannt – und anerkannt wurde: Frau Anni Beidash erhielt vom Deutschen Konsulat in Chicago das Große Verdienstkreuz des Bundesverdienstordens als Dank für ihren Einsatz für die Ärmsten der Armen deutscher Herkunft. Keine Lorbeeren zum Ausruhen, im Gegenteil, diese Anerkennung spornte die Seniorin an, ihre Hilfsaktion weiterzuführen, die sie täglich voll in Anspruch nimmt. Wie Frau Jutta M. La Pinta schreibt: „Jetzt strickt sie warme Socken und kauft Winterkleidung ein, die ja hier in Florida schwer zu finden ist. Alles für die Pakete, die im Oktober in ihrer Garage verpackt und dann über Chicago in leeren Autos auf dem Seeweg nach Litauen verfrachtet werden. Das ist der billigste Versand.“ Dankesbriefe der Wolfskinder beweisen, wie diese tätige Hilfe bei ihnen ankommt. Ich gebe auf Anregung von Frau Jutta M. La Pinta gerne die Anschrift dieser außergewöhnlichen Frau weiter, denn vielleicht wollen sich Leserinnen und Leser, vor allem aus den USA, mit ihr in Verbindung setzen: Anni Beidash, 405 Waterside Lane, Nokomis, Fl. 34275, USA, Telefon 0001–941–966–9578.



Vergebliche Spurensuche in der Wildnis von Altsauswalde Bild: privat

Herzliche Grüße von der Ostpreußischen Familie gehen nicht nur an Frau Beidash, sondern auch an Frau Jutta M. La Pinta in Florida für ihre Berichte und auch für die Vorschläge, die sie für eine intensive Betreuung der Wolfskinder macht, die aber aufgrund der Gegebenheiten, unter denen die nun betagten Wolfskinder in Litauen leben, kaum realisierbar sein dürften. Wie man ihnen den Altersabend etwas leichter machen kann, wird in unserem heutigen Extra-Bericht behandelt. Ihr seht, lewe Landslied, die Wolfskinder haben uns voll im Griff!

Nun zu einem Suchwunsch, der persönlich an mich herangetragen wurde. Ich hatte Besuch von einer jungen Dame, Susan mit Namen, die von mir und der Ostpreußischen Familie gehört hatte und mir nun ihr Anliegen vortragen wollte, das sich aus ihrer Familiengeschichte ergibt. Und es war fast schon so wie bei einer richtigen Sippe, wenn ein bisher unbekanntes Mitglied auftaucht und man sofort nach den ersten Worten und Blicken eine gewisse Vertrautheit verspürt. Kein Wunder, denn **Susan Schröder** ist ostpreußischer Nachwuchs – von väterlicher Seite masurischer Herkunft, die mütterliche Linie weist in den Kreis Angerapp – und begeisterte Ostpreußin. Zweimal war sie schon im Land ihrer Vorfahren auf Spurensuche und kam jedes Mal mit einem Bündel ungeklärter Fragen zurück. Die sie mir nun in unserer Teestunde ausführlich unterbreitete und die ich an unsere Leserinnen und Leser – vor allem aus dem Kreis Angerapp – weitergeben muss, denn es handelt sich um ein sehr ortsgebundenes Problem, nämlich um das Heimatdorf ihrer Großeltern Altsauswalde.

Und damit tauchen schon die ersten Schwierigkeiten auf, mit denen viele Nachgeborene zu kämpfen haben, denn der Ort wurde 1938 umgetauft. Nicht nur er, sondern auch die Namen des Kirchspiels und der Kreisstadt. Hieß er früher Altsauskojen, Kirchspiel Dombrowken, Kreis Darkehmen, so lauteten die Namen nach der Umbenennung Altsauswalde, Kirchspiel Eibenberg, Kreis Angerapp. Da soll sich mal einer zurechtfinden! Susan Schröder gelang es doch, denn sie bekam einen Lageplan des Dorfes in die Hände, der von **Werner Wilkat** gezeichnet worden ist. Nach diesem liegt der 142 Einwohner zählende Ort zwischen dem noch kleineren Neusauswalde und dem immerhin 370 Seelen zählenden Kleinbeinuhnen. Das Schloss lässt grüßen! In diesem akribisch gezeichneten Lageplan sind die Namen aller Liegenschaften aufgeführt, und so fand Frau Schröder auch den Hof ihrer Großeltern: Förmer. So gerüstet, konnte Frau Schröder mit ihren Eltern eine Ostpreußenreise starten. Aber was auf der Karte so leicht zu finden war, erwies sich bei der realen Suche als schwierig, ja sogar aussichtslos. Der Ort ist zum großen Teil dem Erdboden gleich gemacht wie viele andere Ortschaften hier im Grenzgebiet zwischen der Republik Polen und der Russischen Föderation. Susan und ihre Mitsucher irrten in einer verwucherten Wildnis herum, und nur anhand einiger alter Obstbäume konnten sie vermuten, dass dies ehemaliges Siedlungsgebiet war. Nichts zeugte mehr von einem urbanen Leben. Einst standen die Höfe aufgereiht wie an einer Schnur an der Straße, die von der nahen Bahnlinie nach Groß Beynuhnen führte – so hatte es die Karte ausgewiesen. Die Heimat ihrer Großeltern war ausgelöscht. Das war ein schockierendes Erlebnis für die Suchenden.



Ruth Geede Bild: Pawlik

Aber die junge Zahntechnikerin lässt nicht nach, sie will wieder hin und gezielter suchen und hofft, dass ihr dabei ehemalige Nachbarn helfen – falls sich welche finden, denn die Einwohnerzahl war ja gering. Immerhin kann sie Namen nennen. Das Förmersche Anwesen war das erste von der Bahnlinie, ihm gegenüber lag das der Familie **Ellmer**. Der erste Nachbar in Richtung Ort war **Budszinski**, gefolgt von **Isigkeit/Albat**, nach dem Jagdhaus sind die Namen **Weißkämpfer**, **Hoffmann** und **Pieper** vermerkt, auf der anderen Straßenseite **Reich**, **Kerul**, **Lillgike** und **Grusdat** – so etwa sind die Namen auf der Lageplankopie zu lesen. Susan Schröder wäre froh, wenn sie mit diesen Nachbarn oder deren Nachkommen Verbindung aufnehmen könnte, um mehr über den Ort und ihre Familie zu erfahren. Ihr Großvater **Albert Förmer** stammte aus Altsauskojen, Großmutter **Herta**, *25. Juli 1914, war eine geborene **Weiß** aus Karlsfelde. Sie floh mit ihren beiden ältesten Kindern im Herbst 1944 in den Westen, wo sich nach der Rückkehr Albert Förmers aus sibirischer Gefangenschaft die Familie zusammenfand und noch eine Tochter **Gisela**, Susans Mutter, geboren wurde. Susan hatte zu ihrer Großmutter eine sehr enge Verbindung, aber leider erzählte Herta Förmer kaum etwas von ihrem früheren Leben. Dafür kochte sie echt ostpreußisch. Susan schwärmt noch immer von ihren „Tielkes“. Damit sind wohl unsere ostpreußischen Keilchen (Kielkes) gemeint. Die Enkelin hofft, dass sich durch diese Veröffentlichung vielleicht auch Bekannte der Familie Weiß finden, denn Großmutter Herta hatte noch drei Geschwister, **Berta**, **Otto** und **Richard**. Wollen mal sehen, ob und gegebenenfalls welche Reaktionen es aus unserem Familienkreis gibt. Ich hoffe für und mit Susan, dieser so engagierten Ostpreußin aus der Enkelgeneration. (Susan Schröder, Waldstraße 29a in 63526 Erlensee, Telefon 0174/1689098.)

Es ist immer erfreulich, wenn die Nachkommen sich melden, so auch in einem Fall, der bereits zwei Jahre zurück liegt. In der *PAZ* Folge 33/2012 veröffentlichten wir die Suche von Frau **Jeanette Christel Berry Heath** nach Herrn **Heinz Scharmacher**, der vor längerer Zeit ein Klassenfoto aus Alt-Heidendorf an das *Ostpreußenblatt* gesandt hatte. Sie hatte nämlich auf dem Bild ihre Mutter **Christel Mattke** erkannt und wollte nun Kontakt zu dem Einsender aufnehmen. Leider kam diese Suchanzeige erst vor Kurzem in die Hände seines Sohnes, der nun zu seinem Bedauern mitteilen muss, dass sein Vater nicht mehr lebt: Heinz Scharmacher verstarb 2005 in Lenzkirch. Seine Wohnanschrift war in der Suchanzeige angegeben. Auch der Sohn ist unter dieser zu erreichen, wenn Frau Christel Berry Heath mit ihm in Verbindung treten will. „Ich stehe für meinen Vater als Kontaktperson zur Verfügung“, schreibt Herr **Martin Scharmacher**. „Natürlich weiß ich nicht so viel Bescheid über die damalige Zeit in Alt-Heidendorf und über die Bekanntschaften meines Vaters, doch wenn es um allgemeine Fragen geht, könnte ich möglicherweise Kontakt zu Zeitzeugen vermitteln“.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Unseren Wolfskindern den Lebensabend erleichtern

Nicht nur mit finanziellen Mitteln – die persönliche Zuwendung ist wichtig

Wenn das Thema „Wolfskinder“ angesprochen wird, wie von Frau **Jutta M. La Pinta** aus Florida, dann kann das nicht in wenigen Zeilen behandelt werden, zumal es ersichtlich wird, dass über diese heute noch in Litauen lebenden Frauen und Männer deutscher Abstammung viel zu wenig bekannt ist. Obgleich wir immer wieder über ihre zumeist ungeklärten Schicksale berichteten und versuchten, sie bei der Suche nach ihrer deutschen Herkunft zu unterstützen, stößt man noch weitgehend auf Unkenntnis über diese – unsere! – Landsleute, die nach dem Zusammenbruch als elternlose Kinder bettelnd durch Litauen zogen und dort zumeist auf einsamen Höfen Aufnahme fanden. Sie kamen aus Ostpreußen, die meisten aus dem Raum Königsberg, hatten noch Erinnerungen, manche besaßen noch ein Foto, einen Zettel mit ein paar Namen und Daten – aber was nützte es? Ich habe unsere Mitarbeiterin **Anita Motzkus** gebeten, einige Informationen zusammenzustellen, denn sie selber steht seit Jahren mit einigen Wolfskindern in Verbindung, ebenso wie mit ihren Helfern, über die kaum etwas bekannt ist:

„Als die Wolfskinder sich nach der Öffnung der osteuropäischen Grenzen zusammenfanden und wir aus dem Westen sie nun besuchen konnten, zählten wir Anfang/Mitte der 90er Jahre etwa 300 Wolfskinder aus Litauen. Heute sind es 75! Die Zeit fordert eben ihren Tribut. Leider hat Frau La Pinta recht: Der deutsche Staat tut nichts für unsere Wolfskinder. Im Laufe der Jahre sind beispielsweise verschiedene Petitionen im Deutschen Bundestag immer wieder abgeschmettert worden, weil die Wolfskinder in keine ‚Entschädigungskategorie‘ passen. Das ist sehr bitter, und die Wolfskinder fühlen sich vergessen von ihrem ‚Vaterland‘, wie sie sagen. Da sie keinerlei staatliche Hilfe erhalten, sind etliche private Hilfsaktionen ins Leben gerufen worden. In erster Linie hat sich der jetzige Honorarkonsul für Litauen **Wolfgang Freiherr von Stetten** große Verdienste um das Wohl unserer Wolfskinder erworben. Er half ihnen nicht nur bei ihrer Identitätsfindung und Angehörigensuche, sondern startete eine große Spendenaktion ‚Hilfe für die Wolfskinder‘. Mit großartigem und dauerhaftem Erfolg, denn es wurden beispielsweise viele Patenschaften übernommen. Seit 2007 erhalten die Wolfskinder in Litauen einen monatlichen Betrag aus dieser Aktion, mit dem sie rechnen können. Herr von Stetten sorgte dafür, dass jedes Wolfskind ein eigenes Bankkonto bekommen und somit auch eine gesellschaftliche Aufwertung erhalten konnte. Darüber hinaus ist die gute Zusammenarbeit mit dem litauischen Staat sicherlich auch sein Verdienst, und dass die Wolfskinder seit einigen Jahren von staatlicher Seite eine kleine Sonderrente erhalten. In Litauen ist alles sehr teuer geworden. Die nun alt und leidend gewordenen Wolfskinder brauchen für ihre teuren Medikamente viel Geld, das sie selbst aufbringen müssen. Sie haben es nach wie vor sehr schwer und sind sehr auf finanzielle Unterstützung angewiesen.“

Natürlich half und hilft die Landsmannschaft Ostpreußen. Abgesehen von der Hilfestellung für die Wolfskinder, die in die Bundesrepublik umsiedeln wollen, wobei große bürokratische Hürden zu beseitigen waren, ruft die Landsmannschaft in der *PAZ* zu Spenden für die „Bruderhilfe“ und „Wolfskinder“ auf, und in jedem Jahr bekommen die Wolfskinder einen schönen Betrag zu Weihnachten. Auch einige Heimatkreisgemeinschaften halten Kontakt zu den aus ihrem Kreis stammenden Wolfskindern, der für diese sehr wichtig ist. Die persönlichen Verbindungen tragen mehr als manche materielle Zuwendung dazu bei, dass sich die Wolfskinder nicht ausgeschlossen fühlen. Das bekommen die Helfer zu spüren, die ihre Spenden selber überbringen. Wie Herr Brandes aus Hann. Münden, der mit seinen Mithelfern **Manfred Schweinehagen** und **Lothar Servaty** vom „Deutsch-Baltischen Freundeskreis“ erst kürzlich in die Republik Litauen reiste, um sich in der Stadt Schaulen (Siauliai) mit acht Wolfskindern und ihren Angehörigen zu treffen. **Bernd Brandes** ist kein Ostpreuße. Als er vom Schicksal der Wolfskinder hörte, engagierte er sich sofort als privater Förderer. Direkte Kontakte entstanden, als vor drei Jahren eine Gruppe Wolfskinder auf Einladung von Wolfgang von Stetten in die Bundesrepublik Deutschland kam und auch Hann. Münden besuchte. Diese Kontakte festigten sich zu freundschaftlichen Verbindungen, die sich auch in einer großartigen Spendenaktion zeigte: So konnten Herr Brandes und seine Mithelfer jetzt 75 Umzugskartons mit hochwertiger Kleidung und Haushaltsartikeln, von den Bürgern ihrer Stadt gespendet, an die Diakonien in Memel und Heydekrug versenden. Die drei Helfer ziehen nach ihrer jüngsten Litauenreise – nicht ihrer letzten, denn im kommenden Jahr ist eine erneute Reise nach Litauen und Lettland geplant – ein erfreuliches Fazit: „Die bewegenden freundschaftlichen Verbindungen und die Dankbarkeit für die übergebenen Geschenke und Spenden sind für den Deutsch-Baltischen Freundeskreis aus Hann. Münden Ansporn, sich weiterhin durch Spenden zu engagieren und die bestehenden Bindungen aufrecht zu erhalten und zu vertiefen.“

Zum Schluss eine Nachricht, die uns erfreut aber auch nachdenklich stimmt: Von litauischer Seite ist man gewillt, auf das Schicksal der Wolfskinder aufmerksam zu machen, wie aus einem Schreiben des Kulturattachés der Botschaft der Republik Litauen an die Landsmannschaft Ostpreußen hervorgeht. Es sind mehrere Veranstaltungen für diese Dokumentation geplant, darunter auch eine Wanderausstellung über die Vitae der Kinder aus Ostpreußen, über ihre tragischen Schicksale und Wandergeschichten während der Kriegs- und Nachkriegszeit. Die Landsmannschaft ist als Projektpartner gewünscht. Dies als erste Information für unsere Leserschaft. *R.G.*



ZUM 109. GEBURTSTAG

Robatzek, Auguste, geb. **Schwarmer**, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 25. Juli

ZUM 103. GEBURTSTAG

Czichowski, Wilhelm, aus Ruttkau, Kreis Ortelsburg, am 20. Juli

ZUM 100. GEBURTSTAG

Piepereit, Emma, aus Lyck, am 20. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Göbel, Christel, geb. **Schulz**, aus Lyck, Hindenburgstraße 40, am 24. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Nikoleyczik, Gertrud, geb. **Kaleyka**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 19. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hein, Christel, aus Königsberg-Ponath, am 20. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Nadrowski, Ana, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 23. Juli
Petzold, Elly, geb. **Skerra**, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 22. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Schultze, Grete, geb. **Mitzkat**, aus Georgenheide, Kreis Elchniederung, am 19. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Baltrusch, Walter, aus Lyck, Soldauer Weg 11, am 19. Juli
Bräunig, Elli, geb. **Acktun**, aus Schillenberg, Kreis Wehlau, am 21. Juli
Felke, Helene, geb. **Kaminski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 23. Juli
Heyduck, Alfred, aus Treuburg, am 25. Juli
Kurtz, Edeltraut, geb. **Liebich**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 23. Juli
Lehmann, Elfriede, geb. **Bartoschewitz**, aus Lyck, Blücherstraße 5, am 19. Juli
Litzbarski, Lene, geb. **Cybulla**, aus Groß Schläfken, Kreis Neidenburg, am 25. Juli
Niewind, Adelheid, geb. **Schwabe**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 19. Juli
Sauer, Erika, geb. **Gottschling**, aus Kirpehnen, Kreis Samland, am 25. Juli
Weiß, Elfriede, geb. **Bartels**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 24. Juli
Wellerdt, Lydia, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 20. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Andersch, Gisela, geb. **Knorr**, aus Friedrichstein, Kreis Samland, am 21. Juli
Griesel, Emmi-Wanda, geb. **Brussas**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 25. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Hansen, Hedwig, geb. **Pichlo**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 19. Juli
Jortzick, Hildegard, aus Mulden, Kreis Lyck, am 20. Juli
Kähler, Bernhard, aus Kahlholz, Kreis Heiligenbeil, am 25. Juli
Mäckle, Irmgard, geb. **Pallasch**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli
Paech, Herta, geb. **Gronski**, aus Klein-Steegen, Kreis Preußisch-Eylau, am 23. Juli
Paeger, Franz, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 23. Juli
Podufal, Erna, geb. **Rogalla**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 20. Juli
Riecken, Hildegard, geb. **Glaubitt**, aus Steintal, am 23. Juli
Schellong, Günther, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli
Schimnossek, Elisabeth, aus **Willkassen**, Kreis Treuburg, am 25. Juli
Strodt, Ursula, geb. **Ruhnau**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli
Wagner, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. Juli
Wasilewski, Mathilde, geb. **Kaminski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 23. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Dotzki, Helmut, aus Jarken, Kreis Treuburg, am 19. Juli
Finneisen, Gertrud, geb. **Kowalewski**, aus Sprindenau, Kreis Lyck, am 20. Juli
Fischer, Irmgard, geb. **Szendeleit**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 19. Juli
Jenrich, Christel, geb. **Raddek**, aus Königsberg, am 14. Juli
Marzischewski, Heinz, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 23. Juli
Menzemer, Lieselotte, geb. **Karaschewski**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 22. Juli
Niebler, Gertrud, geb. **Ryck**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 21. Juli
Potreck, Wolfgang, aus Rauschen, Kreis Samland, am 25. Juli
Rueckwart, Wolfgang, aus Corben, Kreis Samland, am 23. Juli
Schuba, Hildegard, geb. **Reetz**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 24. Juli
Walter, Margarete, geb. **Silen**, aus Taplacken, Kreis Samland, am 20. Juli
Wohlers, Barbara, geb. **Wiemer**, aus Schurfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 23. Juli
Zabel, Margarete, geb. **Krüger**, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 25. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Büttner, Heinz, aus Neidenburg, am 21. Juli
Bratka, Walter, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 25. Juli
Czycholl, Arno, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 22. Juli
Ehresmann, Helmut, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 20. Juli
Gast, Ursel, geb. **Walendy**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 23. Juli
Gierz, Eleonore, geb. **Zintarra**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli
Gohlke, Erna, geb. **Rykowski**, aus Wagenfeld, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Grabow, Ilse, geb. **Schilter**, aus Safronken, Kreis Neidenburg, am 20. Juli
Grön, Edith, geb. **Glomb-Bremer**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 24. Juli
Holm, Christel, geb. **Kaschke**, aus Marienburg, und aus Milken, Kreis Lötzen, am 20. Juli
Kaminski, Otto, aus Groß Tauersee, Kreis Neidenburg, am 22. Juli
Kasper, Johanna, geb. **Lau**, aus Oelde, Kreis Königsberg, am 21. Juli
Liebing, Gerda, geb. **Paragnik**, aus Treuburg, am 20. Juli
Mülling, Edith-Maria, geb. **Ludwandowski**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 3, am 20. Juli
Niederbröker, Margot, geb. **Wachowski**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 24. Juli
Prinz, Heinz, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 23. Juli
Puszies, Lisbeth, aus Lötzen, am 20. Juli
Sauer, Elsa, geb. **Fischer**, aus Aschersleben, Kreis Neuhausen, am 19. Juli
Schnuchel, Christel, geb. **Zuehlsdorff**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 23. Juli
Schultz, Edelgard, geb. **Malessa**, aus Ortelsburg, am 25. Juli
Sprinkmeier, P. Adalbert, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 22. Juli
Stalling, Herbert, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 20. Juli
Vollstedt, Hilda, geb. **Szameit**, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 20. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bacher, Dora, geb. **Belgart**, aus Stehlau, Kreis Schloßberg, und aus Schönwiese, Kreis Preußisch Eylau, am 21. Juli
Bendiks, Eva, geb. **Huck**, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 24. Juli
Bondzio, Heinz, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 22. Juli
Dorka, Walter, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli
Glass, Horst, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 24. Juli
Grabowski, Gundula, geb. **Godau**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 24. Juli
Heckt, Elli, geb. **Hauswald**, aus Rantau, Kreis Samland, am 19. Juli
Hochgräbe, Ingrid, geb. **Marquardt**, aus Rothebude, Kreis Treuburg, am 22. Juli
Klein, Herta, geb. **Kendziorra**, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, am 25. Juli
Kösterke, Hannelore, geb. **Riech**, aus Neidenburg, am 24. Juli
Malow, Elfriede, geb. **Christochowitz**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 22. Juli
Minuth, Elisabeth, geb. **Albrecht**, aus Wehlau, am 25. Juli
Oehme, Gisela, geb. **Hinkel**, aus Lötzen, am 21. Juli
Peters, Elisabeth, geb. **Brandtner**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 25. Juli
Pscolla, Helmut, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 20. Juli
Rubarth, Friedlinde, geb. **Spitzenpfeil**, aus Neidenburg, am 19. Juli
Stobinski, Margarete, geb. **Jeworutzki**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli
Thiel, Cäcilie, geb. **Zeug**, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Juli
Winkler, Irmgard, geb. **Hübner**, aus Uggehnen, Kreis Samland, am 20. Juli
Wirsbinna, Edith, geb. **Kaliski**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 22. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bechtel, Ursula, geb. **Viehöfer**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 25. Juli
Bodem, Ulrich, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 19. Juli
Fuchs, Rita, geb. **Dittrich**, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 21. Juli
Gerowitz, Ingrid, geb. **Kiy**, aus Waplitz, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli
Gräwe, Gerda, geb. **Parodat**, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 21. Juli
Holl, Alfred, aus Ebenrode, am 21. Juli
Junker, Gertaud, geb. **Lumma**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 25. Juli
Karbautzki, Gerhard, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 22. Juli
Köppen, Brigitte, geb. **von Kalnassy**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 21. Juli
Koschorr, Helmut, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Juli
Kugland, Reinhard, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 20. Juli
Mech, Hans-Jürgen, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 25. Juli
Naber, Gertrud, geb. **Zilz**, aus Dräwen, Kreis Ebenrode, am 25. Juli
Niedrich, Renate, geb. **Maschinowski**, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, am 24. Juli
Ohge, Irene, geb. **Oprotkowitz**, aus Groß Retzken Kreis Treuburg, am 20. Juli
Reimnitz, Erika, geb. **Lukat**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 21. Juli
Riemke, Werner, aus Sannen, Kreis Ebenrode, am 24. Juli
Seiche, Helga, geb. **Scharfschwerdt**, aus Hohenfürst, Kreis Heiligenbeil, am 23. Juli
Truszczynski, Christine, geb. **Huhn**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 21. Juli
Wichmann, Sigrid, geb. **Krause**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 19. Juli
Zander, Dörthe Martha, aus Wehlau, am 20. Juli



Plotzki, Günter, aus Ortelsburg, und Ehefrau Karin, geb. **Plettner**, aus Hamburg, am 24. Juli



Pukrop, Herbert, aus Stettenbach, Kreis Lyck, und Ehefrau Gisela, geb. **Rath**, am 25. Juli
Romekat, Horst, aus Ritterswalde, Kreis Schloßberg, und Ehefrau Elke, geb. **Michael**, aus Meklenburg, am 17. Juli

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Ospreußisches Landesmusem: Dienstag, 4. bis 8. August, täglich von 13:30 bis 16:30 Uhr, Kosten: 150 Euro (inklusive. Material): Sommerakademie für Jugendliche und Erwachsene mit der Künstlerin Elena Steinke. **„Stadtansichten - Die Kunst der Zeichnung“.** Unter allen Ausdrucksformen auf dem vielfältigen Gebiet der Bildenden Kunst ist die Zeichnung eine der ältesten. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Rechtzeitige Anmeldung unter Telefon (04131) 759950. wird dringend empfohlen.

Das Ostpreußische Landesmuseum wird in diesem Jahr umgebaut. Voraussichtlich ab Juli werden einige Abteilungen der Dauerausstellung nur noch begrenzt zugänglich sein. Ab Oktober 2014 wird das Museum für mehrere Monate geschlossen. Diese Zeitangaben sind ohne Gewähr. Bitte beachten Sie Neuigkeiten zur Bautätigkeit auf der Museums-Webseite. *OL*

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 19. Juli, 5.00 Uhr, Arte: Sie waren die Terroristen der Roten Brigaden. Dokumentation, F 2011.
SONNABEND, 19. Juli, 11.30 Uhr, NDR: Geheimnisvolle Orte: **Hitlers Schloss in Schlesien.**
SONNABEND, 19. Juli, 14.30 Uhr, Einsfestival: Geheimnisvolle Orte: Das Stammheimer Gefängnis.
SONNABEND, 19. Juli, 19.30 Uhr, ZDFinfo: Stauffenberg – Die wahre Geschichte. Dokumentation, D 2011.
SONNABEND, 19. Juli, 20.15 Uhr, ARD-alpha: Gewaltfrieden – Die Legende vom Dolchstoß und der Vertrag von Versailles (1/2). Dokumentarspiel, D 2009.
SONNABEND, 19. Juli, 23.15 Uhr, ZDFinfo: Die Frauen des 20. Juli. Die Schicksale der Attentäter-Familien. Dokumentation, D 2008.
SONNABEND, 19. Juli, 0.05 Uhr, ZDF: Der 20. Juli. Politdrama, D 1955.
SONNTAG, 20. Juli, 18.30 Uhr, 3sat: Museums-Check mit Markus Brock: Militärhistorisches Museum, Dresden.
SONNTAG, 20. Juli, 15.15 Uhr, NDR: Norddeutsche Dynastien: Otto – Mit dem Katalog zum Erfolg.
SONNTAG, 20. Juli, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Stunde der Offiziere. TV-Dokudrama, D 2004.
SONNTAG, 20. Juli, 20.15 Uhr, tagesschau24: Offiziere gegen Hitler (1/3): Verschwörung der ersten Stunde.
SONNTAG, 20. Juli, 21.00 Uhr, SWR/SR: Stauffenberg 1944 – Eine Spurensuche.
SONNTAG, 20. Juli, 21.00 Uhr, ARD-alplha: **Geheimnisvolle Orte: Die Wolfsschanze.** Geschichtsdoku.
SONNTAG, 20. Juli, 21.02 Uhr, tagesschau24: Offiziere gegen Hitler (2/3): Aufstand des Gewissens.
SONNTAG, 20. Juli, 21.45 Uhr, tagesschau24: Offiziere gegen Hitler (3/3): Staatsstreich im Untergang.
SONNTAG, 20. Juli, 22.30 Uhr, SWR/SR: Stauffenberg – 20. Juli 1944. TV-Politdrama, D/A 2004.
SONNTAG, 20. Juli, 23.10 Uhr, ARD-alpha: Der Baron und die Bombe – Sprengstoff für den 20. Juli.
SONNTAG, 20. Juli, 23.30 Uhr, Bayern: Es geschah am 20. Juli. Politdrama, D 1955.
SONNTAG, 20. Juli, 23.40 Uhr, ARD-alpha: Otto und Erich Schott – Glas für die ganze Welt. Dokumentation.
SONNTAG, 20. Juli, 0.00 Uhr, Das Erste: Der Untergang. Historiendrama, D 2004.
MONTAG, 21. Juli, 21.45 Uhr, 3sat: Mandelas Erben – Südadrikas gescheiterte Revolution. Dokumentation.
MONTAG, 21. Juli, 0.05 Uhr, ZDFinfo: Der Bunker – Hitlers Ende. Dokumentation, D 2005.
DIENSTAG, 22. Juli, 20.15 Uhr, ZDF: Königliche Dynastien: Die Habsburger.
DIENSTAG, 22. Juli, 20.15 Uhr, Arte: Zeitbombe Steuerflucht – Wann kippt das System? Dokumentarfilm, F 2012.
DIENSTAG, 22. Juli, 20.15 Uhr, ZDFkultur: Emma. Verfilmung des gleichnamigen Romans von Jane Austen, GB/USA
DIENSTAG, 22. Juli, 23.30 Uhr, RBB: **Schlesische Bäderreise.**
DIENSTAG, 22. Juli, 0.15 Uhr, RBB: Schlesische Märchenschlösser.
DIENSTAG, 22 Juli, 2.10 Uhr, Arte: Das Geheimnis des Bienensterbens. Dokumentarfilm, F/CDN 2010.
DIENSTAG, 22 Juli, 2.15 Uhr, BR: Faszination Wissen: Diabetes – Die selbst gemachte Krankheit?
MITTWOCH, 23. Juli, 13.05 Uhr, N24: Die Geschichte der Trans-all. Dokumentation, D 2012.
MITTWOCH, 23. Juli, 16.30 Uhr, Steuerfrei – Wie Konzerne Europas Kassen plündern.
MITTWOCH, 23. Juli, 18.00 Uhr, ZDFinfo: Standing Army – Die geheime Strategie der US-Militärbasen.
MITTWOCH, 23. Juli, 18.45 Uhr, ZDFinfo: Als Feuer vom Himmel fiel – Der Bombenkrieg in Deutschland. Dokumentation, D 2009.
MITTWOCH, 23. Juli, 20.45 Uhr, MDR: Sie dürfen nicht sterben! – Bienen in Not.
MITTWOCH, 23. Juli, 23.40 Uhr, ZDFinfo: Die Kinder der sexuellen Revolution – Freie Liebe und ihre Folgen.
DONNERSTAG, 24. Juli, 18.00 Uhr, ZDFinfo: Der heilige Krieg: Terror für den Glauben. Dokumentation, D 2011.
DONNERSTAG, 24. Juli, 20.15 Uhr, 3sat: Gefährliche Geheimnisse – Wie USA und EU den Freihandel planen.
DONNERSTAG, 24. Juli, 22.10 Uhr, n-tv: Monstrum aus Stahl – Der Panzer. Dokumentation, D 2013.
DONNERSTAG, 24. Juli, 0.00 Uhr, tagesschau24: Entführung auf hoher See – Somalische Piraten und der Fall MV Taipan.
DONNERSTAG, 24. Juli, 0.20 Uhr, NDR: Das Ende des Politbüros (2/2): Der Zusammenbruch. Dokumentation, D 2009.
FREITAG, 25. Juli, 19.00 Uhr, ARD-alpha: Alois Alzheimer – Verloren im Vergessen (1/3): Lehrjahre. Porträt.
FREITAG, 25. Juli, 22.30 Uhr, ZDFinfo: Aufgedeckt: Mysterien der Geschichte: **Das Bernsteinzimmer.**

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Sonntag, 20. Juli: Kleines Ostpreußentreffen 2014 auf Schloss Burg bei Solingen, Beginn 11 Uhr, Kundgebung 14 Uhr. Der BJO nimmt mit einem Infostand und dem beliebten „Café Lorbaß“ teil. Weitere Informationen im Netz: http://www.ostpreussen-nrw.de/Div/Schloss-Burg-2014/index.htm

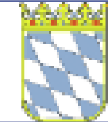


BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Stuttgart – Dienstag, 5. August, 17 Uhr, Schlossplatz, Gedenktafel: Charta-Feier. Die Gruppe bittet um zahlreiche Teilnahme.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 19. Juli, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen. Am 16. August ist die Zusammenkunft nicht in den Ulmer Stuben geplant, sondern im Café Schubert.



BAYERN

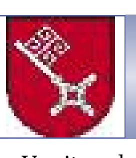
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken/Ansbach – Sonnabend, 19. Juli, 16 Uhr: Sommerfest bei Familie Reimke in Weihenzell mit Grillen. Für Musik und Getränke wird gesorgt. Alle sind herzlich eingeladen. Ein Fahrdienst wird geplant.

München – Sonnabend, 26. Juli, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Vortrag von Gisela Holz „Der Weißstorch in Ostpreußen“. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel.

Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

Nürnberg – Dienstag, 22. Juli, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser (Endstation U1): Das Treffen in Kassel, eine Nachlese. Gäste und Freunde Ost-Westpreußens sind herzlich willkommen.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertretende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremerhaven (Elbing) – Protokoll des Heimatnachmittags (mit Grillen) der Landsmannschaft Ost-/Westpreußen und Heimatkreis Elbing am 27. Juni im Barlachhaus mit 31 Anwesenden, darunter einige Gäste, Die Vorsitzende Marita Jachens-Paul begrüßte die Anwesenden, ganz besonders jedoch die Malerin Inge Kies mit ihrer Begleiterin Elisabeth sowie die Schwester des verstorbenen Mitglieds Werner Wedell und Begleitung. Sie entschuldigte die Mitglieder, die krankheitsbedingt nicht am Heimatnachmittag teilnehmen konnten und wünschte allen baldige Genesung. Seit dem letzten Heimatnachmittag hatten drei Mitglieder Geburtstag, denen herzlich gratuliert wurde. Vor kurzem ist das Mitglied Maria Tesch unerwartet verstorben. Die Vorsitzende erinnerte an ein Sprichwort „Das Leben ist eine Reise und kein Wartesaal“; die Anwesenden erhoben sich der Verstorbenen zu Ehren von ihren Plätzen und sangen das Ostpreußenlied. Vor dem Grillen bedankte sich die Vorsitzende herzlich bei den drei Damen Stefanie Flotow, Inge Kück und Ella Till für die gespendeten drei Kartoffelsalate. Ab 15.15 Uhr wurden dann die von Klaus Eichholz und Wolfgang Paul gebratenen Würstchen verteilt. Während des Essens las Stefanie Flotow das „Erntewiegenlied“ von Ruth Geede sowie das Gedicht „Heimweh“ von Eva Maria Sirowatka. Marita Jachens-Paul kündigte eine Ausstellung über Elbing im Oktober an, zu deren Vorarbeiten der Vorstand in der nächsten Zeit zusammenkommt. Im Juli und August finden keine Heimatnachmittage statt. Barbara Sandmann las die Kurzgeschichte „Von den Lebensphasen eines Menschen“. Jachens-Paul schloss die Versammlung um 16.10 Uhr und erinnerte an das Erntedankfest am 26. September, zu dem sie alle Anwesenden herzlich einlud.

TERMINE DER LO

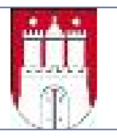
Jahr 2014

19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
18. Oktober: 7. Deutsch-Russisches Forum im Königsberger Gebiet (geschlossener Teilnehmerkreis).
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
1./2. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont.
3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2015

7./8. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter, Bad Pyrmont.
11./12. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
20. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.



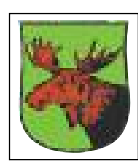
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

Herzlich willkommen zum Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Hamburg e.V. – Kulturreferat. Auskunft und Organisation: Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784. Am Sonnabend, 19. Juli, von 14 bis 17 Uhr, Einlass ab 13 Uhr im Restaurant Lackemann, Litzowstieg 8, 22041 Hamburg (Wandsbek), Parkplatz Quarree, Parkhaus P2. Ein Programm mit dem LAB-Chor, Lesungen und Geschichten zum Schmunzeln. Sehr gut zu erreichen mit der U1 und Bussen. Von U1- und Busbahnhof Wandsbek-Markt sind es nur wenige Gehminuten. Wenn Sie von der Wandsbeker Marktstraße den Durchgang „Hinterm Stern“ zwischen Quarree und Hotel Tiefenthal durchgegangen sind, sehen Sie bereits das Restaurant Lackemann. – Sonnabend, 26. Juli, 10.30 bis 16 Uhr, Stadthalle Winsen (Luhe), Luhdorfer Straße 29, 21423 Winsen, Telefon (04171) 73118: Ostpreußentreffen 2014. Programm siehe unter Kreisgemeinschaft Schloßberg/Pillkallen.

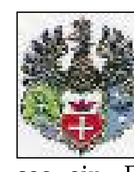
KREISGRUPPE



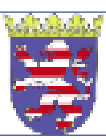
Elchniederung – Mittwoch, 30. Juli, 14 Uhr, Haus Lackemann, Hamburg-Wandsbek: Treffen der Gruppe zu einem fröhlichen Sommernachmittag mit gemeinsamen Erinnerungen, Vorträgen und Liedern. Gäste sind herzlich willkommen.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



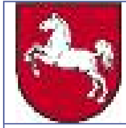
Königsberg – Dienstag, 12. August: Die Gruppe lädt herzlich zu ihrem Sommerausflug an die Ostsee ein. Besuch des Vogelparks Niendorf/Timmendorfer Strand. Mittagessen, Sapziegang an der Ostsee, Kaffeetrinken. Kosten zirka 45 Euro. Abfahrt 9 Uhr, Hamburg-Moorweide. Gäste sind herzlich willkommen. Anmeldungen bitte baldmöglichst an Brigitte Reimer, Telefon (040) 873495.



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Wetzlar – Bericht – Ostpreußen ist auch bei Nicht-Ostpreußen unvergessen. Der Rheinländer Rudolf Virnich hat sich unlängst auf die Suche nach Spuren seines Evakuierungsaufenthalts in der deutschen Ostprovinz begeben und darüber in der Wetzlarer Landsmannschaft während ihres Monatstreffs im Juni berichtet. Angesichts zunehmender Bombardierungen westdeutscher Städte hatte es Virnichs Familie 1942 nach Spechtsboden im ostpreußischen Kreis Goldap verschlagen. Als er mit seinem Bruder nach der politischen Wende im Ostblock das schöne Land wieder besuchte, sei er unversehens in ein militärisches Sperrgebiet geraten. Das einst anheimelnde Spechtsboden sei dem Erdboden gleich gemacht worden, lediglich das Wohnhaus des Gehöfts, in dem sie damals untergekommen seien, sei erhalten geblieben und habe dem polnischen Kommandanten des Sperrgebiets als Domizil gedient. „Die Stallungen und Scheunen waren abgerissen“, vermerkte der spätere stellvertretende Leiter der Wetzlarer Kestnerschule bitter. Auch die Dörfer in der Umgebung seien verschwunden. Die Steine der abgerissenen Häuser seien zum Wiederaufbau der stark zerstörten Kreisstadt verwendet worden. „Selbst die steinernen Grabumrandungen und Grabsteine auf dem Friedhof wurden mitgenommen“, beschrieb Virnich die Notzeit Polens nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Nach der Zuordnung der Grenzregion zu Russland habe sich der Wald der nahe gelegenen Rominter Heide die fruchtbaren Ackerflächen wieder „zurückgeholt“. Das Bruch (Torfmoorgebiet) sei vollkommen versumpft, weil man den früheren Entwässerungsgraben in den Goldaper See nicht freigehalten hat, schilderte Virnich den Zustand der Natur bei seinem Besuch. Das Nordufer des Sees habe er nur noch zugewachsen vorgefunden. Bei einer Begegnung mit seiner Spechtsbodener Schulkameradin Eva im niedersächsischen Springe habe er bei seiner Spurensuche das Schicksal seiner damaligen Gastgeber erfahren. Auf ihrer Flucht nach Westen seien sie schon bald von den Russen eingeholt und überrollt worden. „Die noch arbeitsfähigen Frauen und Männer wurden nach Sibirien verschleppt, die Kinder wurden in Heimen zusammengesteckt, wenn sie jetzt ohne Angehörige waren“, hatte ihm die Tochter der Wirtsleute berichtet. „Was übrig bleibt von dem einst schönen Land und seinen Menschen, ist für mich die Erinnerung an die wohl schönste Zeit meiner Kindheit“, fasste Virnich seine Spurensuche zusammen.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 23. Juli, Stadtparkrestaurant: Das Treffen fällt aus. Das nächste Treffen findet am 27. August statt.

Osnabrück – Dienstag, 29. Juli, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.





NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal, 1. Etage: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft. – Donnerstag, 17. Juli, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Sonntag, 20. Juli, 11 Uhr: Ostpreußentreffen auf Schloss Burg. – Donnerstag, 31. Juli, 9.30 Uhr: Tagesausflug nach Burg Brüggen und Kamp-Lintfort.

Gütersloh – Sonntag, 20. Juli: Fahrt nach Schloss Burg. Auf Wunsch der Mitglieder findet eine Busfahrt zum „kleinen Deutschlandtreffen“ auf Schloss Burg bei Solingen statt. Anmeldung bei Blocks, Telefon (05241) 34841 oder Bartniks, Telefon (05241) 29211. Abfahrt ab 10 Uhr. Sollten sich nicht genügend Interessierte finden, besteht die Mitfahrgelegenheit mit der Bielefelder Gruppe. Informationen bei Gertrud Riede, Telefon (05202) 5584. Abfahrt ist um zirka 10 Uhr ab Parkplatz Autobahn/Verler Straße. Der Fahrpreis liegt zwischen 15 und 20 Euro abhängig von der Personenzahl. Zusteigemöglichkeiten: 10 Uhr Kahlerplatz/Ecke Magnolienweg, 10.05 Uhr Marktplatz/Haltestelle Friedich-Ebert-Straße, 10.10 Uhr B 61/Ecke Grenzweg, 10.15 Uhr Café Raschke, 10.20 Uhr Gaststätte Roggenkamp, 10.25 Uhr Verler Straße/Mercedes-Händler, 10.30 Uhr Verler Straße/Markant Supermarkt.

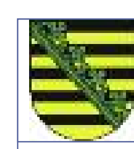
Witten – Montag, 21. Juli, 15 Uhr: Schiffsfahrt mit der Schwalbe – fröhlicher Nachmittag.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

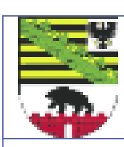
Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

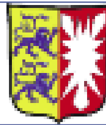
Leipzig – Junitreffen – Rund 200 Heimatfreunde und Gäste aus Leipzig und von außerhalb waren am 21. Juni zu der Kultur- und Heimatveranstaltung gekommen, die vom BdV-Kreisverband gemeinsam mit den Kreisgemeinschaften Fischhausen, Labiau und Wehlau durchgeführt wurde. Nach der Begrüßung durch die Vorsitzenden Grashoff und Peter Wolf folgte ein Gedenkgottesdienst mit Pfarrer Leistner von der Versöhnungsgemeinde Gohlis, der den Begriff „Heimat“ zum Thema hatte. Der Kreisvorsitzende Wolf ging in seiner Rede auf die aktuelle Tagespolitik ein und wies darauf hin, dass die Veranstaltung zum ersten Mal gemeinsam mit den Kreisgemeinschaften durchgeführt wurde. Nach der Mittagspause bot der Leipziger Chor „Lied der Heimat“ ein niveauvolles Programm mit Heimatliedern und bekannten Volksliedern, in die viele fröhlich einstimmten. Besonders berührten die Gedichte „Es war ein Land“ von Agnes Miegel, „Ein Stückchen Heimat“ und „Das Hutche“, vorgetragen von Inge Scharrer und Irmgard Schäfer. Im Anschluss hielt Heimatfreund Zink einen Lichtbildervortrag über Königsberg, der bei vielen wehmütige Erinnerungen an ihre geliebte Heimatstadt wachrief. Heiter und beschwingt ging es weiter mit dem Instrumentalensemble „Gschelka“ unter Leitung von Peter Wegelin (Akkordeon), das zu Beginn das berühmte „Spatzenkonzert“, die Erkennungsmelodie des Reichssenders Königsberg spielte. Wenn auch nicht in ostpreußischen Trachten, so doch nach Melodien aus Ostpreußen und Pommern erfreuten die „Firefox Linedancers“ mit Volkstänzen. Mit Beifall wurde die Bekanntgabe des OMV-Mitglieds Roy aufgenommen, dass laut Beschluss des Ministeriums jeder zweite Sonntag im September als „Gedenktag an die Vertreibung“ festgelegt wurde. In diesem Jahr ist es erstmalig der 14. September. Zum Abschluss waren sich alle Teilnehmer einig, dass es eine gelungene Veranstaltung war, die zeigte, wie lebendig und lebensfroh Ostpreußen ihrer Heimat gedenken und dafür einstehen, dass sie nicht vergessen wird. Ein Dank geht an das Sächsische Staatsministerium des Inneren für die Förderung der Veranstaltung und an das Personal der Gaststätte Seilbahn für die freundliche Bewirtung.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 25. Juli, 14 Uhr, Gaststätte Wieseneck im Drömling: Grillfest mit Programm.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

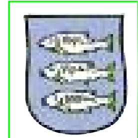
Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Freitag, 8. August, 15 Uhr: Besichtigung und Führung durch das Schifffahrtmuseum mit Kaffeerunde. Ausstieg: Bushaltestelle schräg gegenüber dem Haus. Kosten pro Person 4 Euro zuzüglich Kaffee und Kuchen. Die Kosten für die Führung trägt die Gruppenkasse.

10 000 Besucher kamen in knapp drei Wochen zur Ausstellung **„Preußen und Sachsen. Szenen einer Nachbarschaft“** der Ersten Brandenburgischen Landesausstellung ins Schloss Doberlug. Die Ausstellung ist bis zum 2. November im frisch sanierte Schloss Doberlug zu sehen. Dienstags bis freitags 9 bis 18 Uhr, am Wochenende 10 bis 19 Uhr geöffnet. Besucherservice: Telefon (035322) 6888525, service@brandenburgische-landesausstellung.de *EB*

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Bücher aus 100 Jahren

Sonnabend, 19. Juli, von 10 bis 16 Uhr, Lötzener Heimatmuseum in Neumünster, Sudetenlandstr. 18 h (Böcklersiedlung: Buchmarkt „Bücher aus 100 Jahren“. Ein Verkaufsangebot gut erhaltener, gespendeter Bücher (Sachbücher und Belletristik). Der Erlös kommt der Museumsarbeit zugute. Gleichzeitig eine Gelegenheit, die Sonderausstellung „Hauptweg, Nebenwege“ der in Königsberg geborenen Künstlerin Elena Steinke zu sehen. Die Retrospektive bietet einen Querschnitt aus über drei Jahrzehnten künstlerischen Schaffens. – Eintritt frei.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Bericht über Masurenreise vom 14. bis 22. Juni

Vier Busse, sechs Fahrer: Auf dieser Fahrt wurde alles geboten, – erstaunlich, was alles passieren kann. Die totale Strecke (Luftlinie) von Dortmund nach Lyck und zurück beträgt 2070 Kilometer, gefahren sind wir aber über dreimal so viel. Tatsächlich waren zwei deutsche und zwei polnische Busse, drei deutsche und drei polnische Fahrer ein Abenteuer pur. Gewohnt haben wir in einfachem Quartier, aber deutlich luxuriöser als unsere Altvorderen in Masuren.

Über Stargard [stari gord/Altstadt] und Marienburg ging es zu unserem Zielort. Tags darauf standen ein Besuch im „Historischen Museum Lyck“, – heißt tatsächlich so und nicht Elk –, und eine sehr empehlenswerte Bootsfahrt auf dem Kleinen und Großen Lycker See auf dem Programm. Eine Sechser-Gruppe aus Rosenheide hatte sich abgesetzt und den Ort von Nord/Süd und Ost/West nahezu acht Stunden lang erkundet. (siehe auch Reinhard Donders kleines Heft „Unser Rosenheide“. Am Dienstag fand die große Friedhofsfeier zur Ehrung unser Toten in der Heimat statt, das ein lokales Ereignis in dem kleinen Ort Kalkofen [Chrzanowen/Chrzanowo] war, denn fast 100 Personen aus sehr unterschiedlichen Ländern, Kulturen und Konfessionen, darunter viele VIPs, nahmen daran teil.

Am nächsten Tag unternahm die Reisegruppe eine Kleinbahnfahrt mit anschließender Rundfahrt durch sehr viele Orte im Kreis Lyck. Wir haben fast jeden Ort der Teilnehmer angefahren, wem das noch nicht genug war, der hatte die Gelegenheit, mit dem Wirt noch mal hinzufahren. Am Donnerstag, 19. Juni, fand der Ausflug nach Heiligelinde unter Begleitung eines polnischen Führers zum Fronleichnamsgottesdienst statt. Anschließend gab es ein Fischessen am Rehsauer See in Fürstenwalde [Lesniewo] am nie fertggebautem Masurischen Kanal, welcher die Masurischen Seen mit Königsberg verbinden sollte. Eine Bootsfahrt von Lötzen nach Nikolaiken bei strahlendem Sommerwetter beendete den Tag, an dem wir insgesamt 12 Stunden unterwegs waren.

Der letzte Tag stand zur freien Verfügung, für die Besichtigung des Soldatenfriedhofs Bartossen etcetera, dann folgte der obligatorische Besuch bei der Deutschen Minderheit, wir platzten in deren Jahres-Seniorenfeier, waren aber herzlich willkommen und es entwickelten sich viele interessante Gespräche. Am Sonnabend, 21. Juni, begann die Rückfahrt, mit einem Abstecher zum Sommerfest der Landmannschaft Ostpreußen im Amphie-Theater beim Schloss in Allenstein.

Dokumentation ab sofort erhältich

Die Dokumentation vom Seminar „Kulturelles, gesellschaftliches Leben in Lyck“ ist ab sofort zum Preis von fünf Euro plus Porto erhältlich. Zu beziehen bei Michael Mader, Richard-Taylor-Str. 6, 28777 Bremen. Email: michaelmader1@gmx.de. Bitte nur schriftliche Bestellungen

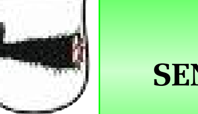


RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

58. Hauptkreistreffen am 23./24. August in Wesel

Einladung zur Mitgliederversammlung und Kreistags-Sitzung am Sonntag, 24. August um 11.30 Uhr in der Niederrheinhalle Wesel anlässlich unseres diesjährigen Hauptkreistreffens. Tagesordnung: Begrüßung durch den Kreisvertreter. Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr. Bericht des Kreisvertreters. Kassen- und Prüfungsbericht. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung. Haushaltsplan 2015. Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg“. Bildband. Rastenburger Treffen 2014/2015. Verschiedenes. Anträge bzw. Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum 15. August 2014 einzureichen.

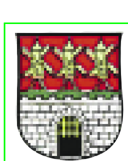


SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

50. Sensburger Kreistreffen

Herzlich willkommen beim 50. Sensburger Kreistreffen. Mit dieser Einladung möchten wir noch einmal auf das diesjährige Treffen der Kreisgemeinschaft Sensburg hinweisen, das am 16. und 17. August in unserer Patenstadt Remscheid im Berufskolleg Technik an der Neuenkamper Straße 55 stattfindet. Wir hoffen, dass dieser Termin bei unseren Landsleuten und allen, die sich für unseren Heimatkreis Sensburg interessieren, fest vermerkt ist, gilt es doch, in diesem Jahr zwei besondere Jubiläen zu feiern „50. Treffen der Kreisgemeinschaft Sensburg“ und „60 Jahre Patenschaft Remscheid – Sensburg“. Die Veranstaltung beginnt am Sonnabend, 16. August, um 10 Uhr mit der öffentlichen Sitzung des Kreistages im Rathaus der Stadt Remscheid, bei der die neu gewählten Kreistagsmitglieder vorgestellt werden. Daran anschließend findet die Mitgliederversammlung der „Sensburger Deutschen Gesellschaft Bärentatze“ statt. Am Nachmittag des 16. August erfolgt um 15 Uhr die Öffnung der Tagungsräumlichkeiten im Berufskolleg Technik an der Neuenkamper Straße 55 und um 16 Uhr die Begrüßung der Landsleute und Gäste durch die Kreisvertreterin Gudrun Froemer. Neben hoffentlich fröhlichem Wiedersehen und geselligem Beisammensein erwartet Sie ein bunter Nachmittag mit abwechslungsreicher Unterhaltung. Auch in diesem Jahr erwarten wir einen Bus aus Sensburg mit Mitgliedern der „Sensburger Deutschen Gesellschaft Bärentatze“. Am Sonntag, 17. August, sind die Tagungsräumlichkeiten im Berufskolleg bereits ab 8 Uhr geöffnet. Um 11 Uhr beginnt in der Aula die Feierstunde, die umrahmt wird von Darbietungen des Ostpreußenchors Remscheid. Die Festansprache bei diesem Jubiläums-Kreistreffen hält Stephan Grigat, der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen. Am Nachmittag gibt es genügend Zeit zum Erzählen und Schabbern, wenn sich die Teilnehmer an den gekennzeichneten Tischen in ihren Kirchspielen treffen. Für das leibliche Wohl wird aufs Beste gesorgt werden. Wir freuen uns auf Ihren Besuch und ein frohes Wiedersehen und hoffen auf rege Teilnahme als Beweis dafür, dass „unser“ Kreis Sensburg auch weiterhin lebendig bleibt.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Ostpreußentreffen in Winsen/Luhe

Zu einem Ostpreußentreffen in der Stadthalle in Winsen (Luhe) am Freitag, 25. Juli und Sonnabend, 26. Juli 2014 laden die Kreisgemeinschaften Schloßberg/Pillkallen und Ebenrode/Stallupönen sowie die Landmannschaft Ostpreußen, Landesgruppen Niedersachsen und Hamburg, herzlich ein. Die Veranstaltung ist nicht nur für Ostpreußen offen, jedermann ist herzlich eingeladen. Am Freitag beginnt um 11 Uhr im Clubzimmer der Stadthalle das Treffen der Ehemaligen der Friedrich-Wilhelm-Oberschule (FWO) Schloßberg. Ab 12.30 Uhr steht für alle Gäste ein gemeinsames Mittagessen auf dem Programm. Die Heimatstuben beider Kreisgemeinschaften in der Rote-Kreuz-Straße sind von 11 bis 15 Uhr geöffnet. Im Saal der Stadthalle finden für die KG Schloßberg von 16 bis 18 Uhr und für die KG Ebenrode von 17 bis 19 Uhr öffentliche Kreistagssitzungen statt. Um 19 Uhr beginnt im Clubraum eine Feierstunde der FWO, wozu ausdrücklich alle Landsleute und Freunde der FWO herzlich eingeladen sind. Ab 20 Uhr lädt die KG Ebenrode zu einem gemütlichen Beisammensein im Saal der Stadthalle ein. Es wird unter anderem der Film „Ostpreußen vor 1939“ gezeigt.

Am Sonnabend trifft sich die Schülervereinigung FWO um 9 Uhr im Traditionsraum des Winsener Patengymnasiums und gleichzeitig wird auch die Stadthalle für die Gäste geöffnet. Um 9.30 Uhr findet eine Kranzniederlegung am Ehrenmal auf dem Winsener Waldfriedhof statt. Bereits um 10.30 Uhr beginnt im Saal der Stadthalle eine Feierstunde, musikalisch untermalt durch die Chorgemeinschaft Singzirkel und Männerchor Winsen. Die Begrüßung und Totenehrung wird durch den Schloßberger Kreisvertreter Michael Gründling vorgenommen. Die Andacht hält Pfarrer i. R. Kurt Perrey. Darauf folgen Grußworte des Patenkreises Harburg und der Stadt Winsen (Luhe). Den Festvortrag hält voraussichtlich der Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums, Dr. Joachim Mähnert, zum Thema „Das Ostpreußische Landesmuseum auf dem Weg in die Zukunft“. Nach dem gemeinsam gesungenen Lied „Land der dunklen Wälder“ wird Dr. Gerhard Kuebart, Kreisvertreter der KG Ebenrode, das Schlusswort sprechen, worauf gemeinsam „Einigkeit und Recht und Freiheit“ gesungen wird.

Das Mittagessen mit Zeit für Gespräche ist für 12 Uhr angesetzt. Von 14 bis 16 Uhr ist im Saal ein buntes Programm geplant. Mitwirkende sind der Ostpreußenchor Hamburg, die Volkstanzgruppe Winsen (Luhe) und die Parforcehornbläser aus der Wilstermarsch (SH). Von 16.30 bis 18.30 Uhr sind abermals die Heimatstuben für die Gäste zugänglich. Wir danken schon jetzt für Ihren Besuch. Sie honorieren damit die ehrenamtliche Arbeit der Vorstände und der Kreisausschüsse der Kreisgemeinschaften.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Tilsiter erleben Denkmalsweihe

Während der diesjährigen Heimatreise erlebten die Teilnehmer der Tilsiter Reisegruppe unter der Leitung von Stadtvertretungsmitglied Valentina Manthey einen unvergesslichen Höhepunkt. Mit einem festlichen Zeremoniell wurde das wiedererrichtete Denkmal der Königin Luise eingeweiht. In strahlend weißem Marmor und acht Metern Höhe beeindruckte die originalgetreu nachgebildete Statue die am alten Standort im Park Jakobsruh zahlreich versammelten Besucher. In seinem Grußwort sagte der 2. Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Tilsit, Erwin Feige, dass die Tilsiter das Projekt „Vom Tilsiter Frieden zur Konvention von Tauroggen“ seit drei Jahren mit großer Anteilnahme begleitet haben und mit Spenden zur Wiedererrichtung des Denkmals beitrugen. Besonders erwähnte er die unter den Reiseteilnehmern weilende Maja Frenzel aus Halle/Saale, die einen Betrag von eintausend Euro gespendet hatte. Oberbürgermeister Nikolaj Voistchev dankte den alten Tilsitern für ihr Engagement und versicherte, dass die Bewahrung des kulturellen Erbes und des historischen Antlitzes der Stadt als ein gemeinsames Anliegen der früheren und heutigen Bewohner verstanden würde. Die Wiedereinführung des alten Stadtwappens und der Stadtfahne, die Errichtung des Gedenksteins für Herzog Albrecht, des Gerichtsbrunnens mit dem Preußenadler und die Wiedererrichtung des Luisendenkmals sind eindrucksvolle Symbole für die geschichtsträchtige Vergangenheit der Stadt am Memelstrom.



Erlebten Denkmalsweihe: Der Vorstand der Stadtgemeinschaft Tilsit und Bürgermeister Voistchev Bild: J. Rosenblum

Sehnsucht nach ostpreußischer Wildnis

Wisente in freier Wildbahn in der Borkener Heide: Autor und Jäger Bajohr tauschte Gewehr gegen Objektiv

Der Wisent wurde zum- Tier des Jahres 2014 gewählt. Der Autor Wolfgang Alexander Bajohr stillte seine Sehnsucht nach der Wildnis in der ostpreußischen Borkener Heide, indem er sich auf die Suche nach ihnen in die freie Wildbahn begab. Die Belohnung waren exklusive Fotoaufnahmen, von derern Entstehen er im folgenden erzählt:

Unsere Sehnsucht nach Ostpreußen erfüllt sich am ehesten. wenn wir den großen und wilden Tieren in der Freiheit begegnen. Wenn wir ihnen in der Wildnis gegenüberstehen, Auge in Auge, ist das ein großes Glück. Denn dort, wo noch Wolf, Luchs, und Adler jagen, wo Uhu, Elch und der gewaltige Wisent zu Hause sind, ist wirklich Natur. Wir begeistern uns am aufgewühlten Boden mit den riesigen Fährten, ignorieren die angefressenen Bäume und ahnen die Nähe der Wildtiere in der Freiheit der unendlichen Wälder. Nur den großen braunen Bären gibt es hier leider noch nicht wieder.

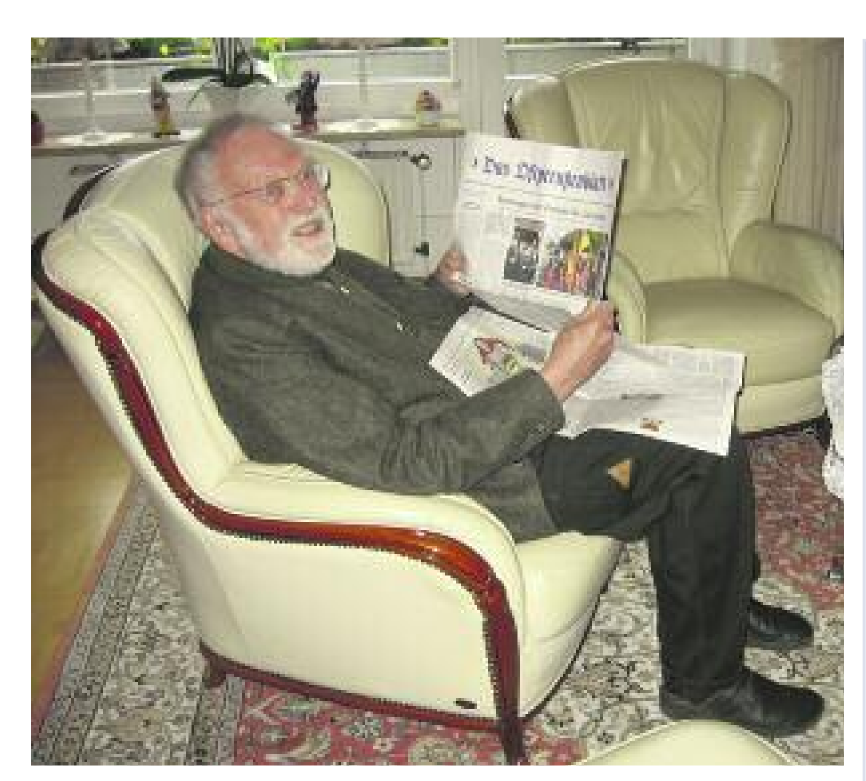
Über 60 Jahre bin ich in der Wildnis der Welt den wilden Tieren begegnet und habe gelernt, dass Wildnis immer so etwas ist wie der Bär, schön und ein wenig schrecklich zugleich, doch fast nie so gefährlich wie viele glauben.

So treffe ich in der Borkener Heide bald auch in völliger Freiheit die Wisente, denen man hier ihren Lebensraum nicht vorenthalten hat wie anderswo in Gehegen, weil man Waldschäden vermeiden will, obwohl auch darüber immer der entscheiden sollte, dem der Wald gehört. Wenn der Bulle am Tag 25 Kilogramm, die Kuh immerhin auch 20 Kilogramm verbeißt, gehört viel guter Wille des Eigentümers dazu, dies zuzulassen, aber auch eine große Wildnis, mit Wald, zu dem wilde Tiere gehören, die es gewohnt snd, weit umherstreifen. Um aber mit wilden Tieren auch als Jäger ohne Waffe umzugehen, gehört nicht nur der Mut, sondern vor allem das Gespür dafür, dass wilde Tiere gar nicht so wild sind, sondern dass fast immer erst Jagd die Tiere scheu macht. Denn selbst wilde Bären fotografierte ich auf zwei bis drei Meter Entfernung, ja selbst Grizzly mit Jungen kamen Beeren zupfend auf fünf bis zehn Meter heran. Wie also wird es beim Wisent werden?

Peter Scherbuck, der in Nikolaiken geboren wurde und in Deutschland „Naturblick“ herausgibt, hat mich zu den Wisenten mitgenommen. Dass diese erste Tour mit einem Unfall endete, lag weder am Wisent noch an Peter, doch an den Folgen leide ich heute noch. Weil man dem Wald zuliebe zufüttert, haben die Tiere sich an den Traktor gewöhnt, und man nutzte das, uns auf einem Hänger quer durch die Wildnis zu schleppen. So bin ich mit dem 70-200 Millimeter-Objektiv auf wenige Meter herangekommen. Zwar bildeten auch hier die Mütter einen Verteidigungsring und nahmen die Kälber in die Mitte. Aber bei runden 30 Minusgraden war es gigantisch zu beobachten wie 40 bis 60 Wisente an der großen Wildwiese so viel Wärme abstrahlten, dass über ihnen eine Dunstglocke aufstieg. Um einer Handvoll Futterpresslinge willen folgten uns alle. Aus ihren großen dunklen Augen blickten sie gar nicht nervös, es war ein sanfter Blick voll Vertrauen. Die großen Nasen waren hell abgegrenzt. Und gerade jetzt stören wir abrupt, denn dem Traktoristen kommt die Kupplung aus und ich fliege mit gewaltigem Ruck den Wisenten vor die Nase, knalle mit dem Gesicht und Kamera in Schnee und Schlamm und die ganze Herde poltert erschrocken davon. Den Schmerz in der Wirbelsäule spüre ich noch heute. Zwei Jahre danach bin ich wieder da und wohne im Jagdhaus. Die große Masse der Tiere stromert irgendwo weitab in der Wildnis, doch irgendwo im Wald gibt es Einzeltiere. Auch ohne die ganze Herde wird es jetzt spannender. Wie bei der Jagd muss ich auf den Wind achten, auf dem Bauch liegend heranknriechen. Das große Objektiv ist jetzt unbrauchbar, wieder ist das 70-200 Millimeter-Objektiv mit der hohen Lichtstärke besser. Zwei mittelalte Bullen inmitten wildester Wildnis sind weit reizvoller und genau das, wie man sich wilde Tiere vorstellt. Kaum durchdringlich das Gewirr verrottender Hasel, Eschen, Linden und Eichen, dazwischen gestürzte Urwaldriesen, Bäume in allen Stufen von Wachstum und Verfall. Wald in der Artenvielfalt der Borela Pussta. Eichen Ahorn und Birken, Espen und Eschen, Weiß- und Rotbuchen, schenkeldicke Uralthasel und Schnee. Mitten darin aber der Wisent zottig und dunkel, als das Symbol und Lebewesen der Wildnis. Weit reizvoller als die große Gruppe der ganzen Wisentherde. Ob er mich erkennt, kann ich nur ahnen, dass ihn die Nähe zum Angriff reizt, scheint unwahrscheinlich. Es ist sicher besser, dass ich nicht als neugierige Gruppe komme, sondern alleine unterwegs bin. Diese Nähe totaler Wildnis mit wildem Tier ist die Erfüllung für den Stadtmenschen. Diese Nähe habe ich auch bei anderen Wildtieren schon erlebt, und ich habe dann leise und verhalten mit ihnen gesprochen. Dabei ist es ganz egal was man sagt, denn sie spüren die friedfertige Absicht des Menschen sehr wohl. Das ist auch weit schöner als Jagd mit der Waffe, weil hier das Erleben nicht endet, sondern immer weiter geht.



Begegnung auf Augenhöhe: Dieses Porträt eines Wisents aufzunehmen gelang dem Autor in der Borkener Heide *Bild: W.A.B.*



Beim Lesen der *PAZ*: Autor Wolfgang Alexander Bajohr *Bild: privat*

Tier des Jahres 2014

Biologie: Mit 800 bis 1000 Kilogramm sind Wisente die größten heimischen Säugetiere. 2700 Millimeter lang, Schulterhöhe 1,80 bis 1,95 Zentimeter. Nahrungsbedarf: Stier 35 Kilogramm, Kuh 20/Kilogramm täglich. Brunftzeit August bis September, Tragezeit neun Monate. Sechs Monate Muttermilch, davon drei Monate mit Grünäsung. Leben, Ausrottung und Wiederkehr in Ostpreußen: Die Erinnerung an Wisente in Ostpreußen liegt schon 1000 Jahre zurück. Damals jagten die Galinder Wisente. Bis 1726 war die Zahl auf 117 zurückgegangen. 1742 wurden noch 42 erlegt. 1857 hat Zar Alexander die Holznutzung eingeschränkt, damit die Wisente nicht beunruhigt werden. Nach strikter Schonung stieg der Bestand auf 770. Mit steigendem Bestand stieg dann wieder die Gefahr durch Krankheiten und Parasiten. Gegen Ende des großen Krieges setzte weltweit das große Morden ein. Wisente waren Notproviant fliehender Soldaten. Überlebt haben weltweit 56 Wisente. Erstmals Verstand zeigte dann die Gesellschaft zum Schutz der Wisente. Deren weltweite Schonung hatte Erfolg. Seit mindestens 1969 leben auch wieder Wisente in freier Wildbahn in der Borkener Heide in Ostpreußen. Das sind 60 bis 80 Tiere auf gut 1000 Hektar Wildnis.

Gut für Mensch und Tier

Walnüsse enthalten viele gesunde Vitamine

An einem Baum, der meistens einzeln in den Gärten steht, können wir zurzeit hübsche grüne Früchte entdecken. Sie bilden die fleischige Hülle für eine Nuss, die Ende September bis Anfang Oktober reif ist. Dann platzt diese Hülle auf und ihr Inhalt fällt zu Boden: die Walnuss.

Die Heimat der Bäume war ursprünglich das Mittelmeergebiet, Vorder- und Mittelasien. Die Römer lernten die Bäume durch die Griechen kennen und schätzten die Nüsse so sehr, dass sie sie nach ihrem höchsten Gott Jupiter als königliche Jupiternuss, „Iovis glans“ benannten. So führten sie sie in die Gärten der Länder ein, die sie erobert hatten und pflanzten die Bäume auch in Gallien an. Über Gallien kamen die Bäume nach Deutschland. Die Germanen nannten die Bewohner Galliens damals auch Walche. Als Walche Nuss benannt, kam der Baum zu uns. Noch heute bezeichnen wir die Bäume und Früchte ähnlich.

Die Nüsse sind nicht nur schmackhaft und sehr gesund für uns Menschen, weil sie viele Vitamine enthalten, sondern auch die Tiere lieben sie. Besonders für die Eichhörnchen sind sie ein Festmahl. Sie sammeln und vergraben sie, vergessen die Verstecke und sorgen so für Baumnachwuchs. Große Vögel schätzen die Nüsse ebenso. Um an den Kern zu gelangen, lassen sie sie aus der Höhe auf einen harten Untergrund fallen, so dass sie zerbersten.



Walnuss am Baum *Bild: privat*

Besitzt man so einen Baum, kann man sich glücklich schätzen. Denn man kann im Jahr über 100 Kilogramm Nüsse ernten. Außerdem verströmen seine Blätter einen Duft, der Mücken und Fliegen fernhält. Das Holz der Bäume wird gerne wegen seiner Schönheit für den Bau wertvoller Möbel und Musikinstrumente verwendet.

Bei uns in Deutschland erntet man jährlich etwa 1,5 Millionen Tonnen der schmackhaften Nüsse. Aber zwei Drittel der Weltproduktion kommen aus Kalifornien in Nordamerika. Dort wurde der Baum 1867 eingeführt und ist seitdem sehr beliebt.

Um Nüsse zu ernten, braucht man jedoch viel Geduld. Normalerweise trägt der Baum die ersten Nüsse erst nach 15 bis 20 Jahren. Inzwischen gibt es jedoch Sorten, die schon nach zwei Jahren erntereife Nüsse hervorbringen.

Silvia Friedrich

Dem Volk aufs Maul geschaut

Felix Arndt, Pfarrer i. R. hat „Worte aus Ostpreußen“ in „3300 Wörter und Redensarten, damit nicht ganz vergessen wird, wie man in Ostpreußen schabbern konnte“, zusammengetragen. Die PAZ setzt die Vokabeln in loser Folge mit Teil 22 fort:

Gissel, Gössel = kleine Gänschen
gleischen = glänzen, glitzeren, leuchten
Glabbermilch = nicht ganz dick gewordene Sauermilch
glamsrig = eine dickflüssig-glänzende Masse ist „glamsrig“
Glibberkuchen = nicht durchgebackener Kuchen
glibbrig, glabbrig = feucht, glatt, schleimig, auch „glamsig“
glieks = gleich
Glimmstengel = Zigarette
glubsch = hinterhältig, misstrauisch. Auch: neidisch
glubschen, glupen = misstrauisch beobachten, feindselig blicken
glucken = ausbrüten (vom Huhn), lange sitzen, zum Beispiel Besuch
Gluderkurschke = neugierige Person
Glumsaugen = große Augen voller Staunen, „Glumsaugen machen“
Glumse = Weißkäse, Quark
glumsig = an der Oberfläche feucht und glatt
Glumskopp = nicht ernst zu nehmender Mensch
glutschen = gleiten
Gnabbel = unangenehmer, auch geizier Mensch
Gnadderer = zänkischer Mensch
gnaddern, gnaddrich sein = unzufrieden reden, unzufrieden und zänkisch sein
Gnarreisen = weinerliche knauendes, unzufriedenes Kind
gnarren = sich unzufrieden, aber undeutlich äußern
gnatschen = nörgeln
gnatschig sein = nörglich, unzufrieden sein
Gnatschkopp = Nörgler
gnatzig sein = schlechte Laune haben
Gnatzkopp = zänkischer, schlecht gelaunter Mensch
gnauen, kauen = unzufriedene und undeutliche Laute hören lassen
gnautschen = unordentlich und laut essen
Gnibbel(-chen) = kleines Stükkchen
gniddern, sich begniddern = kichern, leise vor sich hin lachen
Gniddertrine = alberne Person
Gniffke, Gniefke = Geizhals
gnieprig sein = neidisch sein
gnietsch sein = missgünstig sein
gnorgeln, gnurgeln = undeutlich sprechen
Gnorpel, Gnurpel = Knorpel
Gnos (weiches s) = dummer frecher Junge oder jugendlicher Erwachsener
Gnubbel = kleiner Mann oder kleiner Gegenstand
gnucksen = etwas sagen, aber nicht herausbringen

Erstes Treffen der Generationen in Oranienburg

Wolfskinder berichteten bei Veranstaltung des BdV-Kreisverbands vor Vertretern der jüngeren Generation von ihrem Schicksal

Erstmals ist es dem BdV-Kreisverband des Landkreises Oberhavel (OHV) am 21. Juni gelungen, Zeitzeugen und die nachfolgenden Generationen zu einem öffentlichen Gespräch zusammenzubringen, über das es noch Vieles aufzuarbeiten gibt.

Erfreulich war, dass der Direktor des Mosaik-Gymnasium, Dr. Mull und die Geschichtslehrerin Dagmar Jurat von der Torhorstschule Oranienburg jeweils mit Schülerinnen und Schülern an diesem Projekt teilnahmen. Daneben hatten auch viele junge Gäste den Weg in die Veranstaltungshalle gefunden. Anwesend waren auch eine CDU-Delegation Oranienburgs unter Leitung der Vorsitzenden Nicole Walter-Mundt sowie Michael Ney, 20 Jahre Vize-Landrat OHV, Mitglied der CDU-Fraktion im Kreistag, Stadtverordneter in Oranienburg sowie eine SPD-Delegation unter Leitung ihres Landtagskandidaten Björn Lüttmann und des Stellvertretenden Vorsitzenden des SPD Ortsvereins, Burghard Wilde.

Politiker folgten der Einladung

Ferner konnten als Gäste begrüßt werden: Sibylle Dreher, langjährige Präsidentin des BdV-Frauenverbandes, jetzt Vizepräsidentin, aus Berlin, der Vorsitzende des BdV Landesverbandes Brandenburg, Harald Heerwagen sowie Vorstandsmitglied und langjähriger ehrenamtlicher Mitarbeiter beim Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge, Dieter Bartusch. Die Delegation des BdV-Kreisverbandes Kyritz unter Leitung ihres Vorsitzenden Horst Schnick hatte die Zeitzeugin Elvira Naß mitgebracht, eine ehemalige Erzieherin des Jugendheimes in Kyritz, in welchem die Wolfskinder ein Zuhause fanden. Die Journalistin, Buchautorin und Filmemacherin Ingeborg Jacobs hielt das Einführungsreferat, LO-Altsprecher Wilhelm von Gottberg, Mitglied des Kuratoriums ostpreußische Kulturstiftung, moderierte die Podiumsdiskussion und hielt das Schlussreferat; die Bundesstiftung Flucht-Vertreibung-Versöhnung Berlin war vertreten durch ihren Geschäftsführer Sven Oole.

Der Kreisvorsitzende Speckmann überbrachte allen Teilnehmern herzliche Grüße von Wolfgang von Stetten, einem großen Mäzen der Wolfskinder.

Eine echte Bereicherung für diese Veranstaltung war die Teilnahme von Vertretern des Vereins „Edelweiß-Wolfskinder" unter Leitung ihrer Vorsitzenden Luise Kazukauskiene, sowie zwei Lehrern des Hermann-Sudermann-Gymnasiums aus Memel mit Gymnasialschülern, der Direktorin des Instituts für Geschichte der baltischen Region der „Uni Klaipeda", Dr. Silva Pocyte und Magdalena Piklaps, Vorsitzende der Deutschen in Memel. Auch der Botschaftsrat der litauischen Botschaft in Berlin, Ramunas Misiulis war anwesend.

Ein ganz besonderer Gruß und Dank galt den ehemaligen Wolfskindern, die sich bereit erklärt hatten, vor den etwa 200 Teilnehmern über ihre Erlebnisse zu sprechen wie Siglinde Kenzler (früher Liedtke) sowie ihre Schwester Waltraud Baldoan und Heinrich Kenzler. Sie stellten sich den zahlreichen Fragen der Teilnehmer. Einige von ihnen hatten ihre Kinder, Enkel, Eltern, Geschwister oder Großeltern mitgebracht. Unter den Teilnehmern entwickelten sich interessante Gespräche. Sieglinde Kenzler sprach einführend zum anschließend gezeigten ZDF-Dokumentationsfilm „Wolfskinder", in dem ihr Schicksal und das ihrer Geschwister nachgestellt wurde. Viele Teilnehmer bekamen beim Sehen des Films feuchte Augen.

Beantworteten alle Fragen der Teilnehmer: Heinrich Kenzler, Elvira Naß, Waltraud Balduan, Sieglinde Kenzler (v. l. n. r.)

Bild: Dagmar Möbius

Spontan ergriff die Mutter eines Schülers der Torhorstschule das Wort und unterstrich die gesellschaftliche Bedeutung dieser Thematik. Sie gab zu, dass sie den BdV bislang nur von den wenigen Veröffentlichungen in der Presse kannte und gegenüber dem BdV große Vorbehalte hatte, die aber durch diese Veranstaltung zerstreut wurden. Sie sprach den Zeitzeugen, die die Kraft aufbringen über das Erlebte öffentlich zu sprechen, große Anerkennung aus. Sie betonte, dass keine Lehrbuchseite diese Geschichte so in das Gedächtnis der Schüler einprägen könnte, wie diese Veranstaltung es vermag.

Die Schülerin Monika Kiefer, Mosaik-Gymnasium, und Marvin Scharpwinkel, Torhorstschule, gingen in ihren Diskussionsbeiträgen insbesondere auf die Rolle als Nachfolgegeneration ein, die künftig die Verantwortung zu tragen hat für ein friedliches Miteinander in Europa. Das macht wirklich Hoffnung.

Die elternlosen deutschen Kinder und Jugendlichen, die später Wolfskinder genannt wurden – man schätzt weit mehr als 5000 streiften nach Kriegsende in den litauischen Wäldern, bettelten sich von Hof zu Hof um zu überleben. Die Kinder im Alter von wenigen Monaten bis etwa 10 bis 12 Jahren hatten ihre Eltern auf der Flucht durch Tod oder Trennung verloren, waren Waisen oder zumindest ohne jegliche familiäre Bindung völlig auf sich allein gestellt.

Während einige von ihnen von der Roten Armee aufgegriffen, zwangsdeportiert oder gar umgebracht wurden, fanden andere Aufnahme und Zuflucht bei litauischen Familien. Erst nach 1990 konnten sich die Wolfskinder in Litauen wieder auf ihre deutsche Nationalität besinnen. Sie schlossen sich im Verein „Edelweiß-Wolfskinder" zusammen. Heute leben noch etwa 80. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Wolfgang von Stetten setzt sich für diese Gruppe der Erlebnisgeneration und ihre Wiedereinbürgerung in Deutschland vehement ein. Manche dieser Wolfskinder sind Analphabeten, weil sie keine Schule besuchen durften. Ausgehend von ihrer schlechten Ausbildungssituation in der Jugend stehen den heute in Litauen lebenden Wolfskindern – wenn überhaupt – nur geringe Rentenansprüche zu (etwa 80 bis 100 Euro). Ein Anspruch auf deutsche Rente besteht nicht.

Während der Veranstaltung wurde spontan Geld gesammelt. Luise Kazukauskiene konnte eine Spende von 400 Euro übergeben werden.

Ruth Leiserowitz, geborene Kibelka, berichtete, nachdem dies nach der Wende möglich gworden war, 1996 über die Wolfskinder und ihr Schicksal erstmals öffentlich. Ihr Buch „Von Ostpreußen nach Kyritz – Wolfskinder auf dem Weg nach Brandenburg" ist zurzeit leider vergriffen. Bei Interesse und auf Anforderung stellt der BdV-Kreisverband OHV e.V. diese Broschüre im PDF-Format gerne kostenlos zur Verfügung. Bei einem gemeinsamen Abendessen mit den litauischen und geladenen deutschen Gästen bekundeten beide Seiten ihr Interesse auch weiterhin Informationen auszutauschen sowie gemeinsame Projekte anzustreben wie eine Schulpartnerschaft und Schüleraustausche sowie gegenseitige Studienbesuche.

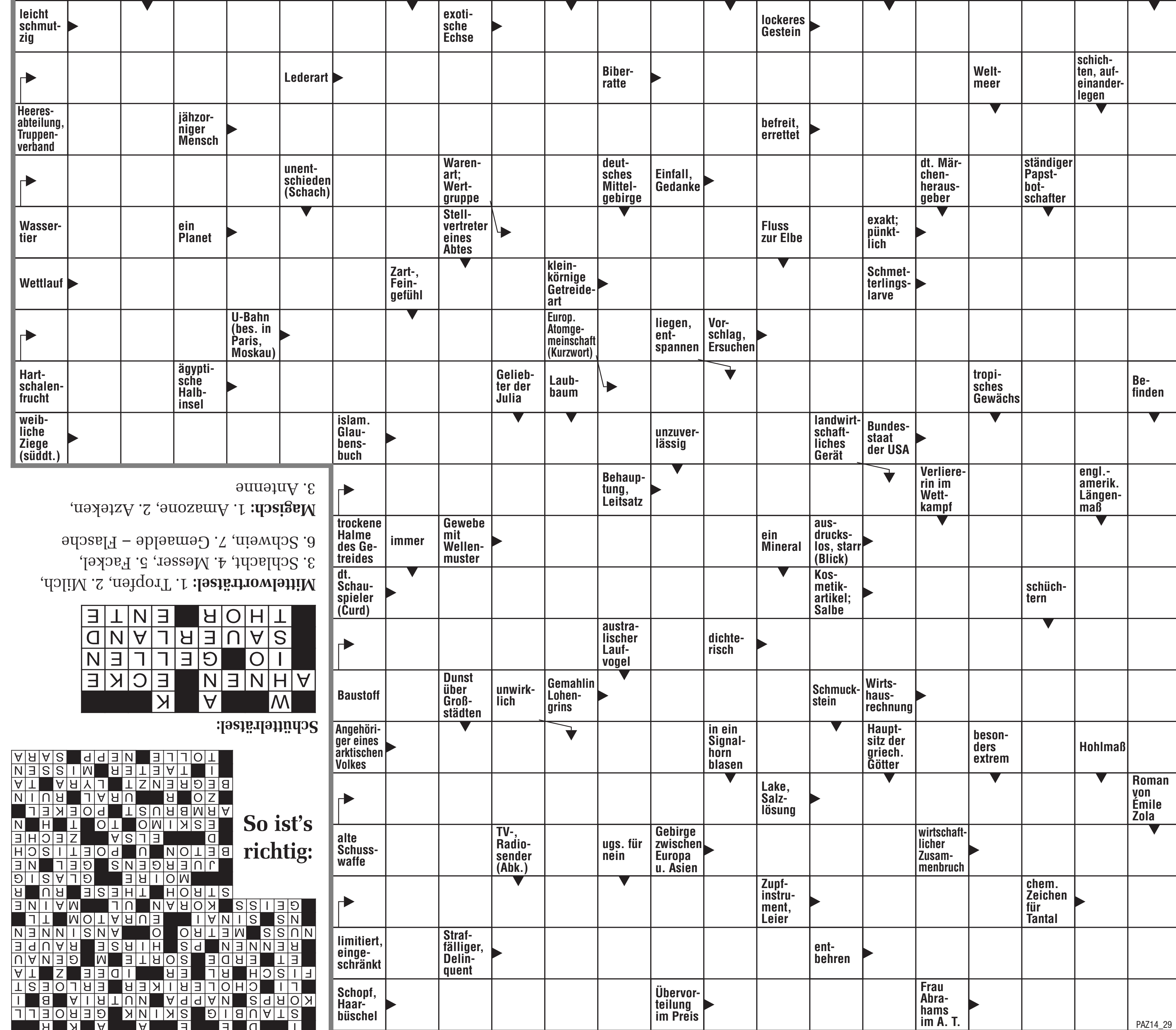
Am zweiten Projekttag wurden eine historische Stadtführung sowohl durch Oranienburg mit der Gedenkstätte Sachsenhausen und dem Oranien-Schloss als auch anschließend in Berlin mit umfangreichen Informationen zur Geschichte sowie ein Empfang in der litauischen Botschaft durchgeführt.

Großes Interesse an Zeitzeugenberichten

Insbesondere die litauischen Gäste waren beeindruckt von den Erklärungen zur damals geteilten Stadt und der Besichtigung des Mauermuseum in der Bernauer Straße. Der erfahrene Ostpreuße Wilhelm von Gottberg bestätigte in seinem Schlussreferat, dass diese Veranstaltung für alle Teilnehmer eine „runde Sache" und sehr fruchtbringend war.

Dieses bildungspolitische Projekt würde gefördert durch die Brandenburgische Zentrale für politische Bildung in Potsdam. Ein großes Dankeschön gilt den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern bei der Vorbereitung, Durchführung und Nacharbeit zu dieser rundum gelungenen Veranstaltung.

Hans-Joachim Speckmann



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

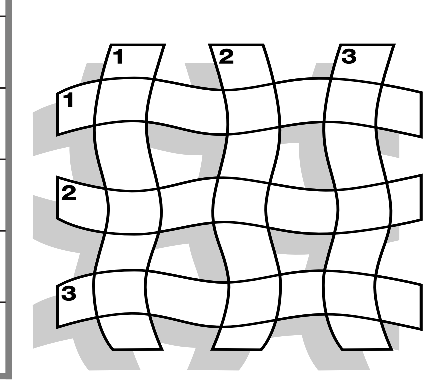
HISTW		AHNO	AEGNR		EEKLL		ACLN	EKNT	DEEN
					CEEK				
AEHNN			EEGLLN						
AADELNRSU									
HORT					EENT				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Gefäß.

1	WASSER		FAENGER
2	BUTTER		KANNE
3	KISSEN		FELD
4	OBST		SCHARF
5	PECH		ZUG
6	WILD		FURT
7	OEL		GALERIE

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Reiterin
2 mexikanisches Indianervolk
3 Sende-, Empfangsanlage

Mit allen Sinnen Schönes entdecken

Ostpreußisches Landesmuseum veranstaltete Malreise nach Nidden

Vom Ostpreußischen Landesmuseum angeboten, von Agata Kern, der Kulturreferentin, organisiert, von der in Lüneburg lebenden Künstlerin Gudrun Jakubeit, einer klassischen Aquarellistin englischer Schule begleitet, hatte eine Gruppe von 20 Teilnehmern das Erlebnis, die erste Juliwoche in Nidden auf der Kurischen Nehrung zu verbringen.

Jörn Barfod, der wissenschaftliche Begleiter dieser Reise, sorgte an fast jedem Reisetag dafür, dass Maler wie auch die kleinere Gruppe der Nichtmaler Informationen erhielten, die ihnen die Augen öffneten für all das, was in vergangenen Tagen einmal vorhanden war. Er beschrieb die frühere erste Adresse des Ortes, das Gasthaus Hermann Blode, er zeigte historische Aufnahmen des Fischerdorfes aus den 30er Jahren und führte durch den Ort zu Häusern und Plätzen von (kultur)-geschichtlicher Bedeutung. Dadurch gelang der Brückenschlag zum Schwerpunktthema „Künstlerkolonie Nidden". Die Reiseteilnehmer konnten, so angeleitet, selbst auf Spurensuche gehen, welche den bevorzugten Motiven der vielen Künstlern galt, die hier oft Sommer für Sommer tätig waren, in der Spanne von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis 1944/45, heute noch zu entdecken sind.


Bild: Eichler

Begegnung in Nidden: Elena Steinke (l.) und Agata Kern (r.)

Unter Anleitung von Frau Jakubeit übten die Maler, die Wolkenspiegelung auf der Wasserfläche des Kurischen Haffs wiederzugeben. Sie saßen im Regenschauer und in brennendem Sonnenlicht auf der Parniddener Düne und versuchten, ihre Farben und Formen auf das Blatt zu bannen. Mit nicht ermüdendem Eifer wurden die sich auf dem historischen Friedhof von Nidden ergebenden An- und Ausblicke gestaltet. Von einigen der teils semiprofessionellen Künstler wurde die evangelische Kirche, der Torbogen, das nahebei stehende Kruzifix mit in die Motivauswahl einbezogen. Den „Italienblick", seit Jahrzehnten von bildenden Künstlern immer wieder abgebildet, nahmen alle als Herausforderung an. Das Zeichnen und Malen auf dem Schwiegermutterberg, in unmittelbarer Nähe des Thomas-Mann-Hauses, wurde ergänzt durch einen Vortrag von Uwe Meyer zur Geschichte des Hauses.

Eine Bereicherung des thematischen Reiseschwerpunkts war auch, den vor Vollendung stehenden Film „Nidden – Künstlerkolonie auf der Kurischen Nehrung" zu sehen und die überarbeitete Fassung von „Thomas Mann – Mein Sommerhaus" – beides in Anwesenheit des Regisseurs Arvydas Barysas, der obendrein mit einer angenehmen Gesangsstimme, mit litauischen Liedern überraschte.

> Neben Unterricht wurde kulturelles Progamm geboten

Während die Malgruppe mit Fleiß alle in der Aufenthaltsspanne verfügbare Zeit zum Arbeiten nutzte, profitierten die Nichtmaler gleich mehrfach von Barfods Kontakten und seinem weitgespreizten Fachwissen. Ein Tagesausflug führte von der Nehrung in eine Kontrastlandschaft – in das Memelgebiet nach Heydekrug [Silute] und nach Ruß [Rusne], überwiegend auf den Spuren des Wirkens des unvergessenen Hugo Scheu. Ihm, dem Ökonomierat und Menschenfreund, ist vor zwei Jahren in Heydekrug vor dem inzwischen aufwendig renovierten Wohnhaus ein beachtliches Denkmal gesetzt worden. Die Heydekrüger Kirche mit ihrem unverwechselbaren Altarbild beeindruckte, und eine Textpassage aus Hermann Sudermanns Erzählung „Jons und Erdme" schärfte den Blick für die Moor- und Wiesenlandschaft. Noch immer gibt es im Frühjahr den „Schaktarp".

Ein anderer Tagesausflug führte Barfod mit den Nichtmalern per Schiff über das Kurische Haff in das Mündungsdelta der Memel. Im Dörfchen Minge gesellte sich der Kunstsammler Alexander Popow mit seinem Enkelsohn und einer Mitarbeiterin zum Grüppchen. Gemeinsam ging es per Kleinbus zum Windenburger Eck [Vente], wo – mit Mitteln aus Töpfen der EU – zurzeit umfangreiche Bauarbeiten stattfinden, an erster Stelle Wegbefestigungen, Treppenanlagen und eine Rekonstruktion und Erweiterung des Gebäudes der Ornithologischen Station. Alexander Popow machte hier deutlich, was ihm – bis 1990 Kapitän der Handelsschifffahrt – diese Landschaft bedeutet. Seit gut zehn Jahren sammelt er Werke von Künstlern, die Motive der Kurischen Nehrung, der Hafenstadt Memel und immer wieder Blicke auf das Kurische Haff (bis 1945) festgehalten haben. Alexander Popow ist Vorsitzender der „Gesellschaft der Freunde Ostpreußischer Kunst Nidden" (Society of East Prussian Art Lovers' Nidden), die 2009 in Klaipeda (Memel) gegründet wurde.

Ein Tagesausflug für alle Teilnehmer zum Besuch der Kunstgalerie Klaipeda [Franz-Domscheit-Galerie] verschaffte einen ersten Eindruck von der Sammlertätigkeit des Alexander Popow. Von den nahe 1000 zusammengetragenen Werken, die Beispiele für das Schaffen von 300 Künstlern geben, sind hier in mehreren Sälen über 200 Werke ausgestellt, die von gut 100 Künstlern stammen. Dank der Führung von Barfod gelang es, die „Rosinen" herauszupicken, zeitgeschichtliche Zuordnungen vorzunehmen, Beziehungen der Maler untereinander aufzudecken und die Besonderheit manch eines Werks herauszustellen. Bei dem Mangel an Zeit für die Betrachtung von so viel Schönheit, Können und Bedeutsamkeit blieb der Trost: Diese Sonderausstellung wird hier noch bis zum 8. Mai 2016 zu sehen sein.

Für einige Mitreisende gab es eine uneingeplante Entdeckung am Rande: Die ausgestellten Teile des umfangreichen Nachlasses von Franz Domscheit (Pranas Domseitis), die hier in der nun nach ihm benannten Kunstgalerie sehr schön präsentiert werden und Beachtung verdienen. Eine Führung durch die Altstadt von Memel vollendete den Tag.

Bei den auf der Nehrungsstraße zurückgelegten Busfahrten beglückte zweimal der Anblick eines Elchs – wie auch ein in der Ostsee badender Reisegefährte das Glück hatte, einen jungen auf der Düne stehenden Elch zu sehen – und davon ein Beweisfoto zu schießen.

Nidden ist auch heute noch „das Paradies der Maler" zu nennen – davon ist die Reisegruppe überzeugt. Jeder hätte gern länger darin verweilt. Unter den Arbeitsergebnissen der Malgruppe, die am letzten Aufenthaltstag abends im Hotel „Nidos smilte" präsentiert wurden, war viel Gelungenes, Überraschendes zu sehen und manches, das im Ansatz hoffen ließ, dass im Nachklang zu dieser Reise noch mehr daraus wird. Geplant ist ein Ausstellungsprojekt „Die Kurische Nehrung mit Maleraugen" für 2015 in Neumünster.

Die Reisegruppe nutzte die im Zusammenhang mit der Rückreise sich ergebenden wenigen Stunden Aufenthalt in der diesjährigen Kulturhauptstadt Europas, um noch Sehenswürdigkeiten Rigas zu besuchen. Eine gelungene Reise, die nach Wiederholung ruft.

Ute Eichler

Hoher Besuch

Kulturministerin bei Dittchenbühne zu Gast

Anfang Juli besuchte die schleswig-holsteinische Kulturministerin, Anke Spoorendonk, das „Forum Baltikum – Dittchenbühne" in Elmshorn und informierte sich über die Arbeit von Bühne und Verein. Mit dabei waren auch der Landtagsabgeordnete Peter Lehnert, Brigitte Hohmann aus der Kulturabteilung der Ministerin und Thorsten Mann-Raudies, Elmshorner Stadtverordneter und Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Weiterbildung.

„Peter Lehnert hat mir immer wieder von der Dittchenbühne erzählt", berichtete Anke Spoorendonk während ihres Aufenthalts am „Forum Baltikum – Dittchenbühne". „Deshalb wollte ich schon lange einmal hierher kommen – und jetzt hat es endlich geklappt!"

> Probleme erkannt, aber Ministerin sagte keine Hilfsgelder zu

Auf dem Besichtigungsprogramm an der Hermann-Sudermann-Allee stand eine ausführliche Hausführung vom großen Vortrags- und Festraum über den Theatersaal, die hellen und freundlichen Räumlichkeiten des Kindergartens bis zu den Veranstaltungsräumen, den Theaterwerkstätten und den Künstlergarderoben.

Während des Rundgangs machte die Ministerin bei der Theaterschule mit, informierte sich über die Malkurse für Kinder und plauderte mit den Schneiderinnen in der Theaterschneiderei. Und sie ließ es sich nicht nehmen, eine schmale, steile Treppe emporzusteigen, um auf dem Dachboden einen Blick auf den reichhaltigen Fundus der Bühne zu werfen.

In einem anschließenden Gespräch informierte Dittchenbühnen-Vorsitzender Raimar Neufeldt über Geschichte und aktuelle Ausrichtung des „Forum Baltikum – Dittchenbühne", berichtete über Projekte und Pläne, hob das vielfältige, ehrenamtliche Engagement von Mitgliedern und Helfern hervor, verschwieg aber auch nicht die angespannte finanzielle Situation des Vereins.

Neufeldt: „Unsere Projekte und Programme tragen sich größtenteils selbst – was uns Sorgen macht, ist der aufwendige Unterhalt des Gebäudes." Man könne sich nicht einmal mehr wie früher einen Hausmeister leisten.

Ministerin Spoorendonk zeigte sich sehr beeindruckt von den vielen Aktivitäten des Vereins und von dem großen Engagement, das überall im Hause spürbar sei. Große Aussichten auf direkte finanzielle Hilfen konnte sie dem „Forum Baltikum – Dittchenbühne" allerdings nicht machen. Sie wies aber auf die Möglichkeit hin, Mittel über die Förderungen von bestimmten Projekten zu generieren. Das sei aber – und da waren sich alle Anwesenden einig – ein mühsames Unterfangen.

EB



Raimar Neufeldt mit Ministerin Spoorendonk Bild: Dittchenbühne

Wie geölte Maschinen

Um im Alltag besser zu »funktionieren«, greifen auch gesunde Menschen zu Psychopharmaka – Doch der Preis dafür ist hoch

Millionen Deutsche nehmen Tabletten, die ihr Bewusstsein verändern. Sie sind überzeugt, nur so den Alltag bestehen zu können. Über Risiken und Nebenwirkungen machen sie sich die wenigsten Gedanken.

Legale Drogen sind heute in unserer Gesellschaft allgegenwärtig, auch wenn wenig darüber gesprochen wird. In Einzelfällen bekommen schon auffällige Kindergarten-Kinder sedierende Medikamente. Schüler, die im Unterricht nicht still sitzen und stören, die sich in das herkömmliche Schulsystem nicht hineinpressen lassen, bekommen zu Zehntausenden Methylphenidat verschrieben, das unter dem Markennamen „Ritalin“ verbreitet ist.

Studenten und Lehrende betreiben Hirndoping ebenfalls oft mit „Ritalin“ und dessen Generika, um den stressigen Anforderung des universitären Betriebes zu genügen. Gerade das Bachelor-Master-System mit seiner stärkeren Verschulung der Ausbildung überfordert durch die enge Abfolge von Prüfungen viele Studenten. „Ritalin“, unter dessen Wirkung scheinbar alles leichter geht, ist dann der schnell gefundene Ausweg.

Angestellte, die sich gestresst fühlen, nehmen immer häufiger Antidepressiva. „Fluoxetin“, „Citalopram“, „Paroxetin“ und viele andere Medikamente werden nicht mehr nur von psychisch Kranken eingenommen, sondern von tausenden Deutschen, die nur ein Leiden haben: Überforderung am Arbeitsplatz oder in der Familie. Ärzte verschreiben schnell Psychopharmaka, wenn der Patient über den Tod eines Angehörigen trauert, wenn er nur schwer einschlafen kann oder wenn er allein über eine innere Unruhe klagt.

Dabei ist der Nutzen des Tablettenkonsums höchst zweifelhaft. „Ritalin“ schluckende Schüler betäuben einen Teil ihrer Individualität, blockieren ihre natürliche Entwicklung, werden zu gut funktionierenden Robotern. Studenten, die Methylphenidat nehmen, um stundenlang über ihren Büchern sitzen zu können, erkaufen den Lernerfolg mit einer Dämpfung der Kreativität, auch mit einer wachsenden sozialen Unverträglichkeit. Sie werden unausgeglichen, reizbar, manchmal aggressiv. Die vielen Frauen, die heute Antidepressiva nehmen, können damit vielleicht besser an ihrem Arbeitsplatz funktionieren, können besser acht Stunden lang ermüdende Verrichtungen erledigen, doch Zufriedenheit oder gar Glück finden sie nicht. „Bislang habe ich in meiner psychologischen Praxis keinen einzigen Menschen getroffen, der mit Psychopharmaka sein Leben verbessert hat. Im Gegenteil: Patienten klagen über die Nebenwirkungen der Tabletten – wie eine Eintrübung des Bewusstseins und eine allgemeine sexuelle Lustlosigkeit“, sagt die Psychologin Lena Kornyeyeva, die Verfasserin des Buches „Die sedierte Gesellschaft“.



Seelisch ausgebrannt: Ärzte verschreiben in vielen Fällen oft voreilig Antidepressiva *Bild: A1PIX*

Tatsächlich sind die negativen Folgen der Psychopharmaka gravierend. Achtmal mehr Deutsche sind von legalen Psychopillen abhängig als von illegalen Drogen. Eine große Zahl von Abhängigen lebt in unseren Städten – unerkannt und sich selbst überlassen. Sie gehen benebelt durch ihren Tag, verhalten sich im Haushalt, in der Universität und auf der Arbeit wie Maschinen. Da sie in der Öffentlichkeit meist gut funktionieren, fällt ihre Abhängigkeit nicht auf, sind sie kein Problem für die Gesellschaft. Doch das gute Funktionieren am Arbeitsplatz verdeckt die tiefe Verzweiflung der Menschen, die jeden Abend Schlaftabletten nehmen, um schlafen zu können, die jeden Morgen Aufputschmittel schlucken, um arbeiten zu können und die Antidepressiva einwerfen, um nicht am Leben zu verzweifeln.

Zu den häufigen Nebenwirkungen von dem Antidepressivum „Citalopram“ gehören beispielsweise Schlafstörungen, allgemeines Erschöpftsein, Konzentrationsstörungen, Gedächtnisstörungen, Angststörungen, Aufgeregtheit, Nervosität, Müdigkeit, vermehrtes Gähnen, verändertes Traumerleben, Verwirrtheit, Appetitveränderung, Gewichtsveränderung, Teilnahmslosigkeit, Luststörungen und Selbstmordneigung. „Häufig“ bedeutet in der Logik der Beipackzettel, dass die Nebenwirkungen bei einem bis zehn Prozent der Patienten eintreten. Manchmal werden Gewalttaten unter der Einwirkung von Medikamenten wie „Proszac“ oder „Ritalin“ begangen. Es konnte nachgewiesen werden, dass viele der Amokläufer, die an US-amerikanischen, deutschen oder finnischen Schulen um sich geschossen haben, unter dem Einfluss von Psychopharmaka standen. Diese dramatischen Folgen sind zwar eine ganz seltene Ausnahme. Bei der hohen Durchdringung der Gesellschaft mit den entsprechenden Medikamenten sind diese von Arzneimitteln begünstigten Gewalttaten trotzdem ernst zu nehmen.

Süchtig von legalen Drogen

Der Nutzen des Psychopharmaka-Konsums durch gesunde Menschen lässt sich auf einen Nenner bringen: Die „guten“ Wirkungen sind allesamt nicht nachweisbar oder zweifelhaft. Die teilweise drastischen Nebenwirkungen hingegen sind sehr gut belegt. Warum tun sich die Menschen das an, weshalb setzen sie sich diesen dramatischen Risiken aus? Wieso akzeptieren sie eine Veränderung ihrer Libido, ihres Gemütszustandes und ihres Verstandes? Warum schlucken sie meist völlig kritiklos die Tabletten, während sie die Gefahren von Tabak und Alkohol genau kennen und womöglich auf diese Suchtmittel verantwortungsvoll verzichten?

Zum einen lässt sich mit Psychopharmaka sich viel Geld verdienen. Die Pharmaindustrie erzielt beispielsweise in den USA alleine mit „Proszac“ Milliarden-Umsätze. Zum anderen sind die Tabletten scheinbar bequem: Für (gestresste) Ärzte ist es einfacher, eine Tablette zu verschreiben, als eine intensive Ursachenforschung zu betreiben oder den Patienten in eine Psychotherapie zu schikken. Für Lehrer ist es bequem, einem Schüler „Ritalin“ zu empfehlen, statt sich mit dessen auffälligem Verhalten auseinanderzusetzen. Für Arbeitgeber ist es gut, wenn die Angestellten wie gut geölte Maschinen arbeiten.

Individuelle Eigenschaften des Menschen stören heute nur. Typen und Charaktere passen nicht mehr in die moderne Zeit. Wer nicht freiwillig in dieser schönen neuen Welt seinen Platz findet, wer sich nicht freiwillig anpasst und ein Mensch ohne Eigenschaften wird, wer den Anweisungen widerspricht oder unter dem Druck der Arbeitswelt leidet – der wird mit Psychopharmaka fügsam gemacht.

Natürlich lassen sich nicht alle Menschen freiwillig sedieren, viele widersetzen sich erfolgreich der Medikation. Es sind besonders die bildungsfernen Schichten, bei denen die Pharmaindustrie zusammen mit den verschreibenden Spezialisten leichtes Spiel hat. Je weniger die Menschen sich selbst, je mehr sie den Ärzten und dem System blind vertrauen – umso eher fallen sie auf die Strategien rein, die sie zu Sklaven der Leistungsgesellschaft machen. *Nils Aschenbeck*

Der Autor hat mit Lena Kornyeyeva das Buch „Die sedierte Gesellschaft. Wie Ritalin, Antidepressiva und Aufputschmittel uns zu Sklaven der Leistungsgesellschaft machen“ (Heyne Verlag 2014, 12,99 Euro) geschrieben.

Gesunde Erfrischung

Kampf den Keimen! – Tipps zur Trinkwasseraufbereitung

Der Bedarf an Trinkwasser ist in diesen Tagen besonders hoch. Je heißer der Sommer, desto größer ist die Nachfrage nach Abkühlung in flüssiger Form. Wer sich nicht mit schweren Wasserkisten aus dem Getränkemarkt abschleppen will, der dreht den Wasserhahn auf. Das ist zwar sehr günstig, hat aber nicht immer Top-Qualität. Denn im Leitungswasser können sich Krankheitskeime bilden.

Zum Abtöten der Keime hat sich ein primitives, aber wirksames Verfahren bewährt: das Abkochen. Hierbei wird die gewünschte Wassermenge in einen Topf gefüllt und am besten mehrmals für zehn Minuten zum Kochen gebracht. Nach dem Abkühlen hat sich auch trübes Wasser weitgehend geklärt und kann sorglos getrunken werden. Wasser, das mit Umweltgiften belastet ist, verliert seine schädliche Wirkung durch das Abkochen allerdings nicht.

Für die Bestrahlung mit UV-Licht eignen sich, sofern keine besseren Möglichkeiten zur Verfügung stehen, die überall massenweise vorhandenen PET-Getränkeflaschen recht gut. Hierzu sucht man sich möglichst klares Wasser und füllt es in die Flaschen. Danach setzt man die Flaschen mindestens einen ganzen Tag lang dem vollen Sonnenlicht aus. Durch die darin enthaltene ultraviolette Strahlung werden Mikroorganismen zuverlässig abgetötet, allerdings werden dadurch weder Schwebstoffe noch Kontaminierungen mit Schwermetallen oder Pestiziden entfernt. Bei diesem Verfahren handelt es sich um eine sehr einfache und zuverlässige Methode, die Ansteckung mit Krankheiten zu verhindern.

Noch verlässlicher ist die Verwendung eines speziellen Geräts, das überall die ausreichend kräftige Bestrahlung mit hochwirksamem UV-Licht sicherstellt. Solche Wasserentkeimer sind in verschiedenen Modellen erhältlich. Sie bestehen aus einem Griffteil und einem Leuchtstab, der bei Betrieb im Wasser herumgeschwenkt wird. Nach ein bis zwei Minuten ist das Wasser keimfrei. Diese Geräte sind gerade auch für Aufenthalte in Hotels, Privatzimmern und anderen Unterkünften in hygienisch bedenklichen Gegenden geeignet. Er macht Viren unschädlich, was von einfachen Mikrofiltersystemen nicht erwartet werden kann. Bei trübem Wasser sollte man beide Verfahren miteinander kombinieren.



Bild: action press

Kühles Nass: Im Sommer kommt jede Erfrischung recht

Eine hervorragende Möglichkeit zur Aufbereitung von Trinkwasser ist das Filtern. Es gibt Geräte, durch die das Wasser allein durch die Schwerkraft hindurchläuft. Andere Apparate werden an die Wasserleitung angeschlossen und nutzen den Leitungsdruck. Fällt dieser ab, kommt allerdings auch kein Wasser mehr heraus.

Wieder andere Geräte erlauben das manuelle Pumpen, beispielsweise unterwegs. Am zuverlässigsten und mit am kostengünstigsten sind Schwerkraftfilter. Oben in das Gerät füllt man Wasser ein, unten sammelt sich das aufbereitete Trinkwasser. Je nach Anzahl der verwendeten Filterkerzen geht das schneller oder langsamer. Solche Entkeimer sind im Fachhandel erhältlich.

Der Tröpfelfilter aus dem Haushaltswarengeschäft ist dafür jedoch ungeeignet. Im Gegenteil: Wenn der Kohlefilter nicht ständig ausgewechselt wird, siedeln sich in ihm Erreger an, die man dann im vermeintlich „gefilterten“ Trinkwasser hat. Ein Wasserfilter sollte auf jeden Fall mit einem keramischen Element ausgestattet sein, sonst funktioniert er nicht zuverlässig. *Alexander Glück*

Fruchtiger Abgang

Sommeliers wissen: Die besten Obstsäfte kommen aus Südtirol

Deutsche gelten international als die Safttrinker-Nation Nummer eins. Rund 40 Liter Obstsaft rinnen im Durchschnitt jährlich durch jede deutsche Kehle. Dem trägt auch die gehobene Gastronomie zunehmend Rechnung. Ausgewiesene Connaisseure auf diesem Gebiet sind jedoch handverlesen. Ganze acht Namen, fünf davon Gastronomen, stehen auf der Liste der Saftmanufaktur Haus Rabenhorst aus Unkel am Rhein, die sich soweit bekannt als Einzige bisher der Weiterbildung zu Saftsommeliers angenommen hat.

Als erste über den Titel Saftsommelier freuen durften sich 2009 Dirk Giesselmann und Hilmar Gathov vom Berliner Traditionshaus Habel Weinkultur am Reichstag. In der zweiten Generation folgten Jean Marie Dumaine, Inhaber des Restaurants Vieux-Sinzig an der Ahr, und sein Weinsommelier Enrique Arminjo. Auch Patrick Swaton, Chef de Rang im Berliner Spitzenhotel Adlon Kempinski und Gewinner der Deutschen Jugendmeisterschaften 2010 als Restaurantfachmann, gehörte dazu.

In Südtirol dagegen, das mit 18 000 Hektar Anbaufläche als größtes zusammenhängendes Obstgebiet Europas gilt und aus dem zwölf Prozent der europäischen Apfelernte stammen, ist der Sommelier für Säfte noch gänzlich unbekannt. Hier informieren Genussbotschafter über die Qualitätsprodukte der Region, deren Ursprung, Bräuche, Herstellung und Verarbeitung und geben Tipps zur Verwendung oder einfach zum Genießen.

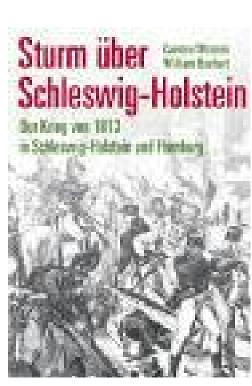
Das ist umso erstaunlicher, als der beste Apfelsaft aus Südtirol kommt. Jedenfalls nach Meinung der Expertenjury, die alljährlich im Rahmen der Messe „Ab Hof“ in Wieselburg in Niederösterreich die europaweit bedeutendste Produktprämierung im Bereich Säfte vergibt. 2013 holte Thomas Kohl die „Goldene Birne“ für seinen sortenreinen Bergapfelsaft Jonagold nach Südtirol und setzte sich damit gegenüber mehr als 3000 eingereichten Proben aus Österreich, Deutschland, Italien und angrenzenden Ländern durch. Für insgesamt acht seiner Bergapfelsäfte erhielt der Obstbauer im Rahmen dieser Bewertung eine Auszeichnung. Und gerade erst wurde sein Bergapfelsaft Pinova bei einer internationalen Verkostung in Kärnten als bester Saft Italiens ausgezeichnet.

Spitzenlage auf über 900 Metern

Was ist das Besondere an Kohls Gourmetsäften? Die Familie Kohl lebt seit Generationen am Berg. Genauer in Unterinn am Ritten bei Bozen in über 900 Meter Höhe. Hier wagten Vater und Sohn das Experiment, den Hof komplett auf Obstbau umzustellen. Sie pflanzten Apfelbäume und es funktionierte. In dieser Höhe spricht man offiziell von Bergäpfeln. Seitdem hegt und pflegt Junior Thomas seine Äpfel wie der Weinbauer die Trauben. Erst wenn die Äpfel richtig reif sind, werden sie einzeln per Hand gepflückt. Anschließend werden sie auf dem Hof gepresst. Zwei bis drei Durchgänge sind nötig bis ein Baum zwischen August und Oktober abgeerntet ist.

Das Ergebnis sind Geschmackserlebnisse, wie man sie kaum noch kennt. Jeder der sechs Bergapfelsäfte und sechs Cuvées aus Birne, Karotte, Marille, Johannisbeere, Heidelbeere und Holunder riecht nicht nur herrlich fruchtig, sondern schmeckt auch so.

Analog zum Wein empfiehlt Kohl mit jeweiliger Temperaturangabe zwischen acht und zwölf Grad zu leichten Vorspeisen, Knödeln oder Blauschimmelkäse den adeligen Pinova, zu hellem Fleisch, Frischkäse und Desserts den eleganten Jonagold, zu Risotto, Speck oder gebackenen Südtiroler Desserts den knackigen Elstar, zu Spargel, gegrilltem Gemüse und Fisch den vielfältigen Rubinette, zu Vorspeisen, Meeresfrüchten und Nudelgerichten den verführerischen Gravensteiner. Als Aperitif sowie zu asiatischen Gerichten und Gemüseterrinen eignet sich der rebellische Rouge. Es sind vollmundige Begleiter, bekömmlich und gesund, deren Geschmack noch lange nach dem Essen auf der Zunge liegt. *Helga Schnehagen*



Verdrängte Verbrechen

Französische Besatzer 1813/14

Obwohl sich die Befreiungskriege von 1813/14 derzeit zum 200. Mal jähren, gibt es wenig Ausstellungen, Vorträge und Berichte in den Medien zu dem Thema. Allenfalls der 200. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig stieß im Oktober auf ein gewisses Interesse. Dabei wirken die einst gegen Napoleon geführten Kriege bis heute nach, denn sie legten den Keim für ein modernes deutsches Nationalbewusstsein. Daher kann die Publikation „Sturm über Schleswig-Holstein. Der Krieg von 1813/14 in Schleswig-Holstein und Hamburg“ der beiden schleswig-holsteinischen Archivare Carsten Walczok und Wiliam Boehart durchaus bei vielen vorhandene Wissenslücke schließen. Leider erfüllen beide Herausgeber zu sehr das Klischee, das man von ihrem Berufsstand hat, und so sind die meisten Texte zwar reich an Fakten, doch diese sind wenig leserfreundlich präsentiert. Und auch die von ihnen hinzugezogenen Gastautoren ziehen den Leser mit ihrem Erzählstil nur selten in ihren Bann. Aber immerhin bietet das vorliegende Buch zahlreiche wenig verbreitete Informationen.

Zu Beginn wird allgemein kurz über die Vorgeschichte von den Revolutionskriegen über die Napoleonischen Kriege und die Befreiungskriege selbst geschrieben. Wer stand wann auf welcher Seite, denn es war keineswegs so, dass Freund und Feind während der Jahre durchweg die gleichen blieben. Napoleon hatte durchaus immer wieder so viel Einfluss, Feinde unter Zwang zu Bündnispartnern zu machen, was nicht nur bei den Preußen der Fall war. Besiegte mussten sich eben mit dem neuen Herrscher arrangieren, doch bei den wenigsten war es eine Herzenssache, auch wenn Napoleon anfangs auch auf deutschem Boden viele echte Bewunderer und Unterstützer hatte.

Walczok beschreibt, wie sich militärischer Widerstand gegen die französischen Besatzer äußerte, und stellt unter anderem das Lützower Freikorps und die Hanseatische Legion vor. Letztere wurde gezielt auf den Zaren vereidigt, um so völkerrechtlich als reguläre Truppe anerkannt zu werden, Gewehre lieferte Großbritannien. Ihr Ziel war vor allem die Rückeroberung Hamburgs.

Gleich in mehreren Kapiteln wird darauf eingegangen, wie die Bevölkerung von Städten wie Hamburg, Lübeck oder Lauenburg unter der französischen Besatzung litt. Einquartierungen und Abgaben waren nur ein Teil. In Hamburg wurden auch, um Gelder zu erpressen, Kaufleute als Geiseln genommen. Die Hamburger Bank musste ihr Silber aus dem Tresor gegen im Grunde wertlose Rückzahlungsversprechen ausgeben und als sich die Niederlage abzeichnete, wurde die Hansestadt zur Festung ausgebaut. Ganze Vorstädte wurden für ein freies Schussfeld niedergebrannt, die Bevölkerung verjagt. Zehntausende An- und Einwohner Hamburgs waren so mitten im Winter ohne Unterkunft und Versorgung. Zwar nahmen die umliegenden Städte viele Flüchtlinge auf, doch tausende Alte und Kinder starben schon auf dem Weg dorthin. Lübeck erlebte Ähnliches. Dieses soll laut den Autoren so nachhaltig von den Franzosen ausgebeutet worden sein, dass ihm bis in die 1860er Jahre Geld für Investitionen fehlte, und so den Anschluss an andere Hansestädte für immer verlor. Wer aufmuckte, wurde verhaftet und je nach Stimmungslage der Franzosen auch zum Tode verurteilt und exekutiert.

Zehntausende Hamburger vertrieben

Die Autoren erwähnen, dass nur wenige Denkmäler heute noch an die Zustände von damals erinnern. Hier erwähnen sie ein 1820 errichtetes Denkmal für den Lübecker Schlachtermeister Jürgen Prahl, der nach Zusammenstößen zwischen Bürgern und französischem Militär aufgrund der schlechten Versorgungslage zur Abschreckung erschossen worden war.

Am Ende ziehen die Autoren noch eine Bilanz der Befreiungskriege und gehen auf die Nachwirkungen ein. Hier bieten sie abschließend einige aufschlussreiche Erkenntnisse. *R. Bellano*

***Carsten Walczok, Wiliam Boehart (Hrsg.): „Sturm über Schleswig-Holstein. Der Krieg von 1813/14 in Schleswig-Holstein und Hamburg“**, Wachholtz, Neumünster 2013, gebunden, 285 Seiten, 19,90 Euro*



Treffer ins Schwarze

Zielgenaue Abrechnung mit den Irrtümern unserer Zeit

Fassungslos beobachten Deutsche wie andere Europäer, wie sich ihr Traum von der europäischen Einheit in einen Albtraum verwandelt. Wie ihre Bürgergesellschaften zerfallen, sozial wie ethnisch. Wie ihre demokratischen Rechte im Dschungel einer selbstermächtigten Bürokratie und unter der Anmaßung einer politischen Klasse versinken, deren Überheblichkeit in dem Maße zu wachsen scheint, wie ihre Fähigkeit zur Problemlösung schrumpft.

Der Rostocker Geschichtsprofessor Egon Flaig nimmt in seinem Buch „Gegen den Strom“ diese erschreckende Entwicklung, diesen rasanten Verfall zum Anlass für eine der gründlichsten und schonungslosesten Gegenwartsanalysen, die in den vergangenen Jahren erschienen sind. Dabei greift er ohne Scheu auch jene Erregungsthemen auf, mit denen bereits Autoren wie Thilo Sarrazin oder Akif Pirinçci für Furore sorgten: Multikulti, deutsche Leitkultur, Politische Korrektheit sowie die Rolle und Beschaffenheit des Islam.

Mit seinem Buch überführt er zudem etliche lautstarke Kritiker von Sarrazin und erst Recht Pirinçci der Heuchelei. Die Perfidesten unter ihnen hatten nämlich behauptet, an sich hätten sie nichts dagegen, über die von den Autoren aufgebrachten Themen zu diskutieren, ja, sie begrüßten die offene, kritische Aussprache sogar. Allein die polemische Art, in welcher Sarrazin und Co. ihre Kritik angebracht hätten, verhindere eine seriöse Debatte. Daher seien diese selber schuld, wenn nun bloß gegen sie geschossen werde, statt ihre Thesen sachlich zu diskutieren.

Geht über Sarrazin und Pirinçci weit hinaus

Abgesehen davon, dass der Vorwurf der Polemik auf Sarrazin kaum zutrifft (auf Pirinçci schon): Nun erweist sich, dass auch der frühere Berliner Senator und Bundesbanker gut daran tat, seine Abrechnung mit einigen pamphlettauglichen Aussprüchen zu garnieren, statt ganz und gar auf der Ebene der Sachlichkeit zu verharren. Denn genau das hat Flaig getan. Sein Buch enthält sich jeder inhaltlich nicht notwendigen Zuspitzung. Das macht sein Buch keineswegs langweilig, der Historiker brilliert mit glasklaren Schlussfolgerungen, einer flotten Schreibe in gestochen scharfem Deutsch und umfassendem Wissen, das alle seine für den Zeitgeist-Ritter unfassbar provokanten Thesen solide abstützt.

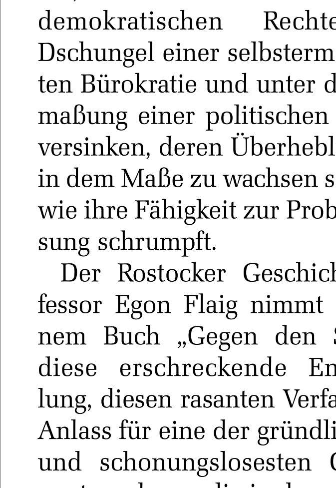
Doch eine hörbare Debatte wie bei Sarrazin und Pirinçci ist im Falle von „Gegen den Strom“ ausgeblieben. Es ist, wie die *PAZ* schon damals vermutete: Sarrazin war ein gewisser Grad an Polemik nicht vorzuwerfen, denn der war nötig, um die öffentliche Debatte zu erzwingen. Flaig liefert den Beweis, was passiert, wenn man auf die Bitte der Zeitgeist-Wächter nach „Sachlichkeit“ hereinfällt: Man wird weitgehend ignoriert.

Flaig ist überzeugter Europäer, wie der Untertitel des Buches klarmacht: „Für eine säkulare Republik Europa“. Doch dürfe diese Republik nicht von oben aufgezwungen werden, das könne nicht gelingen. Flaig kurz und bündig: „Es führt kein Weg von der Brüsseler Europäischen Union zu einem demokratischen Europa.“ Europa könne nur entstehen aus einem freien republikanischen Willensakt seiner Bürger.

Um zu kennzeichnen, was Europa ausmacht, geht der Historiker tief in die Geschichte, zeichnet nach, wie unser Kontinent von der hellenischen Antike über das hohe Mittelalter bis heute sein Wesen formte. Nebenbei erfährt der Leser, dass die Menschenrechte eine deutsche Erfindung sind: Der 1231 fertiggestellte „Sachsenspiegel“ sei das erste Rechtsbuch der Menschheitsgeschichte gewesen, in dem die Sklaverei ausdrücklich verboten worden sei. Damit sei erstmals ein allen zustehendes Menschenrecht (das Recht an der eigenen Person) garantiert worden.

Scharf grenzt er davon die islamische Tradition, insbesondere die Scharia ab, welche 54 islamische Staaten noch 1990 als den Menschenrechten übergeordnet erklärt hatten. Wer Gegenwart verstehen und ihre Entstehung begreifen will, dem bietet „Gegen den Strom“ ein reiches Arsenal an Quellen und Denkanstößen. *Hans Heckel*

***Egon Flaig: „Gegen den Strom“**, Verlag zu Klampen, Springe 2014, gebunden, 254 Seiten, 22 Euro*



Wie ein Schweizer Taschenmesser

Ansprechender Reiseführer über Unesco-Welterbestadt Quedlinburg

Wem bisher zu Quedlinburg immer nur der Domschatz einfiel, sollte einmal einen Blick in Wolfgang Hoffmanns Stadtführer zur Unesco-Welterbestadt werfen. Der Historiker nimmt uns mit in die Geschichte des Harzer Vorlandes und berichtet im ersten Kapitel eingehend über die bewegte Vergangenheit dieser Region. Ganz besonders informativ sind die immer wieder eingeflochtenen, vertiefenden Begriffserklärungen zur Herkunft von Namen oder Übersetzung von Inschriften. Der Autor weiß, wovon er spricht, wenn er mit uns einen Ausflug ins „große Freilichtmuseum der Fachwerkbaukunst“ unternimmt.

Der Leser erfährt zum Beispiel, dass es im Stiftsgebiet bis 1824 keine einzige befestigte Wegstrecke gab. Kaum vorstellbar, dass hier 69 Aufenthalte deutscher Könige und Kaiser von 922 bis 1027 bezeugt sind. Wie haben die das gemacht, mit Gefolge, aber ohne befestigte Straßen? Danach folgt ein kurzer Überblick über drei lohnende Stadtrundgänge. Optisch verdeutlicht durch verschiedene Farben erwandert man den Schlossberg, die Altstadt und wirft einen Blick in den Brühl und Abteigarten.

„Der Quedlinburger Brühl gibt sich ästhetischer und ist ein Tiergarten oder ein Bois de Boulogne mit schönen Bäumen und allerlei Bild- und Bauwerken“, schreibt Theodor Fontane in seinem Roman „Cécile“. Hoffmann ergänzt seine Beschreibung des Lustgärtchens mit der Erwähnung einiger „lustiger Sagen“, die sich um das Gebiet ranken. Natürlich wird auch nicht vergessen, eine kleine Wanderung auf den Münzenberg zu unternehmen. „Wie Schwalbennester am Berghang klebend, drängen sich die nachmittelalterlichen Fachwerkhäuser“, berichtet der Autor über diesen Ort. Und obwohl hier zeitweise Kleinkriminelle und Wandermusikanten ohne Bürgerrechte wohnten, hat der Name nichts mit Geldstücken zu tun. Der Autor klärt auf, was Sprachwissenschaftler zur Bezeichnung sagen. Wer mehr wissen möchte, sollte diesen kleinen Stadtführer wie ein Schweizer Taschenmesser immer bei sich führen. Was ist das Besondere daran? Es enthält alles, was man braucht. Und manchmal sogar ein wenig mehr. So versteht es sich fast von selbst, dass man am Ende jeder Spaziergangs-Beschreibung Adressen, Öffnungszeiten und Verkehrsverbindungen mitgeteilt bekommt. Die kleine Fachwerkkunde gibt es als Sahnehäubchen dazu. Beeindruckende Fotos machen Lust darauf, das alles selbst einmal anschauen zu dürfen. Da gibt es tatsächlich noch eine Stadt, die von den Wirren der Zeit scheinbar fast vergessen wurde.

„Der Himmel ist uns überall gleich nahe“, sagte der berühmte Sohn der Stadt, Friedrich Gottlieb Klopstock. Hoffmann bringt uns den Himmel über Quedlinburg durchaus näher. *Silvia Friedrich*

***Wolfgang Hoffmann: „Quedlinburg. Ein Führer durch die Weltkulturerbe-Stadt“**, Schmidt Buch, Wernigerode 2014, geb., 96 Seiten, 5 Euro*



Der Krieg abseits der Front

Jörn Leonhard setzt bei seinem Werk über den Ersten Weltkrieg vor allem auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Themen

Das zusammenfassende Werk „Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges“ von Jörn Leonhard ist nicht nur seinem Umfang nach gewichtig, sondern auch durch die Fülle der Gedanken, die es mit enormem Fleiß ausbreitet. So wird Russland nicht einfach als rückständig eingestuft, sondern es wird auf den Modernisierungs-Schwung hingewiesen, den es durch die Erfordernisse der Kriegswirtschaft mitbekommen hat, aufbauend auf den Leistungen der Regierungen kurz vor dem Kriege. Immer wieder berichten Querschnitts-Kapitel von dem, was der Krieg außerhalb von Strategie und Taktik bedeutet und hervorgerufen hat. Siehe „Die Grenzen der Belastung“, mit einem Panorama von den französischen Meutereien im Frühjahr 1917 bis hin zu den Soldaten aus „Turkestan“ und deren Vorwürfen an die mittlerweile sozialistische Regierung in Petrograd. Aber über Strategie und Taktik wüsste man doch gerne etwas mehr Bescheid, als diese Darstellung bietet. Wen das eingehend interessiert, der muss anderswo nachlesen. So ist der misslungene österreichische Angriff auf die Armee des Zaren vom August/September 1914 nicht einmal in seinen Grundzügen fassbar, der anschließende deutsch-österreichische Gegenstoß vom Herbst in Richtung Warschau, um die „russische Dampfwalze“ von Posen und von Schlesien abzuhalten, ebenso wenig.

Als Falkenhayn angesichts des Erstarrens der Westfront im Grabenkrieg (November 1914) daran verzweifelte, eine Entscheidung herbeiführen zu können, und sich deshalb an den Reichskanzler mit dem Vorschlag wandte, zwecks Entlastung den Russen einen Sonderfrieden anzubieten, da lehnte Bethmann-Hollweg ab. Warum? Das erfahren wir bei Leonhard nicht und müssen es stattdessen etwa in Gerhard Ritters „Staatskunst und Kriegshandwerk“, Band III, nachlesen.

Autor berichtet viel und deutet weniger

Der Autor bemerkt zu Recht, wenn auch nicht als erster, dass der Krieg mit dem Waffenstillstand vom November 1918 eigentlich noch nicht zu Ende war, denn im Osten und im bis dahin osmanischen Orient kamen die Gewalttätigkeiten erst mit dem Sieg der Bolschewiken im russischen Bürgerkrieg und mit dem Friedensvertrag von Lausanne (1923) zu einem gewissen Abschluss. Dementsprechend ausführlich geht der Autor auf alles ein, was mit den osmanisch-türkischen Fronten zusammenhängt.

Aber ein gewisser Germano-Zentrismus wird doch nicht vermieden, konnte er wohl auch nicht, sonst wären weitere 1000 Seiten Text notwendig geworden. Doch so entsteht etwa die Einseitigkeit, dass die deutschen Kriegsgräuel beim Vormarsch in Belgien (August 1914) ausführlich erörtert werden, während die russischen Massendeportationen aus dem besetzten Galizien (1914/15), um dort das ukrainisch-ruthenische Element zu schwächen, unerwähnt bleiben.

Der Stil ist nicht frei von akademischer Umständlichkeit und Leblosigkeit. So heißt es zu den Armenier-Massakern, unüberbietbar dürr: „Lokale Kontexte und subjektive Wahrnehmung begünstigten eine kumulative Radikalisierung von Gewalt.“

Der Hinweis auf Gerhard Ritters „Staatskunst und Kriegshandwerk“ macht deutlich, in welcher mittlerweile etablierten Tradition das Werk des Autors steht: in derjenigen einer Querschnitts-Darstellung, in der wirtschaftliche und gesellschaftliche, mentalitätsbedingte Themen den militärischen oder, wie bei Ritter, den politischen den Rang sehr deutlich streitig machen.

Zu den Ursachen und Anlässen des Krieges kommt öfters die Bemerkung, die Verantwortlichen seien „überfordert“ gewesen, was über Christopher Clark nicht hinausführt. Bei der Präsentation des Krieges als der „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts und bei seiner Herleitung aus den Konflikt-Linien des 19. Jahrhunderts, die in diesem Gedenkjahr besonders gerne ausgebreitet werden, formuliert der Autor sehr zurückhaltend. Damit leistet er implizit den Grenzen der Geschichtswissenschaft Reverenz. Diese tritt zwar mit der Absicht an, Zusammenhänge und Kontinuitäten herauszuarbeiten, stößt dabei aber oftmals auf nicht zu integrierende Brüche und muss sich dann damit bescheiden, dass sie schlicht berichtet, anstatt zu deuten. *Bernd Rill*

***Jörn Leonhard: „Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges“**, C.H. Beck, München 2014, geb., 1157 Seiten, 38 Euro*



Großformat-Kalender
Ostpreußen 2014
Der Kalender ist mit zwölf verschiedenen, postergroßen Motiven aus Ost- und Westpreußen bebildert. Er zeigt Motive aus Wormditt, Elbing, Heilsberg, das Tannenbergdenkmal, den Lautern-see, Liebemühl, Rastenburg, Nikolaiken, den Burghof der Ordensburg in Allenstein, die rekonstruierten Altstadtfassaden am Pregelufer in Königsberg und das Dohna-Schlösschen in Mohrungen.
Das Kalendarium zeigt Mondphasen und die wichtigsten Feiertage an. Format 60 x 48 cm
Nr. P 535257 27,95 €



Kalender Carl Knauf 2015
Ein Niddener Maler auf der Kurischen Nehrung
Mit 12 ausgewählten Motiven des berühmten Malers Carl Knauf, der ab 1931 bis zu seinem Tod 1944 in Nidden im eigenen Sommerhaus lebte und arbeitete und wunderschöne Landschaftsporträts in Nidden und auf der Kurischen Nehrung malte. Zwischen 1920 und 1944 hat Carl Knauf mehr Bilder von Nidden und der Region um das Kurische Haff gemalt als jeder andere Maler, der in dieser wunderschönen Landschaft gearbeitet hat.
Spiralbindung. Format 21 x 29,7 cm
Nr. P A0742 Kalender 11,90 €



Marjellchen
Schwarzer Johannisbeerlikör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5693 16,95 €



Nawelka
Weichselkirchen-Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5684 16,95 €



Moosbeere mit Wodka
Baltische Spezialität
20 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5685 16,95 €



Großformat-Kalender
St. Petersburg 2015
Mit brillanten Großformat-fotos des Alexanderpalastes, des Denkmals von Katharina der Großen, der Türme der Auferstehungskirche, des Katharinenpalastes, des Newski-Prospekts an der Moika, der Wassiljewski-Insel, des Sommergartens am Fluss Fontanka, des Winterpalasts, des Schlossplatzes mit Alexandersäule, Innenaufnahmen der Eremitage sowie des Reiterstandbilds auf dem Dekabristenplatz.
Format 60 x 48 cm
Nr. P 535278 27,95 €



Gumbinner Marillchen
Aprilkosen-Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5686 16,95 €



Samländer
Alter Aquavit
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5681 15,95 €

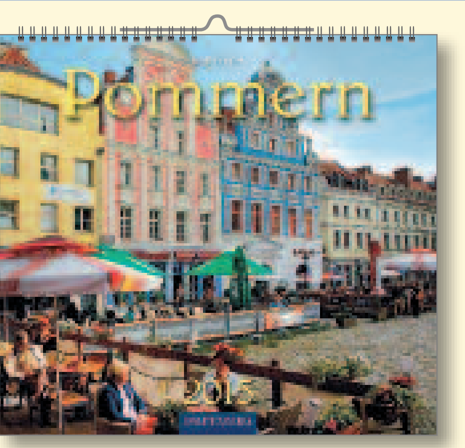
Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintesive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.



Kalender Ostpreußen/Westpreußen in Farbe 2015
Mit 12 aktuellen Motiven aus Ost- und Westpreußen
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535345 Kalender 14,95 €



Kalender Masuren in Farbe 2015
Mit 12 aktuellen Motiven aus Masuren, dem Land der kristallenen Seen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535344 Kalender 14,95 €



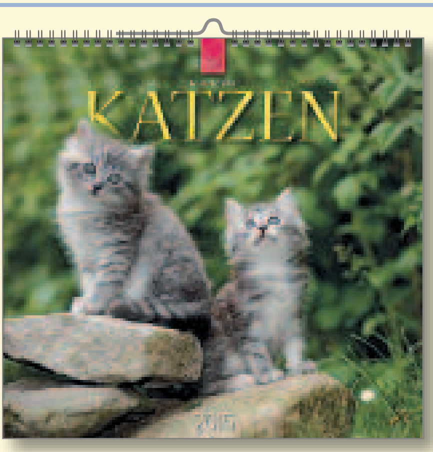
Kalender Pommern in Farbe 2015
Mit 12 aktuellen Motiven aus Pommern, dem Land am Meer.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535346 Kalender 14,95 €



Kalender Riesengebirge in Farbe 2015
Mit 12 aktuellen Motiven aus dem Reich von Rübezahl, dem Riesengebirge. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535347 Kalender 14,95 €



Kunst-Postkarten-Kalender Nidden 2015
Mit 12 Kunst-Postkarten bekannter Maler der Künstlerkolonie Nidden. Spiralbindung. Format 16,6 x 17,4 cm
Nr. P A0743 Kalender 6,95 €



Kalender Katzen 2015
Mit 12 brillanten Motiven von Katzen und Kätzchen.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535332 Kalender 9,95 €



Kalender Schlesien in Farbe 2015
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Schlesien.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535348 Kalender 14,95 €



Kalender Siebenbürgen in Farbe 2015
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Siebenbürgen.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535349 Kalender 14,95 €



Pralinenverpackung
Königsberger Marzipan Teekonfekt
225 Gramm vakuumverpackt
Nr. P 5664 Marzipan 11,00 €



Kalender Hunde 2015
Mit 12 brillanten Motiven von Hunden und Welpen.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535326 Kalender 9,95 €



Kalender Trakehner 2015
Mit 12 brillanten Motiven von Trakehner-Pferden.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535340 Kalender 9,95 €



Kalender Elche 2015
Mit 12 brillanten Motiven von Elchen, dem Wappentier Ostpreußens. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535321 Kalender 9,95 €

Jetzt mit 300 Gramm Marzipan



Königsberger Marzipan „Königsberger Schloß"
300 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5666 Marzipan 13,95 €



Kalender Eichhörnchen 2015
Mit 12 brillanten Motiven von Eichhörnchen.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535319 Kalender 9,95 €



Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Islamkritiker warnt Deutsche

Berlin – Der aus Ägypten stammende Islamkritiker Hamed Abdel-Samad hat angekündigt, Deutschland zu verlassen, berichtet die „Junge Freiheit“. Der Druck auf Islamkritiker wie ihn werde in unserem Land immer stärker, so Abdel-Samad. Das sei nicht als Vorwurf, sondern als Warnung zu verstehen. Nachdem er den Islam mit dem Faschismus verglichen hat, lebt er wegen Todesdrohungen unter ständigem Polizeischutz. *H.H.*

USA verlieren unser Vertrauen

Washington – Das Vertrauen der Deutschen in die USA und namentlich in US-Präsident Barack Obama ist drastisch gesunken, so eine Untersuchung des Washingtoner „Pew Research Institute“. Nur noch 51 Prozent haben ein positives Bild von der Supermacht. Das Vertrauen in Obamas Weltpolitik sackte von 93 Prozent bei seinem Amtsantritt 2009 leicht auf 88 Prozent im vergangenen Jahr. 2014 folge ein rabiater Einbruch auf 71 Prozent. *H.H.*

ZUR PERSON

Zwischen allen Fronten

Für den israelischen Außenminister Avigdor Lieberman ist der Hamas-Politiker **Ismail Hanija** eine „legitime Zielscheibe“. Und da die Israelis immer wieder deutlich machten, dass sie in solchen Fällen auch scharf schießen, muss der 51-jährige Hanija derzeit besonders um sein Leben fürchten.

Dabei gilt der einstige Dekan der Philosophischen Fakultät der Islamischen Universität Gaza als Angehöriger des gemäßigten Flügels der Hamas. Doch was hat das bei einer Terrororganisation schon zu sagen? Zumindest für Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, den führenden Politiker der Fatah-Bewegung, gilt Hanija als Gesprächspartner. Bereits mehrfach hat er Hanija zum Premier ernannt, doch was und wie viel dieser innerhalb der Hamas zu sagen hat, ist selbst ihm wohl nicht immer ganz klar. Da verkündete Hanija dieser Tage über die Medien, dass er sich eine Waffenruhe mit Israel vorstellen könne und sogar noch mehr, und kurze Zeit später vermeldete ein Sprecher der Hamas: „In Zeiten des Krieges lässt man nicht die Waffen ruhen, um anschließend zu verhandeln.“



Offenbar gilt es bei der Hamas als Sünde, das Wort „Frieden“ zu verwenden, so wurde eine angeblich von Hanija vor einigen Jahren getätigte Aussage, er könne sich einen „stufenweisen Frieden mit Israel“ vorstellen, sofort von der Organisation in „langfristigen Waffenstillstand“ umgeändert. Und so ist es schwer zu sagen, wo der in einem Flüchtlingslager geborene einstige Bürochef des Hamas-Gründers Scheich Ahmad Yasin eigentlich selber steht. Auf jeden Fall verwendete die Hamas den Tod eines der Neffen des je nach Meldungen elf- oder 13-fachen Vaters durch einen israelischen Luftangriff als Begründung dafür, als Rache weitere Raketen auf Israel abzuschießen. *Bel*



Frau Merkels neues Handy

Keine Anhaltspunkte

Warum Merkel rechtzeitig gehen sollte, wieso unterm Teppich kein Platz mehr ist, und wofür Außenminister eine Belohnung verdienen / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Das ist aber mal eine Geschichte: Mit großem Tamtam verbreitet der „Spiegel“ angebliche Hinweise darauf, dass Kanzlerin Merkel noch vor Ablauf der Wahlperiode 2017 aus dem Amt scheiden möchte. „Insider“ haben dem Blatt dahingehende Informationen gesteckt, welche die Redakteure mit einer Seelenbeschau von „Mutti“, einer Prise Privatem und allerlei Augenscheinlichem so geschickt verrühren, dass die Sache mit dem Rücktritt schon beinahe sicher erscheint.

Wer kommt dann? Ursula von der Leyen laufe sich warm, wird gemunkelt. Na ja, aber besser, die Kanzlerin hört mit dem Regieren auf, bevor sie die Lust dazu verliert, noch während sie im Amt ist. Das kann nämlich auch passieren. Berlin vermodert unter einem Bürgermeister, dem sein Posten offenkundig zum Hals raushängt. Daher hört Klaus Wowereit mit der Arbeit nach und nach einfach auf. Zurück bleibt eine Stadt, bei der man nur noch rätselt, was sich schneller auflöst: die öffentliche Ordnung oder die öffentlichen Finanzen?

Wowereit wird Berlin etwa so hinter sich lassen wie Nicolas Berggruen die Kaufhauskette Karstadt oder die Fifa Brasilien. Berggruen, vor Jahren als „weißer Ritter“ gefeiert, hat Karstadt nach Waidmannssitte aufgebrochen und alle Filetstücke herausgeholt. Was er übrig ließ, ist dermaßen an der Wand, dass sich nicht einmal die Geier dafür interessieren. Derzeit sucht der „Investor“ (was man mit dem Ausdruck alles machen kann!) einen Käufer für das von ihm zu Ende gewirtschaftete einstige Flaggschiff des deutschen Einzelhandels.

Die Fifa verlässt Brasilien mit einem dreistelligen Millionengewinn, derweil sich das darbende Land über zehn Milliarden Dollar Miese und riesige neue Stadien freuen darf, von denen etliche an Orten stehen, wo niemand für Sie Verwendung hat. Beispielsweise Manaus, das mitten im Amazonasdschungel liegt, weitab jeder weiteren Metropole, und keinen eigenen Erstligaklub besitzt, der die Arena wenigstens halbwegs füllen und unterhalten könnte. Wir sind gespannt, wie der Prachtbau in ein paar Jahren aussieht. Überhaupt: die Fifa! Was macht die eigentlich mit dem vielen Geld, das sie bei jeder WM durch Werbeverträge und ähnliches einsackt?

Wollen wir das wirklich wissen? Nun ja, eigentlich schon sehr gern. Aber erfahren werden wir es nie. Die Organisation untersteht keiner wirksamen Kontrolle und ist nur oberflächlich demokratisch organisiert. In den Leitungsgremien sitzen die Krähen einträchtig beieinander. Und da ein Platz bei ihnen auf der Stange der Traum tausender nationaler Fußballfunktionäre in aller Welt sein dürfte, ist auch von dort kaum Gefahr zu erwarten.

Aber was soll das Gemäkel – Weltmeister, das zählt! Eine französische Zeitung meint, nun sei Deutschland nicht nur wirtschaftlich, sondern fußballerisch eine „Weltmacht“. Ach, tut das gut! Indes, wir sind zwar seit der Stauferzeit keine „Weltmacht“ mehr und haben daher ganz vergessen, wie sich das anfühlt. Dennoch plagt uns der Verdacht, dass das, was wir gerade jetzt zu spüren bekommen, eher auf schnöde Kolonie als auf „Weltmacht“ hindeutet.

> »Vertrauensvolle Beziehungen« – im Grunde hätte der Kerry laut losgackern müssen

Dass der Repräsentant der US-Geheimdienste in Deutschland Anfang der Woche immer noch in Berlin war, obwohl ihn die Bundesregierung zum Gehen aufgefordert hatte, das besitzt schon seinen ganz eigenen Charme. Zwar setzte man ihm keine Frist (üblich sind 72 Stunden), aber nett wär's schon gewesen, wenn er wenigstens so getan hätte, als nähme er uns ernst. Stattdessen sorgten die Amis dafür, dass die verdutzten Bundesbürger in wenigen Tagen mehr über „Deutschlands Souveränität“ gelernt haben als der Verfasser dieser Zeilen in einem ganzen Jahr Gemeinschaftskunde-Unterricht.

Das gehetzte Gefuchtel von Bundeskanzlerin und Außenminister hat etwas Rührendes. Angela Merkel hat bereits dermaßen viele US-Spionage-Frechheiten unter den Teppich gekehrt, dass sich das gute Stück bis zur Decke wölbt. Und tagtäglich schleppen irgendwelche „Whistleblower“ weiteren Unrat herein, so dass die deutschen Verantwortlichen mit dem Kehren kaum noch hinterherkommen.

Könnte zur Abwechslung nicht endlich mal ein dreister Russen-Spion hochgehen? Damit könnte man die Deutschen wenigstens für ein paar glückliche Momente von den Freunden in Übersee ablenken und ihre Blicke auf die dunkle Macht im Kreml richten.

Die Auslassungen von Frank-Walter Steinmeier bei seinem Treffen mit US-Kollege John Kerry in Wien waren reinstes Kabarett: Es sei „für beide“ wichtig, so der deutsche Außenminister, die Beziehungen „auf einer vertrauensvollen und von gegenseitigem Respekt geprägten Ebene fortzusetzen“.

Kerry bewies eindrucksvoll, dass er ein Vollprofi ist. Im Grunde hätte er angesichts von Steinmeiers Geschwafel hämisch losgackern müssen. Er verzog aber keine Mine! Der beherrscht sein Geschäft.

Zuletzt kam heraus, dass die Spitzel des Weißen Hauses gleich mehrere Bundesministerien durchseucht haben. Das hat eine große Sonntagszeitung gemeldet und alle Medien trugen es ins Land, bis die Nachricht alle Deutschen erreicht hat. Alle? Nein: Die Bundesregierung ließ verlauten, dass ihr „keine Anhaltspunkte“ dafür vorlägen, „dass es weitere solche Fälle geben sollte“, so eine Sprecherin.

Toll, was? Alle Welt weiß Bescheid, nur die Bundesregierung hat „keine Anhaltspunkte“. Tusch!

Kann das wahr sein? Natürlich nicht. Die armen Teufel sind schlichtweg überfordert; sie können nicht mehr und haben die Kehrschaufel erschöpft in die Ecke geworfen. Dafür muss man Verständnis haben.

Das heißt natürlich nicht, dass die Bundesregierung die Hände in den Schoß legt und den Dingen ihren Lauf lässt. Mitglieder des NSA-Untersuchungsausschusses im Bundestag berichten, dass ihnen von der eigenen Regierung „bis zur Unkenntlichkeit geschwärzte Dokumente“ übergeben worden seien. Offenkundig sollen sie auf diese Weise daran gehindert werden, etwas herauszubekommen über die verdeckten Aktivitäten der amerikanischen Freunde gegen Deutschland.

Solche Meldungen sind es, die der Sache die besondere Würze geben. Es geht eben nicht zu wie auf dem Fußballfeld, wo wir am Trikot erkennen, wer für uns läuft und wer für die anderen. Die Teppichkehrer und Aktenschwärzer tragen zwar unsere Farben. Ihre Bewegungen auf dem Feld lassen aber immer mal wieder Verwirrung darüber aufkommen, für wen sie wirklich spielen.

Möglicherweise war es also auch gar nicht Kerry, der Grund zum höhnischen Lachen gehabt hätte, sondern Steinmeier selbst. Mal sehen, vielleicht winkt ihm als „Dank des Vaterlandes“ nach der Außenministerzeit ein lukrativer Lehrstuhl an einer piekfeinen US-Elite-Uni. Er wäre nicht der erste deutsche Außenamts-Chef, dem diese Karriere winkt.

Joschka Fischer zog nach seiner Abwahl 2005 schnurstracks auf einen Professorenstuhl in Princeton um. So dankbar waren ihm die Amis dafür, dass er ausgerechnet seine Grünen für den ersten deutschen Kriegseinsatz seit 1945 hatte gewinnen können. Und zwar gegen Serbien, mit dem wir 1999 somit den dritten Krieg in einem Jahrhundert ausgefochten haben. Hätte das eine Unionsregierung gemacht, der Joschka hätte vor lauter Nazi-Vergleichen den Hals gar nicht mehr zubekommen. Solche Wendigkeit war schon einen Platz im honorigen Princeton wert. Warten wir ab, was aus Steini wird.

Bei Angela Merkel mutmaßt der „Spiegel“, sie wünsche sich für ihre Zeit nach der Kanzlerschaft eine hochrangige Position auf internationalem Parkett, etwa als Uno-Generalsekretärin. Da geht ohne das Wohlwollen der amerikanischen Freunde gar nichts.

Et voilà, schon wird das eigenartige Hantieren der beiden völlig nachvollziehbar, passt wieder alles zusammen. Nur dieses Gefühl von Übelkeit, das will nicht recht vergehen.

MEINUNGEN

***Henryk M. Broder** zieht in der „Welt“ (14. Juli) eine ernüchternde Bilanz des so freudig begleiteten **„Arabischen Frühlings“** von 2011, der vor allem einen Vormarsch brutaler Islamisten gebracht hat statt Demokratie:*

„Bei aller Verachtung für Gestalten wie Gaddafi und Mubarak und bei allem Respekt für die Menschen, die ihr Leben geopfert haben, muss man sich inzwischen fragen, ob die arabisch-islamischen Staaten und der Rest der Welt nicht besser dran wären, wenn der ‚Arabische Frühling‘ ein Traum geblieben wäre.“

*Auf die Frage nach der **Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs** befragt, antwortet der Historiker **Christopher Clark** im „Spiegel“ vom 7. Juli:*

„Es hängt doch schon vom Zeitausschnitt ab, den sie wählen. Wenn Sie alle Ursprünge des Krieges in der Juli-Krise verorten, ragt der deutsche Blankoscheck an Österreich hervor, dann ist er ein Akt der Eskalation. Aber wenn Sie schauen, wie sich die Risiken auf der Balkaninsel in den Jahren vor 1914 häufen, ergeben sich andere Antworten. Die Italiener werden wichtig, weil sie Nordafrika angreifen. Daraus resultieren zwei Balkankriege, in deren Folge eine schwierige Situation für Österreich-Ungarn entsteht. Die Russen haben sich da eine sehr waghalsige Politik erlaubt, die Deutschen waren eher zurückhaltend.“

*Eine **türkische Analphabetin** hat beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) durchgesetzt, dass sie auch ohne Sprachtest zu ihrem Ehepartner **nach Deutschland ziehen** darf. **Thomas Rietzschel** zeigt sich auf „achgut.de“ (12. Juli) **empört** über das Urteil und die Reaktionen aus Deutschland:*

„Politiker, die das hinnehmen, setzen sich nolens volens dem Verdacht aus, dass es ihnen gar nicht so unrecht ist, wenn große Teile der Gesellschaft (der Anteil der Analphabeten steigt in Deutschland seit Jahren kontinuierlich) in dumpfer Unwissenheit belassen werden, unmündig bleiben. Wer eine Entscheidung wie die des EuGH in dieser Woche achselzuckend hinnimmt, sie – wie in der ‚Zeit‘ geschehen – gar als eine Verteidigung der Menschenrechte begrüßt, hat seinerseits das Recht verwirkt, sich auf die europäische Wertegemeinschaft zu berufen.“

***Stefan Toepfer** bezeichnet in der „FAZ“ vom 13. Juli das **EuGH-Urteil** als **„fragwürdiges Signal“**:*

„Juristisch ist an dem Urteil bestimmt nichts auszusetzen. Sein Signal ist aber fragwürdig. Denn es könnte so interpretiert werden, als seien deutsche Sprachkenntnisse für Türkinnen und Türken irrelevant, wenn sie nach Deutschland kommen wollen, um hier bei ihren Familien zu leben. Dem ist nicht so.“

***Christoph Seils** warnt im „Cicero“ (14. Juli) davor, sich einzubilden, das **Hochgefühl** eines Fußball-**Weltmeistertitels** helfe einem Land dabei, besser mit seinen Problemen fertig zu werden:*

„Ein Blick nach Spanien zeigt, wie wenig der Fußball die politischen und ökonomischen Geschicke eines Landes beeinflussen kann. Fast ein Jahrzehnt lang hat der spanische Fußball die Welt dominiert. Zwei Mal war das Team ... Europameister, einmal Weltmeister. Und was haben die Erfolge außerhalb des Platzes für das Image, für die Wirtschaft des Landes und den Zusammenhalt des Landes gebracht? Nichts!“